# Freiherr von Stumm-Halberg

und die evangelischen

# Geistlichen im Saargebiet.

Ein Beitrag zur Zeitgeschichte,

herausgegeben

im Auftrage der Saarbrücker evangelischen Pfarrkonferenz.

Göttingen
Vandenhoeck und Ruprecht
1896.

Preis 60 Pfg. Für 10—20 Exemplare je 50 Pfg. Für 20 u. mehr Exemplare je 40 Pfg. Besondere Partiepreise für Vereine.

# Freiherr von Stumm-Halberg

und die evangelischen

# Geistlichen im Saargebiet.

Ein Beitrag zur Zeitgeschichte,

herausgegeben

im Auftrage der Saarbrücker evangelischen Pfarrkonferenz.

Göttingen
Vandenhoeck und Ruprecht
1896.

# Vorwort.

Durch die Neunkircher Rede des Freiherrn von Stumm vom 12. April d. Js. mit ihren scharfen Angriffen auf uns, sowie insbesondere durch die bedauerliche Hereinziehung der Person Sr. Majestät und die inzwischen erfolgte Veröffentlichung des kaiserlichen Telegramms hat unser Konflikt mit Freiherrn von Stumm eine weit über die Grenzen des Saargebietes hinausgehende Bedeutung gewonnen. Damit der öffentlichen Meinung ein gerechtes Urteil in dieser Sache ermöglicht werde, und zugleich zur Verteidigung unserer so schwer verdächtigten persönlichen und amtlichen Würde, sehen wir uns genötigt, hiermit der Oeffentlichkeit das Material über diese Sache zu übergeben.

Da Herr von Stumm als „besondere Veranlassung" zu seiner Rede **unsere Erklärung vom 28. Februar d. Js.** bezeichnet und dieselbe zum Ausgangspunkte für die gegen uns gerichteten Angriffe gemacht hat, stellen wir diese an die Spitze.

Zur Begründung unserer Erklärung lassen wir dann folgen:

1. einen von Herrn Kollegen Lentze privatim an den Herrn Generalsuperintendenten Dr. Baur eingesandten Bericht,
2. ein in unserer Konferenz vom 12. März erstattetes Referat.

Wir glauben, daß durch beide, **bereits vor der Neunkircher Rede,** also ohne Beziehung auf dieselbe, erstatteten Berichte die Angriffe des Freiherrn von Stumm am besten als unbegründet dargethan werden. Wir werden uns daher auf eine direkte Polemik gegen diese Angriffe — abgesehen natürlich von denen, welche persönlicher Natur sind, — nicht weiter einlassen als durch gelegentliche Hinweise auf die Stumm'sche Rede und durch Abdruck unseres gegen dieselbe erhobenen **Protestes.**

Als zum Verständnis der Vorgeschichte unseres Konfliktes notwendig, geben wir ferner einen Bericht über die Gründung eines evangelischen Auskunftsbureaus und als Nachtrag einen

Bericht über die Vorgänge in dem „Saarbrücker Handwerker-Verein" (Verein für Volksbildung), welcher uns von unterrichteter Seite zur Verfügung gestellt worden ist. Letzteren halten wir, obwohl der Handwerkerverein mit unserer kirchlichen Thätigkeit nicht im Zusammenhang steht, für unerläßlich, weil einerseits die betreffenden Vorgänge bei der Entwicklung der Ereignisse im Saargebiete eine hervorragende Rolle gespielt haben und weil sie andererseits zur Beurteilung unserer jetzigen Lage charakteristische Züge bieten.

Endlich geben wir den persönlich so schwer angegriffenen Kollegen Herrn Superintendenten Zillessen und den Herren Pfarrern Lentze und von Scheven zur notgedrungenen Verteidigung das Wort.

Die vorliegende Broschüre enthält naturgemäß viele Einzelheiten, welche zunächst nur lokale Bedeutung haben. Wir konnten sie mit Rücksicht auf unsere Leser im Saargebiete nicht umgehen, glauben jedoch, daß eine gewisse typische Bedeutung denselben nicht abzusprechen ist, durch welche sie auch für Fernerstehende Interesse gewinnen können.

Bei Veröffentlichung dieser Broschüre gehen wir zugleich von der Ueberzeugung aus, daß die Verhältnisse im Saargebiete durch die Vorgänge der letzten Monate derartig verwirrte geworden sind, daß nur noch durch eine offene Aussprache und eine völlige Klärung der Sachlage auf eine Ausgleichung der Gegensätze und die Wiederherstellung des schwer erschütterten Friedens zu hoffen ist. Zu dieser notwendigen Klärung der Verhältnisse soll auch das hier veröffentlichte Material beitragen. Es bleibt auch hierbei unser lebhafter Wunsch, daß ein ehrlicher Friede, bei dem die Selbständigkeit und Freiheit unseres kirchlichen und sozialen Wirkens gewahrt bleiben muß, den entstandenen Konflikt beilege, zum Segen für die fernere Entwickelung unseres heimatlichen Saargebietes und des evangelisch-kirchlichen Lebens in demselben.

**Saarbrücken**, im Juni 1896.

# I.

# Erklärung.

Die unterzeichneten evangelischen Geistlichen in der Synode Saarbrücken haben weder den Beruf noch die Absicht, sich in den Streit der politischen Parteien einzumischen. Sie fühlen sich jedoch verpflichtet, ihrem Widerspruch gegen diejenige Auffassung des Christentums und gegen diejenige Beurteilung der Christlich-Sozialen Ausdruck zu geben, welche in dem für die Haltung der „Neuen Saarbrücker Zeitung“ maßgebenden Artikel vom 11. Februar d. Js. niedergelegt ist.

1. Als „wahres“ Christentum wird in dem genannten Artikel „der Gehorsam gegen den Höchsten und gegen das menschliche Gesetz“, „die Nächstenliebe ohne das Gewaltmittel des revolutionären Totschlags“, das Versprechen der ewigen Seligkeit „für irdischen Schmerz, irdische Not, irdische Trübsal und Mühsal“ bezeichnet. Es wird auf den Spruch Bezug genommen: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ in dem Sinne, daß das Christentum, „das hoch über allem Menschlichen schwebende leuchtende Gestirn der ewigen Versöhnung, des ewigen Friedens, des Trostes, des geistigen Sicherhebens sei.“ — Diese Auffassung des Christentums geht nicht über den Standpunkt der sogenannten Aufklärung des vorigen Jahrhunderts hinaus, die den Gesamtinhalt desselben auf die drei Ideen: Gott, Tugend, Unsterblichkeit, beschränkte. Die evangelische Lehre dagegen bekennt sich nicht zu einem weltfernen „Höchsten“, sondern zu dem lebendigen Gott, der sich in Christus als Vater offenbart. Sie faßt den Glauben nicht als bloße Lehre, sondern als eine Kraft, welche ihre Quelle in der ewigen Liebe Gottes hat und sich nicht etwa in bloßer Vermeidung des „revolutionären Totschlags“, sondern in allseitiger Bethätigung der christlichen Sittlichkeit, insbesondere der Bruderliebe, bewährt. Sie verkündigt der Seelen Seligkeit nicht als Entschädigung für Not und Trübsal, son-

dern als die für alle gleiche Frucht eines in Glauben und Liebe wohlvollbrachten Lebens. Sie weiß endlich, daß das Reich Gottes zwar nicht von dieser Welt ist, daß es aber doch nicht blos als leuchtendes Gestirn hoch über allem Menschlichen schwebt, sondern daß es zugleich in und für diese Welt ist und sie als ein Sauerteig in allen menschlichen Verhältnissen durchdringen und erneuern soll. Dadurch stellt es sich dar als das praktische Christentum, wie es in der inneren Mission sich schon längst segensvoll bethätigt hat und in der denkwürdigen Botschaft Kaiser Wilhelms I. vom 17. November 1881 auch für die staatliche Sozial-Gesetzgebung zur Geltung gebracht worden ist.

2. In demselben Artikel wird sodann die christlich-soziale Strömung als eine „ausgesprochene antichristliche Revolutionsrichtung, die mit höheren religiösen Grundsätzen absolut nichts gemein hat", als „eine gemeingefährliche, revolutionäre Erscheinung" bezeichnet. Die Christlich-Sozialen selbst werden als „auf dem Boden der sozialen Revolutionsparteien stehend", als „bewußte oder unbewußte Helfershelfer der Sozialrevolution, die mit Bebel und Liebknecht auf einer Stufe stehen", gekennzeichnet.

Die unterzeichneten Geistlichen erklären sich gegen jede unklare Vermischung der Aufgaben der evangelischen Kirche mit den christlich-sozialen Bestrebungen. Sie halten sich aber um des Gewissens willen für verpflichtet, diese ungeheuerliche Schilderung der Christlich-Sozialen als eine wider die Gerechtigkeit, Wahrheit und Liebe streitende zu bezeichnen, da dieselben im Gegensatze zur gott- und vaterlandslosen Sozialdemokratie auf durchaus gesetzlichem Wege durch Wort, Schrift und That für Christentum, Königtum und soziale Reform eintreten.

Wer ihre Bestrebungen für unchristlich und unheilvoll erklärt, möge sie bekämpfen, aber mit den Waffen der Gerechtigkeit und Wahrheit!

**Saarbrücken,** den 28. Februar 1896.

**Zillessen**, Superintendent, St. Arnual. — **Fechner**, Synodalassessor, Malstatt. — **Lichnock**, Synodalskriba, St. Johann. — **Abegg**, Pfarrer, Riegelsberg. — **Alsdorf**, Synodalvikar, St. Arnual. — **Cörper**, Pfarrer, Dudweiler. — **Fauth**, Pfarrer, Gersweiler. —

**Henning**, Pfarrer, Ottweiler. — **Hoenes**, Pfarrer, Schwalbach. — **Holthöfer**, Pfarrer, Wellesweiler. — **Hülsmann**, Pfarrer, Wiebelskirchen. — **Jüngst**, Pfarrer, Heiligenwald. — **Lentze**, Pfarrer emerit., Saarbrücken. — **Lentze**, Synodalvikar, Saarbrücken. — **Mannherz**, Pfarrer, Bischmisheim. — **Nold**, Pfarrer, Burbach. — **Olimart**, cand. theol., St. Johann. — **v. Scheven**, Pfarrer, Saarbrücken. — **Schütte**, Pfarrer, Carlsbrunn. — **Trommershausen**, Pfarrer, Dudweiler. — **Ulrich**, Pfarrer, Scheidt. — **Vogel**, Pfarrer, Neudorf. — **Weber**, Pfarrer, Heusweiler. — **Zillessen**, Pfarrer, Ludweiler. — **Zillessen**, Pfarrer, Altenwald. — **Zillessen**, cand. theol., Saarbrücken. — **Bauer**, Pfarrer, Völklingen. — **Bingel**, Pfarrer, Dirmingen. — **Finscher**, Hülfspfarrer, Völklingen. — **Klein**, Pfarrer, Saarbrücken. — **Rediker**, Pfarrer, Uchtelfangen. — **Rieth**, Pfarrer, Kölln. — **Sander**, Pfarrverwalter, Saarburg. — **Simon**, Oberpfarrer, Ottweiler. — **de Wyl**, Pfarrer, Friedrichsthal.

## II.

# Zur Begründung unserer Erklärung vom 28. Februar.

Freiherr von Stumm hat sich in seiner Rede vom 12. April d. Js. über die Motive unserer Erklärung wie folgt geäußert:

1. Eine besondere Veranlassung liegt für mich darin, daß eine Anzahl evangelischer Geistlichen sich am 28. Febr. d. Js. bewogen gefühlt haben, in demonstrativer Weise eine Lanze zu gunsten der christlich-sozialen Agitation zu brechen, und daß unter diesen Geistlichen auch Herren sind, welche unserm Wahlkreise, ja sogar unserm engeren Kreise Ottweiler angehören.
2. Nein, meine Herren, das kann ich mir nicht denken, daß die Herren deshalb diesen Apparat aufgepflanzt haben; sondern es handelt sich darum, in einem Kampfe, den die Mittelparteien im Kreise Saarbrücken notwendigerweise gegen ein abtrünniges Blatt führen, Partei für dieses abtrünnige Blatt und Partei gegen die Mittelparteien zu nehmen. Dieses ist das einzige Motiv, das diese ganz ungehörige, ungewöhnliche Demonstration erklärt. Und ich kann vielleicht noch weiter gehen. Wenn diese „Saarbrücker Zeitung", zu deren Gunsten und in deren Spalten die Demonstration stattgefunden hat, bei jeder Gelegenheit behauptet, die neue Zeitung sei mein Organ, sie sei von mir persönlich hervorgerufen worden, so wendet sich diese Spitze in letzter Instanz — von den Urhebern wenigstens kann ich dies sagen — gegen mich persönlich.

Freiherr von Stumm ist also der Ansicht, daß für unsere Erklärung neben persönlichen Gründen nur politische Rücksichten maßgebend gewesen seien. Wir veröffentlichen nachstehend

zwei Berichte, welche bereits längere Zeit vor der Neunkircher Rede erstattet worden sind. Dieselben legen die wahren Motive dar und beweisen, daß die Auffassung des Freiherrn von Stumm auf irrigen Voraussetzungen beruht und uns falsche Motive unterschiebt.

---

# A. Bericht

an

## Herrn Generalsuperintendenten Dr. Baur

von

## Pfarrer emerit. Lentze.

---

**Vorbemerkung.** — Zum Verständnis nachfolgenden Berichtes sei folgendes vorausgeschickt. Auf mehrfach geäußerten Wunsch hatte Pfarrer Lentze am 24. Februar 1896 in der evangelischen Pfarrkonferenz zu Saarbrücken einen Vortrag gehalten über: „Unsere Lage". Er hatte darin folgende vier Leitsätze ausgeführt: 1. Durch die gegenwärtige Lage werden die evangelisch-kirchlichen Interessen im Saargebiet in höchstem Maße mitberührt. 2. Die Aufgabe der evang. Geistlichen in dieser Lage kann nur eine sozialversöhnende sein. 3. Wenn sie diese Aufgabe erfüllen wollen, so müssen sie den Gefahren entgegentreten, welche aus einem falschen Liberalismus der herrschenden Klassen dem Evangelium erwachsen. 4. Nicht minder fest haben sie aber auch im Auge zu behalten, daß auch die Gefahr des Eindringens sozialdemokratischer oder doch dahinneigender Anschauungen in den unteren Klassen durch die Lage und durch die Mitschuld der herrschenden verstärkt werden kann. — Hier sei nur erwähnt, daß im dritten Teile des Vortrages der vielfach in den oberen Klassen herrschende oberflächliche, rein humanistische Liberalismus geschildert worden war, für den der Geistliche wesentlich nur noch ein Dekorationsstück für jeweilige festliche Familienakte geblieben sei, und daß die von der „Neuen Saarbrücker Ztg." aufgestellte Auffassung des Christentums als Bekenntnis dieses Liberalismus kritisiert worden war. Im vierten Teile des Vortrages war die Behauptung ausgeführt worden, daß die

jüngeren Christlich-Sozialen insofern ein falsches soziales Bild in sich trügen, weil sie zu rosig nach unten hin, zu schwarz nach oben hin sehen, daß aber auch auf sie die ungeheuerliche Gleichstellung mit einem Bebel und Liebknecht nicht im entferntesten zutreffe, sondern daß unsere gegenwärtigen Zustände vielmehr eine auffallende Aehnlichkeit besäßen mit der Zeit der Demagogenfurcht in Deutschland, der so viele edel gerichtete Jünglinge zum Opfer gefallen seien. — Am 28. Februar folgte darauf die „Erklärung" der Geistlichen, am 9. März eine Konferenz derselben mit dem Herrn Generalsuperintendenten. — Der Bericht datiert vom 16. März und lautet, wie folgt:

## Hochwürdigster Herr Generalsuperintendent!

In Erfüllung meines Versprechens beehre ich mich, Ihnen die nachstehende kurze Darlegung der Gründe, die die Unterzeichner der „Erklärung" mit zwingender Notwendigkeit zu ihrem Schritte bewogen, nebst den dazu gehörigen Anlagen gehorsamst zu unterbreiten.

Was zuerst die prinzipielle Auffassung unserer Lage betrifft, so beehre ich mich, auf einen am 24. Februar cr. gehaltenen, in Abschrift (Anl. 1)*) beigefügten Vortrag hinzuweisen, in dem die unserem Vorgehen zugrunde liegenden Motive und Gesichtspunkte entwickelt sind. Wir haben, wie es in unserer „Erklärung" ausdrücklich betont ist, weder die Absicht, noch den Beruf, uns in den gegenwärtig im Saarthal in hellen Flammen lodernden Parteistreit einzumischen, sondern unsere Motive sind rein kirchlicher Natur, sie beruhen auf der Thatsache, daß es sich hier um einen im letzten Grunde religiösen Kampf handelt, und daß sich die gute Sache der evangelischen Kirche im Saargebiet unzweifelhaft in einer Krisis schwerster Art befindet, daß es sich hier darum handelt, ob sie hier „das Gewissen unseres evang. Volkes auch für sein wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben" bleiben soll oder nicht. (Vergl. „Die Aufgabe der evang. Kirche und ihrer inneren Mission". Berlin, Hertz 1885, S. 19). In meinem Vortrag ist die Mitleidenschaft, in die unsere Interessen gezogen sind, die sozial-versöhnende Aufgabe, die die Geistlichen zu erfüllen haben, sowie die Stellung, die sie zur Erfüllung dieser Aufgabe

*) Anmerkung. Der Abdruck der Anlagen ist unterblieben, um die Broschüre nicht allzu umfangreich werden zu lassen.

nach oben wie nach unten hin sich vorgezeichnet haben, des weiteren ausgeführt. Er wurde auf der Konferenz vom 24. Februar gehalten, in welcher unter zahlreichster Beteiligung in keineswegs erregter, sondern einmütig-gehobener, ernster Stimmung die Abgabe einer „Erklärung" als Notwendigkeit erkannt und beschlossen wurde. Die Begründung des ersten Absatzes unserer Erklärung, die richtige Auffassung des Christentums enthaltend, liegt im dritten Teile des Vortrags, diejenige des zweiten Absatzes, die Inschutznahme der Christlich-Sozialen betreffend, liegt im vierten Teile des Vortrags enthalten. Wir waren „um des Gewissens" willen genötigt, für die dieser Richtung angeklagten Amtsbrüder einzutreten, da eine ganz maßlose Fülle von unglaublichen Schmähungen und Entstellungen sittlich verwirrendster Art sich über diese Richtung ergossen hatte, Entstellungen, welche auf weitgehender Unkenntnis sowohl des eigentlichen Wesens dieser Richtung als auch der faktisch hier vorliegenden lokalen Verhältnisse beruhen. Es drohte eine verhängnisvolle Begriffsverwirrung einzureißen, welcher unbedingt von unserer Seite her gesteuert werden mußte. Man setzte die Pfarrer den Christlich-Sozialen, diese wieder Bebel und Liebknecht gleich, wie aus den beigefügten Belegen hervorgeht und somit drohte eine völlige Untergrabung jeder Achtung vor dem geistlichen Stande. Die öffentliche Meinung würde es nicht begriffen haben, wenn wir dazu geschwiegen hätten, sie wartete auf ein durch die Selbstachtung gebotenes Hervortreten der Geistlichen, und sie hat unsere „Erklärung" freudig begrüßt, zumal da dieselbe sehr wohlerwogen und völlig sachlich und ruhig gehalten ist. „Durch die Erklärung der Geistlichen haben sich diese den Dank aller Gemeindemitglieder erworben" — schrieb mir noch heute ein sehr besonnener und mit den Verhältnissen genau bekannter evangelischer Herr.

So viel erlaube ich mir zur Begründung der prinzipiellen Notwendigkeit derselben zu bemerken. Ich wende mich nun zu einer Erörterung über die Wurzeln der geschichtlichen Entwicklung, aus denen dieselbe erwachsen ist. Sie reichen ziemlich weit zurück und ich müßte den Rahmen dieser Darlegung weit überschreiten, wenn ich in dieser Beziehung anders als nur ganz kurz referierend verfahren wollte. Es machte sich schon jahrelang ein gewissermaßen latentes Mißtrauen der hiesigen Großindustrie

gegen die evang. Arbeitervereine geltend, so leicht dasselbe auch zu zerstreuen gewesen wäre, wenn die hier inbetracht kommenden Kreise sich hätten persönlich von dem in ihnen waltenden Geiste überzeugen wollen, der ein lediglich auf christlich=sittliche und intellektuelle Hebung der Arbeiterwelt abzielender ist. Es zog sich gleichsam ein Gewitter über dieser Thätigkeit der evang. Geistlichen zusammen, dessen Ausbruch sich wohl eines Tages vorhersehen ließ. Man konnte auf jener Seite viele Anzeichen einer immer gereizter werdenden Stimmung wahrnehmen, welche sich die Geistlichen im Bewußtsein der Reinheit ihrer Bestrebungen nicht zu erklären vermochten. Dahin sind schon die Reichstagsreden des Herrn von Stumm im Januar und Februar v. Js. zu rechnen, ferner die gegen die evang. Arbeitervereine gerichteten Beschlüsse der Großindustriellen vom 4. Januar v. Js., eine in der „Saarbr. Ztg." am 13. Januar v. Js. erschienene Erklärung des Herrn von Stumm, in welcher bereits ein unsererseits durch nichts verschuldeter Kampf gegen einen Teil der evang. Geistlichen in Aussicht gestellt wird. Ferner gehören dahin die Erörterungen, welche sich an die Vertreterversammlung des Saarverbandes der Arbeitervereine am 10. November v. Js. knüpften. Des weiteren darf ich auch wohl eine Aeußerung des Herrn von Stumm in einem Privatbriefe vom 27. November hierher rechnen, worin er inbezug auf meinen Freund, den jetzt bereits im 25. Jahre einer gesegneten Amtsthätigkeit stehenden Herrn Pfarrer von Scheven, den Ausspruch that, derselbe habe in bewußter Weise den Kampf gegen ihn aufgenommen und er (Herr von Stumm) nehme denselben gleichfalls in bewußter Weise auf, „in der Ueberzeugung, sich dadurch ein Verdienst um Thron und Altar zu erwerben" — eine Aeußerung, die mir damals völlig unverständlich blieb und deren Tragweite ich erst jetzt zu erkennen vermag.

Durch eine fast vierstündige Unterredung, welche ich am 19. November v. Js. mit Freiherrn von Stumm über diese uns bewegenden Fragen hatte, schien die Möglichkeit einer Verständigung nochmals näher gerückt zu sein, als eine darüber in unwahrer und entstellter Weise in der „Frankfurter Zeitung" veröffentlichte Notiz plötzlich der Sache eine ganz andere Wendung gab.

Der Ausbruch des uns drohenden Gewitters erfolgte zuerst in einer Kundgebung des „Saarbr. Gewerbebl." und sodann in dem unter dem maßgebenden Einflusse des Herrn von Stumm hier neugegründeten Blatte, der „Neuen Saarbrücker Zeitung". Im Dezember v. Js. erschien im „Gewerbeblatte" ein als „bemerkenswerte Kundgebung" bezeichneter und aus der „Köln. Zeitung" ohne Reserve übernommener Artikel, worin gesagt war, es sei seit Jahrzehnten zu beobachten, „wie im Bezirk Neunkirchen die Sozialdemokraten, Demokraten, blindleidenschaftliche Professoren und Geistliche alles aufbieten, um die Arbeitermassen zum Kampfe gegen ihre Arbeitgeber aufzustacheln" — doch sei es jenen „Unholden" auch nicht einen Augenblick gelungen, das vortreffliche Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu stören. Dieser gänzlich unbegründete Angriff veranlaßte eine Erklärung des Herrn Superintendenten Zillessen in Nr. 5 des „Evang. Wochenblattes", wonach „keinen einzigen Geistlichen der Kreissynode Saarbrücken ein solcher Vorwurf auch nur im entferntesten treffen könne," und sodann ein „Wort der Abwehr", welches in Nr. 47 der „Saarbr. Zeitung" erschien (Anl. 2) und worin in ausführlicher Weise die mit den Thatsachen in völligem Widerspruch stehende Grundlosigkeit dieses Angriffs nachgewiesen wurde. In Anl. 3 und 4 lege ich zwei Exemplare der von Herrn Pfarrer Fauth verfaßten und in dem „Wort der Abwehr" erwähnten Broschüre bei. Man hätte erwarten dürfen, daß diese auf unumstößlichen Thatsachen basierende Widerlegung auf der Gegenseite einigen Eindruck hervorgerufen hätte. Das war jedoch nicht der Fall.

Außer dem Herrn Superintendenten und dem Verfasser des „Wortes der Abwehr" trat auch die „Saarbr. Zeitung" (Redakteur A. Zühlke) in dankenswerter Weise für die schwer verleumdeten Geistlichen ein, in einem Artikel vom 9. Februar d. Js. (Anl. 5), worin es u. a. heißt: „Macht es das Wesen unserer (d. h. der nationalliberalen) Partei aus, daß man die Pfarrer unserer Synode, deren Königstreue, Menschenliebe und Friedfertigkeit über allen Zweifel erhaben ist, mit Bebel und Liebknecht auf eine Stufe stellt?" Die für die Auffassungsweise der Gegenseite charakteristische Antwort auf diese Frage ließ nicht auf sich warten. Sie erfolgte bereits in einem Artikel der „Neuen Saarbr. Zeitung" vom

11. Februar (Anl. 6). Er enthält das Programm derjenigen Auffassung des Christentums, welche der neuerschienenen Zeitung zugrunde liegt und von der aus sie den Kampf gegen den „christlichen Sozialismus" zu führen gedenkt, eine Auffassung, die die ewige Seligkeit lediglich kennt als Aequivalent für irdische Not und die das wahre Christentum als ein hoch über allem Menschlichen schwebendes, leuchtendes Gestirn betrachtet. Diese Auffassung deckt sich so wenig mit der evangelischen Lehre und ist so vollkommen mißverständlich, daß schon dadurch eine „Erklärung" von evangelischer Seite geboten war. Dieser Artikel ist, wie hier festgestellt werden muß, als programmatisch zu betrachten, da er gemäß der Ueberschrift: „Der Parteiausschluß der Saarbrücker Zeitung" die gleichsam offizielle Achterklärung derselben enthält, sodaß nicht eingewendet werden kann, daß es sich hier um einen Zeitungsartikel gewöhnlichen Schlages handle. Ferner hebe ich als hierher gehörig und besonders charakteristisch außer der ungeheuerlichen Darstellung der christlich-sozialen Strömung in Spalte 3 denjenigen Passus in Spalte 4 hervor, der die Antwort auf die oben gestellte Frage enthält: „Wenn die „Saarbr. Zeitung" darin gleichsam eine Beleidigung der Christlich-Sozialen erblickt, daß man sie mit Bebel und Liebknecht auf eine Stufe stellt, so beweist das Blatt damit lediglich, daß es jedes Verständnis für die Erhaltung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Grundlagen verloren hat." Dieser Passus beruht ganz offenbar auf einer völligen Gleichstellung der Pfarrer der Synode mit den Christlich-Sozialen, und dieser wieder mit Bebel und Liebknecht. Sind aber zwei Größen einer dritten gleich, so sind sie auch untereinander gleich.

Damit war nun eine Grundanschauung als maßgebend für dieses Blatt, welches mit dem Anspruche ins Leben trat, das leitende Blatt für unsere Gegend zu werden, ausgesprochen, welche allein schon unsere „Erklärung" zu einer unabweisbaren Notwendigkeit machte, um dieser Grundanschauung von vornherein die jede Wirksamkeit des geistlichen Amtes vernichtende Spitze abzubrechen.

Inzwischen war der Unwille und die Erregung in der Bevölkerung über die Haltung des neuen Blattes in stetem Steigen begriffen. Man hätte es, wie bereits bemerkt, schlechterdings

nicht verstanden, wenn die Geistlichen, die in erster Linie zum Gegenstande von durch nichts begründeten öffentlichen Angriffen geworden waren, das schweigend hätten geschehen lassen. Es würde den sehr berechtigten Eindruck hervorgerufen haben, daß die evang. Kirche im Saargebiet in der Selbstauflösung begriffen und unfähig geworden sei, noch das öffentliche Gewissen zu repräsentieren. In dieser Lage erfolgte am 28. Februar cr. die „Erklärung". Als weiteren Kommentar dazu gestatte ich mir noch auf den Artikel in Nr. 63 der „Saarbr. Zeitung" hinzuweisen: „Die Erklärung der Geistlichen". (Anl. 7). Euer Hochwürden werden nunmehr die fast einhellige Stellungnahme der Synode verstehen, wobei ich hinzufügen darf, daß auch die Nichtunterzeichner dieselbe meistens grundsätzlich teilen. Sie hat sich eben aus der geschilderten Entwicklung der Dinge ganz von selbst ergeben müssen.

Ich füge dieser Erläuterung nur noch einige Worte hinzu über die Folgen, welche die Abgabe dieser „Erklärung" bisher nach sich gezogen hat. Zuerst ist es die, daß, während sich in den „oberen" Kreisen das Urteil darüber noch nicht völlig geklärt zu haben und man noch das abschließende Votum der höchsten kirchlichen Behörde der Provinz abwarten zu wollen scheint, die gesamte sonstige evangelische Bürgerschaft sie als ein notwendiges und zu rechter Zeit gesprochenes Wort betrachtet und daß die Achtung vor der evangelischen Kirche, welche in dem entbrannten Kampfe bedenklich erschüttert zu werden drohte, wieder hergestellt ist. Die Erklärung hat in dieser Beziehung ihre reinigende und klärende Wirkung nicht verfehlt.

Sodann aber ist als bisherige Folge eine Reihe von weiteren gegen die evang. Geistlichen gerichteten Angriffen in der neuen Zeitung zu konstatieren,*) welche auf den in ihr waltenden Geist gerade kein günstiges Licht zu werfen geeignet sind. Sie bewegen sich nicht in der durch den gebildeten gesellschaftlichen Verkehr bedingten Sprache. Bereits am 29. Februar erfolgte der erste dieser Angriffe. (Anl. 8). Derselbe vermag, was für die Denkart des Blattes bezeichnend ist, unsere wohlerwogenen

*) Anmerkung: Auffallenderweise spricht Herr von Stumm in seiner Neunkircher Rede, in welcher er dieses Blatt allen Patrioten und Behörden warm empfiehlt, nur von einem Artikel, den auch er nicht billige.

Ausführungen lediglich als „nichtssagenden Wortschwall“ aufzufassen und im Uebrigen nur zu persönlichen Invektiven sich aufzuschwingen, namentlich gegen die Person des verehrten Herrn Superintendenten. So ungern wir auch auf eine solche Sprache uns einließen, so waren wir doch zu einem Eintreten für den Herrn Superintendenten verpflichtet, was in der „Entgegnung“ in Nr. 63 der „Saarbr. Zeitung“ geschehen ist. Ein zweiter Angriff, der in seiner Heftigkeit den ersten noch weit überbot, erfolgte in Nr. 55 der „Neuen Saarbr. Zeitung“. (Anl. 9). Statt der zu erwartenden sachlichen Haltung schüttet derselbe ein wahrhaftes Füllhorn der schwerwiegendsten Verdächtigungen gegen den sittlichen Charakter der Geistlichen aus, welche in einem Blatte, das mit den Ansprüchen der „N. S. Z.“ ins Leben getreten ist, geradezu unbegreiflich erscheinen. Es wird ihnen folgendes untergeschoben: Sie haben bewußt etwas behauptet, was mit der Wirklichkeit in Widerspruch steht, also einfache Lüge; ihre Taktik ist der Ausdruck einer unaufrichtigen, zum offenen, ehrlichen Kampfe unfähigen Gesinnung; sie stehen zu sehr im Banne der Menschenfurcht, sind moralisch zu schwach, zu mutlos, um die volle Konsequenz ihres Thuns und Treibens zu überschauen; sie treiben geistige, um nicht zu sagen, geistliche Falschmünzerei; sie erheben Anklagen mit heuchlerischer Geberde; sie jammern, daß an ihnen Kritik geübt wird; sie haben in einer bombastischen Erklärung den Streit vom Zaune gebrochen; sie haben sich in ihrer Erklärung, „der gerade der wahrhaft christliche, wahrhaft religiös gesinnte Teil unserer Geistlichkeit die Unterschrift versagt hat,“ in die Feuerlinie des politischen Kampfes gedrängt. Summa Summarum, diese Geistlichen sind eitel ehrlose Wichte. Nach Zeitungsankündigungen gedenkt Freiherr von Stumm in den parlamentarischen Osterferien über dieselben Geistlichen in Neunkirchen zu Gericht zu sitzen. Sollte das in derselben Richtung geschehen, so würde ohne Zweifel eine große Erregung in den Gemeinden die Folge sein, welche, soweit meine Kenntnis reicht, sämtlich hinter ihren schwerverleumdeten Pfarrern stehen.

Es erscheint als gänzlich überflüssig, über diese Angriffe noch ein weiteres Wort zu verlieren. Vermutlich werden noch andere aus demselben Geiste heraus in dem neuen Blatte ihnen

folgen. Als Vorsitzender unserer Pfarrkonferenz darf ich wohl im Namen ihrer sämtlichen Glieder es aussprechen, daß wir der festen Zuversicht sind, daß die hohe kirchliche Behörde in solcher Lage uns ihre Hülfe nicht versagen werde. Euer Hochwürden beehre ich mich daher aufs dringendste zu bitten, uns gütigst den Schutz der hohen Behörde gegen diese ganz maßlosen Beschimpfungen unserer persönlichen Ehre zu verleihen, die wir statt irgend welcher Anerkennung unserer Thätigkeit ernten, und zum andern uns diejenige Billigung und Zustimmung zu unserer „Erklärung" und den ihr zugrunde liegenden Motiven auszusprechen, von der wir nach obiger streng objektiver Darstellung des Sachverhaltes überzeugt sind, daß sie uns nicht vorenthalten werden wird.

Euer Hochwürden gehorsamster

**Lentze**, Pfarrer emerit.

## B. Referat,

### erstattet in der Pfarrkonferenz am 12. März 1896.

Der soeben vorgelesene Bericht des Herrn Collegen Lentze an unseren verehrten Herrn Generalsuperintendenten scheint mir über den ersten Absatz unserer Erklärung bereits gesagt zu haben, was zu unserer heutigen Besprechung notwendig ist. Ich kann mich also wohl darauf beschränken, vorwiegend die auf den zweiten Absatz bezüglichen Thatsachen zusammenzustellen.

Unsere Erklärung war — das muß betont werden — nicht dazu bestimmt, Stellung gegenüber der christlich-sozialen Bewegung in Deutschland überhaupt zu nehmen.

Schon früher sind in dem „Saarbrücker Gewerbeblatt", der „Saar- und Blieszeitung", der „Saarbrücker Zeitung" scharfe Angriffe auf die christlich-soziale Bewegung oder einzelne Führer der-

selben erfolgt. Ich erinnere nur an folgenden, von dem Freiherrn von Stumm dem Inhalte nach ausdrücklich gebilligten Satz des „Gewerbe-Blattes“ vom November 1894:

„Als selbstverständlich sehen wir an, daß die Gesetzgebung „sich auch derjenigen Koalitionen fürsorglich annimmt, die sich „nicht genieren, mit der Sozialdemokratie gelegentlich gemein-„same Sache zu machen. Der Gewerkverein der Herren Weber „und Oberdörffer würde dazu wohl gehören. . . . . . In der „Bekämpfung der Sozialdemokraten wird in Zukunft von allen „daran beteiligten Parteien der Grundsatz in Anspruch genommen „werden müssen: Wer nicht in allen Stücken für uns ist, der „ist gegen uns.“

Ich erinnere ferner an die ungefähr gleichzeitige Kennzeichnung des Pfarrers Lic. Weber als eines „gefährlichen Agitators“ durch den Freiherrn von Stumm. Durch diese und ähnliche Angriffe auf die Christlich-Sozialen haben wir uns bisher niemals zu einem öffentlichen Hervortreten veranlaßt gesehen, obwohl sie uns in hohem Maße ungerecht und ärgerniserregend erschienen. Erst als es sich zeigte, daß die hinter dem „Gewerbeblatt“ stehenden Kreise diese Art der Polemik auch auf unsere soziale Thätigkeit anzuwenden geneigt seien, erfolgte Januar 1895 folgende Erklärung unseres Herrn Superintendenten als Vertreters der Geistlichen.

## Erklärung.

„Man hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß die Aus-„lassung des Herrn Freiherrn von Stumm in Nr. 18 dieser „Zeitung vielfach dahin verstanden worden ist — eine Auffassung, „die ich persönlich nicht teile —, als sei gegen einen Teil der „evangelischen Geistlichen des hiesigen Bezirkes geradezu die Be-„schuldigung erhoben worden, sie suchten in bedenklicher Weise „den wirtschaftlichen Kampf zwischen Arbeitern und Arbeit-„gebern, sowie das Eindringen der Sozialdemokratie zu fördern. „Dem gegenüber erkläre ich auf das Bestimmteste, daß eine „solche Beschuldigung durchaus ohne allen Grund wäre, und „daß im Gegenteil alle evangelischen Geistlichen in der Synode „Saarbrücken ohne Ausnahme bestrebt sind, ein friedliches Ver-„hältnis zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern nach bestem

„Vermögen zu wahren und zu pflegen und dem Eindringen der „Sozialdemokratie entgegenzuwirken. — Was die Naumann'sche „„Hilfe" betrifft, so erkläre ich ebenso bestimmt, daß es in der „Synode Saarbrücken keinen einzigen evangelischen Geistlichen „giebt, welcher sich mit diesem Blatte identifizieren möchte."

Eine zweite Erklärung des Herrn Superintendenten wurde veranlaßt durch einen maßlosen Angriff auf die Geistlichen im Saargebiet, welchen das „Gewerbeblatt" als höchst bemerkenswerte Kundgebung aus der „Kölnischen Zeitung" übernommen hatte. Es war der berühmt gewordene „Unholdenartikel", der schon in der Denkschrift des Herrn Kollegen Lentze citiert worden ist.

Bemerkung: Freiherr von Stumm sagte in Neunkirchen, jeder Unbefangene sehe diesem Artikel an, daß er „hiesige" Geistliche nicht im Auge habe, sondern Naumann, Kötzschke und andere. Das „Evangelische Wochenblatt" habe aber den Spieß umgedreht. „Das ist ein Sophismus, wie er nicht schlimmer gedacht werden kann. Denn wenn die „Kölnische Zeitung" von einer Agitation von Geistlichen in Neunkirchen gesprochen hatte, so weiß hier jedermann, daß hier in Neunkirchen die Herren Geistlichen .... meine besten Freunde sind." Die „Kölnische Zeitung" hatte aber gesagt: „im Bezirke Neunkirchen". Herr von Stumm macht daraus „in Neunkirchen". — Im Uebrigen wurde der sogenannte Unholdenartikel allgemein auf uns und den „Saarbrücker Handwerkerverein" bezogen, wie auch einige „Eingesandt" hiesiger Zeitungen bewiesen. Warum hat ferner das „Saarbrücker Gewerbeblatt" die Berichtigung des Superintendenten nicht gebracht? Damit wäre jeder Anstoß beseitigt gewesen. —

Unsere gemeinsame Erklärung vom 28. Februar d. Js. bewegt sich ganz in derselben Richtung. Die früheren vereinzelten Angriffe auf die soziale Thätigkeit der evangelischen Geistlichen im Saargebiete waren überboten und gekrönt worden durch die Thatsache, daß die „Neue Saarbrücker Zeitung" mit dem ausgesprochenen Zwecke gegründet wurde, die Christlich-Sozialen im Saargebiete zu bekämpfen. Daß es sich nur um diese handeln konnte, ist bei einem Lokalblatte von vornherein selbstverständlich. Es zeigte sich aber außerdem sofort, daß das Blatt von der irrigen Ansicht ausgehe, als stehe ihm eine politische Organisation christlich-sozialer Art gegenüber, die zu bekämpfen es dann in einer Weise für richtig und notwendig hielt, welche weder den wirklichen Thatsachen entsprach, noch der „Gerechtigkeit, Wahrheit und Liebe" Rechnung trug. Mit dem Gesagten dürfte dargethan sein, daß wir nicht zu einer beliebigen, falschen Darstellung des Christentums

und der Christlich-Sozialen überhaupt, wie jeder Tag ähnliche bringen mag, sondern zu Aeußerungen das Wort ergriffen haben, welche unsere soziale und kirchliche Thätigkeit nahe genug angingen. Es dürfte aber auch erwiesen sein, daß wir nicht voreilig hervorgetreten sind, sondern erst, nachdem alle Bemühungen des Herrn Superintendenten als unseres Vertreters fruchtlos geblieben waren. Darum war die Konferenz, in welcher unsere Erklärung beschlossen wurde, darin völlig einmütig, daß diese durch die Lage gebieterisch gefordert werde. Auch diejenigen Teilnehmer der Konferenz, welche die Erklärung aus besonderen Gründen nicht unterzeichneten, sind von dieser Notwendigkeit ebenso überzeugt gewesen wie wir.

Bemerkung: Vergleiche die Stumm'sche Rede: „Haben diese „Herren von der Synode denn jemals viel schlimmere sozialdemokratische, „ultramontane, freisinnige Beschimpfungen ihrer Kirche in dieser Weise bekämpft? Das ist niemals vorgekommen." Dazu lag keine in den besonderen hiesigen Verhältnissen begründete Veranlassung vor. Diesmal ging obendrein der Angriff von unseren „Freunden", mit denen wir politisch stets zusammengegangen waren, aus.

Die Notwendigkeit unserer Erklärung lag für uns aber deshalb vor, weil nach Lage der Verhältnisse unter den von der „Neuen Saarbrücker Zeitung" bekämpften Christlich-Sozialen die in sozialer Arbeit stehenden Geistlichen — und das ist die Mehrzahl von uns — zum wenigsten mit verstanden werden mußten. Wie schon aus den Darlegungen des Herrn Kollegen Lentze hervorging, hat die „Neue Saarbrücker Zeitung" selbst die Geistlichen mit den „Christlich-Sozialen" gleichgesetzt. Damit stimmt auch völlig überein, daß sie nach unserer Erklärung die Unterzeichner derselben in mehreren nach Form und Inhalt unqualifizierbaren Artikeln ohne weiteres nicht blos mit Stöcker und Naumann, sondern auch mit Kötzschke und dessen extremsten Aeußerungen identifizierte. Wenn nun angesichts dieser Identifizierung die christlich-soziale Strömung als „eine ausgesprochen antichristliche Revolutionsrichtung" bezeichnet, die Christlich-Sozialen als „bewußte oder unbewußte Helfershelfer der Sozialrevolution, die mit Bebel und Liebknecht auf einer Stufe stehen", gekennzeichnet wurden, so war damit die Ehre der Geistlichen in einer Weise angegriffen, daß es als Schuldbekenntnis hätte gelten müssen, wenn wir geschwiegen hätten.

Bemerkung: Freiherr von Stumm sagte in Neunkirchen: „Es ist das erste mal geschehen (das heißt eine Erklärung abzugeben), weil ein

Blatt, welches auf dem Boden der Mittelparteien steht, etwas thut, was den Herren nicht ganz konveniert und da sind sie dann in dieser ganz außerordentlichen, ungewöhnlichen Weise dagegen aufgetreten." Gegenüber den gekennzeichneten Angriffen sind die Worte „nicht ganz konveniert" denn doch kaum zu begreifen.

Schwerwiegender jedoch als die Rücksicht auf unsere persönliche Ehre und amtliche Würde erschien uns die Thatsache, daß für das Bewußtsein unserer Bevölkerung und unserer Gemeinden das Wort: christlich-sozial vor allem in dem Sinne der von uns in den evangelischen Arbeitervereinen geübten Thätigkeit gebraucht und verstanden wird. Eine andere christlich-soziale Thätigkeit kennt die Bevölkerung des Saargebietes im Allgemeinen überhaupt nicht; die Leiter und Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine sind ihr einfach die Christlich-Sozialen im Saargebiete. Daher haben unsere Gemeinden vielfach auf das Bestimmteste eine Erklärung erwartet, welche die Entstellungen der „Neuen Saarbrücker Ztg." als unbegründet zurückwies. Endlich forderte die Rücksicht auf die Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine aus dem Arbeiterstande gebieterisch eine Erklärung. Es haben sich seit sechs Jahren über 2000 Arbeiter unserer Führung angeschlossen in dem Bewußtsein, daß sie entsprechend dem Wahlspruch der evangelischen Arbeitervereine auf diese Weise in den sozialen Wirren den Weg, welchen Gottesfurcht, Königstreue und Bruderliebe vorschreiben, nicht verfehlen würden. Darum haben die Angriffe der „Neuen Saarbrücker Zeitung" (Generalanzeiger) eine schwere Beunruhigung und eine ernste Verwirrung der Gewissen gerade dieser Kreise hervorgerufen. Es sind uns Aeußerungen dieser Gewissensbedenken auch seelsorgerisch nahe getreten, welche uns eine Erklärung zur Gewissenspflicht machen mußten.

Bemerkung: In der Neunkircher Rede heißt es: „Ich meine, gerade Geistliche sollten sehr vorsichtig sein, das Gewissen in eine politische Machtfrage hineinzubringen. — Ich meine, man solle doch vorsichtig sein, mit dem „Gewissen" in der Weise zu operieren, wo es sich um einen äußeren Kampf handelt." Nach dem Gesagten können uns diese Sätze gar nicht treffen. Um eine „politische Machtfrage" handelte es sich nicht, sondern um kirchlich-religiöse und seelsorgerische Fragen.

Ich erinnere hier besonders daran, daß wir den naheliegenden Weg einer Kundgebung der Arbeitervereine mit vollem Bedacht vermieden haben. Es wäre ein Leichtes gewesen, einen Sturm der Entrüstung gerade in diesen Kreisen zu entfesseln. Wir

haben alles, was dahin führen konnte, gewissenhaft vermieden. Um so dringender aber trat die Notwendigkeit einer Zurückweisung der ungeheuerlichen Schilderung der Christlich-Sozialen hervor. Es stand das Vertrauen unserer Gemeinden, die Früchte einer sechsjährigen sozialen Arbeit in den evangelischen Arbeitervereinen in Frage — da durften wir nicht schweigen. Daß unsere unter diesen Verhältnissen abgegebene Erklärung in ruhigem und sachlichem Tone gehalten war, dürfte wohl nicht bestritten werden können.

Daß unsere Erklärung eine Notwendigkeit war, darf auch aus dem Eindruck gefolgert werden, den sie gemacht hat. Sie hat klärend und beruhigend gewirkt, und die beängstigende Schwüle, welche auf vielen Gemütern lag, zerteilt. Es ist uns vielfach lebhafter Dank und laute Sympathie für das klärende Wort ausgesprochen worden. Unter dem Eindrucke dieser Sympathie und dem Drucke des öffentlichen Unwillens hat sich die „Neue Saarbrücker Zeitung" denn auch gezwungen gesehen, ihren Ton zu ändern und ihre Angriffe einzustellen; denn sie sah wohl, daß die Bevölkerung in seltener Einmütigkeit hinter uns stand und die uns und unserem sozialen Wirken angethane Verunglimpfung nicht dulden wollte.

Bemerkung: Die Rede des Freiherrn von Stumm hat die Wirkung der Angriffe der „Neuen Saarbrücker Zeitung" nur verschärft. Acht Tage nach der Rede, am 19. April, faßte eine Wählerversammlung bei überfülltem Saale und unter lautem Beifall folgende Resolution:

„Die Versammlung spricht ihren Unwillen aus über die Beleidigungen, „welche in der „Neuen Saarbrücker Zeitung" gegen die unabhängige national- „liberale Bürgerschaft, gegen die evangelischen Geistlichen und insbesondere „gegen den Herrn Superintendenten Zillessen gerichtet worden sind. Sie „erklärt es zur Wiederherstellung des öffentlichen Friedens für notwendig, „daß diese genannten Beleidigungen in der Zeitung zurückgenommen werden."

An dem Gesagten kann es nichts ändern, wenn die „Neue Saarbrücker Zeitung" nach dem Erscheinen unserer Erklärung so that, als habe sie uns nicht angegriffen, sondern wir hätten uns „in die Feuerlinie des politischen Kampfgewühles gedrängt" und „mit einer bombastischen Erklärung den Streit vom Zaune gebrochen." Freilich hat das Blatt vorher nur allgemein von Christlich-Sozialen geredet. Das kann jedoch kaum anders als eine Verallgemeinerung beurteilt werden, welche dem Blatte den Vorteil bot, alle etwaigen Fehler und Unbesonnenheiten irgend eines Christlich-Sozialen zugleich auch gegen die in sozialer Arbeit stehenden

Geistlichen des Saargebietes ausbeuten zu können. Die Behauptung aber, den Geistlichen sei nicht „mit einem Wort zu nahe getreten worden", muß als leere Ausrede erscheinen, durch welche eine sachliche Besprechung unserer Erklärung umgangen werden sollte. Hat doch das Blatt unsere Erklärung nicht einmal auszugsweise mitgeteilt, sondern nur in einer geradezu unerhörten Weise uns verunglimpft und insbesondere den Herrn Superintendenten mit seiner „Synodalgefolgschaft" in kleinlicher, persönlich gehässiger Weise verhöhnt und beleidigt, sodaß am 4. März d. J. folgende Entgegnung erscheinen mußte.

## Entgegnung.

In der Gewißheit völliger Uebereinstimmung mit sämtlichen Unterzeichnern unserer „Erklärung" vom 28. Februar cr. entgegnen wir der „Neuen Saarbrücker Zeitung" folgendes:

Sie hat in ihrer Nummer vom 1. März cr. unsere „Erklärung" in einer Weise behandelt, die wir hierdurch auf's ernsteste zurückweisen. Eine sachliche Widerlegung suchen wir vergebens, finden dagegen einen Ton, der in einer so ernsten Sache doppelt bedauernswert ist. Wir dürfen wohl hinzufügen, daß auch der Herr Reichstagsabgeordnete Boltz sein Mißfallen darüber ausgesprochen hat. Während das Blatt sich für die „Würde der Diener" der Kirche scheinbar besorgt zeigt, verschmäht es dennoch eine gröbliche Verunglimpfung derselben nicht. Wir würden deshalb auf jede weitere Auslassung verzichtet haben, wenn uns nicht der gehässige Angriff gegen die Person unseres hochverehrten Superintendenten verpflichtete, für ihn einzutreten, nicht als „Gefolgschaft", sondern kraft freier Ueberzeugung.

Wir können der „Neuen Saarbrücker Zeitung" nicht das mindeste Recht zugestehen, dem bewährten langjährigen Leiter der Synode, einem überzeugungstreuen Geistlichen und edlen Charakter, in anmaßendem Tone Vorschriften über sein Verhalten und über seine Amtspflichten zu machen. Wir protestieren auf's nachdrücklichste gegen diese Art und Weise, in der das Blatt die geistige Leitung unserer Bevölkerung zu übernehmen beabsichtigt.

**Fechner. Klein. Lentze. Lichnock. v. Scheven.**

Aus dem bisher Dargelegten erklärt sich auch der Wortlaut unserer Erklärung. Da eine Hereinziehung der evangelischen Arbeitervereine vermieden werden sollte, empfahl es sich, eine Aeußerung über unsere besondere soziale Thätigkeit zunächst zurückzustellen und die Angriffe in derselben allgemeinen Form zurückzuweisen, in der sie erfolgt waren, was uns umsomehr angezeigt erschien, als die „Neue Saarbrücker Zeitung" von der christlich-sozialen Bewegung und ihren Führern überhaupt Bilder zu entwerfen pflegte, welche der Gerechtigkeit, Wahrheit und Liebe nicht entsprachen und von einem blinden Eifer diktiert waren. Eine Veranlassung aber, zwischen der „älteren" und „jüngeren" Richtung der christlich-sozialen Bewegung zu unterscheiden, lag für uns nicht vor, da es ja Christlich-Soziale in einem ausgesprochenen Parteisinn unter uns nicht giebt, auch unter den jüngeren Geistlichen nicht, und da unsere soziale Thätigkeit doch anders beurteilt werden muß als die von Stöcker, Liz. Weber, Naumann u. s. w. geübte politische Thätigkeit. Politisch thätig im Sinne einer christlich-sozialen Richtung ist niemand unter uns in den evangelischen Arbeitervereinen oder in Volks- und Wahlversammlungen gewesen. Es muß wiederholt bemerkt werden, daß die Voraussetzung, als bestehe im Saargebiete eine politische Organisation christlich-sozialer Art, eine irrige ist. Es scheint jedoch, daß diese Vorstellung die Begründer der „Neuen Saarbrücker Zeitung" und am meisten den Freiherrn von Stumm völlig beherrscht und gegenüber der wirklichen Sachlage geradezu blind macht.*)

Soweit wir überhaupt politisch hervorgetreten sind, z. B. bei der letzten Militärvorlage, geschah es stets im Sinne der hier herrschenden Kartellparteien und unter Billigung derselben Kreise, welche unsere soziale Thätigkeit als „gemeingefährliche revolutionäre Erscheinung" brandmarken und in einem eigens dafür gegründeten Blatte bekämpfen zu sollen glauben.

Bemerkung: Wir stellen hier fest, daß die Behauptung des Herrn von Stumm falsch ist, wir hätten das Kartell der reichstreuen Wähler gesprengt und das „einzige Motiv" zu unserer Erklärung sei gewesen, für ein „abtrünniges Blatt und gegen die Mittelparteien politische Stellung zu

---

*) Anmerkung: Vergleiche die Neunkircher Rede: „So bleibe ich dabei — wenn ich auch die Herren Unterzeichner der Erklärung nicht in die Kategorie der bewußten (!) Christlich-Sozialen stelle —, daß sie dieser Strömung eigentlich erst Eingang hier verschafft haben."

nehmen." Das ist eine kleinliche Verkennung der Wahrheit. — Hiernach überlassen wir es dem Leser, zu beurteilen, ob wir Freiherrn von Stumm einen berechtigten Anlaß gegeben haben, das kaiserliche Telegramm gerade gegen uns und unsere ganz unpolitische soziale Arbeit zu verwerten.

Es könnte auffallend erscheinen, daß wir unsere Erklärung nicht im „Evangelischen Wochenblatt", sondern in einer politischen Zeitung, der „Saarbrücker Zeitung", veröffentlicht haben, und es könnte daraus vielleicht der Vorwurf hergeleitet werden, daß wir damit entgegen den Eingangsworten unserer Erklärung uns in den politischen Streit eingemischt hätten. (Die in dem Bericht nun folgende Darstellung der Vorgänge, durch welche uns die Veröffentlichung der Erklärung im „Evangelischen Wochenblatt", unserem eigenen Organe, unmöglich gemacht worden war, lassen wir hier, um Wiederholungen zu vermeiden, weg und verweisen auf den unten folgenden Abschnitt: „Freiherr von Stumm und das Evangelische Wochenblatt").

---

Ich habe bisher vorwiegend die äußeren Momente zu würdigen gesucht, welche zu unserer Erklärung führten. Es erübrigt nun noch, auf den prinzipiellen Gegensatz hinzuweisen, welcher ohne Frage vorliegt. Der Ansicht der in sozialer Arbeit stehenden Geistlichen gegenüber steht die Auffassung der großindustriellen Kreise hinter der „Neuen Saarbrücker Zeitung", welche am klarsten und konsequentesten der Freiherr von Stumm vertritt. Diese pflegt als das patriarchalische System bezeichnet zu werden. Wir haben die Vorzüge desselben niemals geleugnet, die Bedeutung der von demselben geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen, die Bemühungen mancher Arbeitgeber, persönliche Fühlung mit ihren Arbeitern zu suchen, stets warm anerkannt, wie wir auch insbesondere uns wohl bewußt sind, daß Freiherr von Stumm nicht blos selbst in dieser Richtung hervorragendes geleistet, sondern auch auf die Saarindustrie überhaupt durch sein Ansehen und sein Beispiel in gleichem Sinne eingewirkt hat. In dem Bewußtsein, daß die Arbeiterverhältnisse im Saargebiete infolgedessen verhältnismäßig wohl geordnete seien, haben die Geistlichen jahrelang von einer sozialen Thätigkeit im engeren Sinne des Wortes absehen zu dürfen geglaubt. Selbst als die Ueberzeugung eine ziemlich allgemeine ge-

worden war, daß große Mißstände in den Verhältnissen der Grubenarbeiter eingerissen seien, wurde ein von Herrn Kollegen Fauth verfaßter Artikel aus dem Jahre 1887: „Ein Notschrei aus der Tiefe“ noch einmal im letzten Augenblick zurückgehalten. Die Folge war, daß die Ultramontanen sich der Leitung der immer mehr in Gährung geratenden Bergarbeiter bemächtigten. Der erste Streik trat Anfang 1889 unter Führung des Kaplans Dasbach und seiner Blätter („St. Johanner Volkszeitung“, „Trierer Landeszeitung“, „Paulinusblatt“) und unter vielfacher Mitwirkung des katholischen Klerus ins Leben und legte den unzweideutigen Beweis für den beherrschenden Einfluß des Ultramontanismus auf die Arbeiterkreise ab.

Als dann in derselben Zeit die kaiserlichen Erlasse erschienen und der kaiserliche Ruf zur Mitarbeit der Kirche erschallte, als der Oberkirchenrat gleicherweise in begeisternden Worten zur sozialen Arbeit aufrief, als ferner im weiteren Verlaufe der Streikbewegung die Leitung den Händen der Ultramontanen entglitt und die Gefahr täglich wuchs, daß die Sozialdemokratie das Erbe derselben antreten werde, als die sozialdemokratische Parteileitung ihr Auge auf das Saargebiet richtete und ein Liebknecht von den Bergleuten als „Genosse“ zu einer Versammlung berufen werden konnte, als infolgedessen Anzeichen der Entkirchlichung und wachsender mißtrauischer Entfremdung der Arbeiter gegenüber den evangelischen Geistlichen immer bedenklicher hervortraten — da trat eine große Zahl von uns in die soziale Arbeit ein durch Gründung von evangelischen Arbeitervereinen. Wir thaten es voll Begeisterung für den an uns ergangenen edlen kaiserlichen Ruf, im Gehorsam gegen den oberkirchenrätlichen Erlaß, in ernster Sorge um die Zukunft unserer Gemeinden und der evangelischen Kirche des Saargebietes. Wir thaten es zunächst, um den kirchlich gesinnten Elementen unter den Arbeitern durch Zusammenschluß einen Rückhalt und eine Ermutigung zuteil werden zu lassen gegenüber den Streikenden und deren gefährlichen Einflüssen zugänglichen Kameraden. Wir wollten persönlich engere Fühlung mit ihnen gewinnen, sie in ihrem christlichen und königstreuen Empfinden stärken. Wir wollten sie ferner gewinnen für ein friedliches und

vertrauensvolles Verhältnis gegenüber den Arbeitgebern entsprechend dem dahin lautenden Paragraphen unserer Statuten. Wir hofften endlich dadurch einen Damm gegen das Eindringen der Sozialdemokratie aufführen zu können. Diese unsere Arbeit war weit davon entfernt, eine leichte und den Arbeiterkreisen willkommene zu sein. Sie war kein Buhlen um die Gunst der Massen, oder ein schwächliches Nachgeben gegenüber ihren Wünschen. Vielmehr war es ein mühevolles Schwimmen gegen den Strom, der damals die Arbeiterkreise durchflutete. Unsere Mitglieder wurden mit einem eigens für sie erfundenen Schimpfwort belegt und sahen sich häufig den größten Insulten und Drohungen seitens der Kameraden ausgesetzt; dennoch blieben sie treu. Es wurde ferner unseren Vereinen in erster Linie der Vorwurf gemacht, daß sie die Bergarbeiterorganisation (Rechtsschutzverein) gesprengt hätten. Ich glaube der Wahrheit gemäß sagen zu dürfen, daß der dritte Streik (Winter 1892/93) zu nicht geringem Teil durch die Haltung der evangelischen Arbeitervereine vereitelt wurde; damit war aber die ganze Streikbewegung erloschen. Ich glaube ferner sagen zu dürfen, daß wir dann unablässig und erfolgreich bemüht waren, die Wunden der Streikbewegung zu heilen, neues Vertrauen zu pflanzen, kirchlichen Sinn und Liebe zu Kaiser und Reich zu pflegen. Nie haben wir die Arbeiter erregt, nie gegen die Arbeitgeber geredet, nie sind wir durch unsere Schuld in Konflikt mit ihnen geraten, nie haben wir christlich-soziale oder überhaupt irgend welche Politik in die Vereine hineingetragen. Auch jetzt, nach sechs Jahren, müssen wir die begonnene Arbeit unermüdlich fortsetzen. Die drei Jahre dauernde und in drei umfassenden Streiks aufflammende Bewegung hat tiefe Spuren im Denken und Empfinden der Arbeiter zurückgelassen. Zum ersten Male hat die Bewegung des vierten Standes auch das Saarrevier durchzuckt, sie hat die Gemüter mit mancherlei neuen Gedanken erfüllt und die frühere Abgeschiedenheit der Arbeiter im Saargebiete beseitigt. Darum glauben wir, daß es auf die Dauer nicht mehr möglich sein wird, diese Arbeiter, wie es bis zum Streik noch möglich war, durch die Fürsorge und die Strenge des patriarchalischen Systems allein vor Entkirchlichung und sozialdemokratischer Beeinflussung zu behüten, zumal die Mehrzahl der Vertreter desselben, wie auch Herr Kollege Lentze schon hervorhob, selbst ganz unkirchlich ist. Die Organisation der

evangelischen Arbeitervereine werden wir zur Bewahrung der Arbeiter vor Gährung und Unruhe und vor sozialdemokratischer Beeinflussung auch ferner noch nötig haben. Wir dürften einigen Anspruch auf Anerkennung unserer oft recht mühevollen und nicht erfolglosen Arbeit haben. Statt dessen sehen wir uns aufs schwerste verunglimpft. Fast scheint es, als ob die alten Gegner der Mittelparteien im Saargebiet (Ultramontane, Freisinnige, Sozialdemokraten) ausgestorben seien, so ausschließlich werden wir angegriffen und bekämpft.

Wenn wir hofften, daß unsere Arbeitervereine auch für die Arbeitgeber eine willkommene Gelegenheit werden würden, um der kaiserlichen Ermahnung entsprechend „mehr Fühlung" zu gewinnen, so hat uns diese Hoffnung getäuscht und sind unsere dahingehenden Bemühungen fruchtlos geblieben. Im Allgemeinen sind wir bei den Arbeitgebern und den Behörden einer kühlen Zurückhaltung und vornehmen Reserve begegnet. Es ist mit verschwindenden Ausnahmen nicht gelungen, das Interesse und die Mitarbeit dieser Kreise zu gewinnen. An gutem Willen und Entgegenkommen hat es unsererseits nicht gefehlt. Die Folge ist, daß man unsere Vereine nicht kennt. Es muß betont werden, daß in den genannten Kreisen über unsere Arbeit und unsere Bestrebungen eine große Unkenntnis herrscht, aus der allein sich das Mißtrauen und die ungerechte Verkennung unserer Thätigkeit erklärt, welche in den letzten erregten Wochen eine so verhängnisvolle und unsere Ehre verletzende Rolle gespielt haben. Freiherr von Stumm hegte wohl gegen die Gründung unserer Vereine von Anfang an Bedenken, da er prinzipieller Gegner jeder Art von Arbeiterorganisation zu sein scheint. Er hat darüber, daß er ein Hereinziehen seiner Arbeiter nicht wünsche, von vornherein keinen Zweifel gelassen. Er fürchtet, derartige Arbeitervereinigungen könnten über die Köpfe der wohlmeinenden Gründer und Leiter hinaus zur Sozialdemokratie übergehen, „wie es analog bei der Entwickelung des famosen Rechtsschutzvereins gegangen ist." Darum ist er auch prinzipieller Gegner christlicher Arbeitervereinigungen, wie sich das besonders scharf gegenüber dem von Pfarrer Lic. Weber mit gegründeten christlichen Bergarbeitergewerkverein im Ruhrgebiet gezeigt hat. Neben einer strengen Gesetzgebung und energischen Handhabung derselben, kann nur der Arbeitgeber selbst durch eine wohlwollende Fürsorge und

seine mit aller Entschiedenheit geltend gemachte soziale Ueberlegenheit und materielle Macht die Arbeiter vor der Sozialdemokratie bewahren. Sie müssen „eine feste Hand" über sich haben. Es handelt sich für ihn um eine reine Machtfrage. Ich habe schon gesagt, daß wir die Vorzüge dieses Systems voll erkannt haben. Wir können uns nach unseren Erfahrungen aber nicht verhehlen, daß dasselbe auch großen Bedenken unterliegt. Seine Durchführung erfordert ein solches Maß von geistiger Bevormundung und Ueberwachung der Arbeiter seitens der Arbeitgeber, wie es im Zeitalter des Verkehrs, der Presse, der allgemeinen Volksschule und des allgemeinen Wahlrechtes, wie es nach der Streikbewegung auch im Saargebiete auf die Dauer nicht mehr durchzuführen ist. Unsere Ansicht ist es dagegen, daß die Arbeiter zu selbständigem und überzeugtem Widerstande gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie erzogen und zusammengeschlossen werden müssen, wie es bei den evangelischen Arbeitervereinen geschieht, sonst könnte gerade infolge der strengen Bevormundung ihre Widerstandskraft sich als sehr gering erweisen. Es kommt hinzu, daß die Selbständigkeit der kirchlichen Arbeit unter diesem Systeme leidet. Die Thätigkeit der kirchlichen Organe erscheint mit diesem System nur verträglich, wenn und soweit sie sich in dasselbe einfügt. So führt dasselbe zu einer Bevormundung sogar der Geistlichen, wie sie in den S. 57 ff. mitgeteilten Konflikten des „Evangelischen Wochenblattes" mit Freiherrn von Stumm in eine so grelle Beleuchtung tritt. Der Zeitungsstreit der letzten Wochen hat ferner gezeigt, daß auch weite Kreise der Bürgerschaft unter dem Drucke dieses Systems leiden und sich dagegen auflehnen. Es ist dabei in besorgniserregender Weise hervorgetreten, wie unter diesem System und seiner rücksichtslosen Geltendmachung in der „Neuen Saarbrücker Zeitung" ein Geist der Erbitterung und Erregung in weiten Kreisen heranwächst, welcher die bedenklichsten Früchte zeitigen kann und, wenn er in die Arbeiterkreise eindringt, die Gemüter in eine Stimmung hintreibt, welche der Sozialdemokratie den Eingang sehr erleichtern würde. Darum läßt sich die Besorgnis nicht abwehren, daß das System, welches Freiherr von Stumm vertritt, auch sehr bedenkliche Folgen haben kann.

Der geschilderte prinzipielle Gegensatz mußte einmal hervortreten. Dafür, daß es geschehen ist, dürfen wir die Schuld

von uns auf die Unkenntnis und das Mißtrauen der großindustriellen Kreise ablenken. Wir glauben stets loyal und im Geiste der sozialen Versöhnung gewirkt zu haben. Zum ersten Male kam der Gegensatz zur Erscheinung bei der unsererseits beabsichtigten Gründung eines Rechts- und Auskunftsbüreaus. Diese Vorgänge will ich übergehen, sie würden eine besondere Darstellung erfordern, welche später einmal gegeben werden kann.*)

Es kam gleichzeitig das Verhältnis zu Pfarrer Naumann in Frankfurt a. M. in Betracht. Für das Auftreten desselben in dem „Saarbrücker Handwerkerverein" trägt natürlich dieser die Verantwortung. Es braucht uns hier nicht zu beschäftigen.

Bemerkung: Man vergleiche die als Anhang zu dieser Broschüre gegebene eingehende Darstellung des Sachverhalts.

Betreffs der von den evangelischen Arbeitervereinen Naumann gegenüber eingenommenen Stellung weise ich auf folgende Beschlüsse der Delegierten-Versammlung des Saarverbandes hin:

1. Beschluß vom 3. Febr. 1895. „Die Vereine verpflichten sich, jeder Empfehlung und Verbreitung der „Hilfe" sich zu enthalten."

Das ist von uns loyal befolgt worden. Soweit die „Hilfe" im Saargebiete gelesen wird, dürfte es meist von Gebildeten, wenig von Arbeitern geschehen.

2. Beschluß vom 10. November 1895. „Die Vertreter-Versammlung der evangelischen Arbeitervereine an der Saar sieht sich durch bekannte Vorgänge der letzten Zeit veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

1) Sie hält bei aller Wertschätzung der Persönlichkeit des Herrn Pfarrer Naumann, sowie in ausdrücklicher Anerkennung der Reinheit und Lauterkeit der ihn bei seinen christlich-sozialen Bestrebungen leitenden Motive an dem Satz unserer Statuten: „Wahrung und Pflege des friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern" als einem wertvollen und unerläßlichen Zweck unserer Vereinsbestrebungen unentwegt fest;

2) Sie fühlt sich durch die den Arbeitervereinen gestellten Aufgaben und Ziele zu einem entschiedenen Kampfe gegen die religions- und vaterlandslose Sozialdemokratie sowie gegen alle arbeiterfeindlichen Bestrebungen nach wie vor verpflichtet."

*) Anmerkung: Eine solche befindet sich unter Nr. IV dieser Broschüre.

Es bedarf wohl keines weiteren Beweises für die vorsichtige und in jeder Weise loyale Haltung unserer Vereine. Trotzdem und trotz zeitweiliger Kompromisse stieg das Mißtrauen gegen die Vereine, die man nicht kannte, verschärften sich die Angriffe auf die Christlich-Sozialen, setzte sich die völlig unbegründete Idee fest, daß es sich im Saargebiet um eine planmäßige, politische, christlich-soziale Agitation und um den Anfang einer Parteibildung handele. Das alles führte zu den im ersten Teile dieses Berichtes geschilderten Angriffen auf die soziale Thätigkeit der Geistlichen, der Gründung der neuen Zeitung mit ihren maßlosen Artikeln einerseits, und der notgedrungenen Abwehr des Herrn Superintendenten und unserer Erklärung andererseits. Die Erklärung haben auch solche Kollegen unterzeichnet, welche sich bei der geschilderten sozialen Thätigkeit nicht beteiligt haben. Sie thaten es in dem Gefühl der Empörung über das ihren sozial arbeitenden Kollegen angethane Unrecht und in der Ueberzeugung, daß diese gewissenhaft, treu und besonnen ihre Arbeit gethan und zu den gedachten Angriffen keinen gerechten Anlaß gegeben haben. Sie glaubten zum mindesten verlangen zu sollen, daß man nur mit „Waffen der Gerechtigkeit und Wahrheit“ sie bekämpfe.

Bemerkung: Nach diesen Darlegungen dürfen wir wohl auf den Nachweis im Einzelnen verzichten, daß Freiherr von Stumm unsere soziale Thätigkeit falsch beurteilt und dieselbe nicht genügend kennt, um in so verhängnisvoller Weise und unter Hereinziehung der Person Seiner Majestät gegen uns zu Felde zu ziehen. Er muß von seinen Gewährsmännern über unsere Thätigkeit, die er nicht aus eigener Anschauung kennt, völlig falsch unterrichtet sein, sonst könnte er nicht so heftig uns angreifen und so hartnäckig auf seiner irrigen Auffassung beharren.

---

Mein Bericht wäre unvollständig und einseitig, wollte ich die konfessionelle Seite der Sache mit Stillschweigen übergehen. Die schwerste Gefahr droht unserem kirchlichen Leben im Saargebiete sowie dem bisherigen politischen Bestande der hiesigen Kartellparteien nicht von sozialdemokratischer, sondern von ultramontaner Seite. Seit Jahrzehnten macht der Ultramontanismus die größten Anstrengungen, die beherrschende Macht in dem urprotestantischen Saargebiete zu werden. Er kann dabei auf nicht unbedeutende Erfolge zurückblicken, wie sie sich neuerdings in der Erbauung eines

großartigen Vereinshauses in St. Johann, eines Gesellenhauses in Neunkirchen, der Errichtung einer höheren Töchterschule der Ursulinerinnen in St. Johann und manchen anderen Anzeichen dokumentieren. Neben der Presse des Herrn Dasbach bildet eine vielseitige Vereinsthätigkeit das erfolgreichste Mittel kirchlicher und politischer Propaganda. Die Vereinsthätigkeit begann bereits Mitte der fünfziger Jahre, wohl im Anschluß an die von Bischof Ketteler ins Leben gerufene katholisch-soziale Bewegung. In dem Kulturkampf haben sich diese Vereine bereits als feste Stütze des katholischen Klerus und der Zentrumspolitik erwiesen. Die Streikzeit brachte ihnen einen neuen Aufschwung. Die Führer des „Rechtsschutzvereins" der Bergleute waren ohne Ausnahme, die Vertrauensmänner mit geringen Ausnahmen Katholiken. Die Dasbach'sche Presse führte eine Sprache, wie wir sie niemals weder mündlich noch schriftlich auch nur annähernd geführt haben und die keineswegs geeignet war, das Ansehen der Bergbehörde zu erhöhen. In Trier wurde ein sozialdemokratischer Wahlaufruf verteilt, welcher von einem Dasbach'schen Redakteur verfaßt war. Dieser Redakteur wurde, nachdem er entlassen war, Redakteur der Zeitung des Rechtsschutzvereins „Schlägel und Eisen", welche dann in einem sozialdemokratischen Verlage erschien. Der eingetretene Umschwung des Rechtsschutzvereins nach der Seite der Sozialdemokratie veranlaßte neue große Anstrengungen. Auswärtige Redner, darunter gefeierte Führer des Centrums, erschienen im Saargebiete. Der Volksverein für das katholische Deutschland wurde in das Saargebiet eingeführt, Verbände geschlossen, ein Rechtsbureau eingerichtet, Kassen gegründet und regste Propaganda entfaltet. Jetzt steht unserem Verband mit 3100 Mitgliedern der Katholische Volksverein mit circa 10000, der Katholische Berg- und Hüttenarbeiterverein mit etwa 7000 Mitgliedern gegenüber. Darum haben auch wir, wie es am Niederrhein und in Westfalen bereits 1883 geschah, das dringende Bedürfnis nach evangelischen Arbeitervereinen gehabt, welche als ersten Satz in ihren Statuten die Worte haben:

„Weckung und Förderung des evangelischen Bewußtseins unter den Glaubensgenossen",

und welche keinen in ihre Mitte aufnehmen, „der das Versprechen giebt, seine sämtlichen Kinder der katholischen Kirche zu überweisen."

Es kann wohl auf den Nachweis verzichtet werden, daß unsere evangelischen Arbeitervereine auch aus konfessionellen Gründen notwendig sind und sich gut bewährt haben. Aber es darf nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, wie die Behandlung, welche der katholisch-sozialen, doch stark politischen Vereinsthätigkeit von seiten der Großindustriellen zuteil wurde, aufs Grellste von der uns zugefügten absticht. Obwohl die Dasbach'sche Presse in der bereits gekennzeichneten Weise gegen die Großindustriellen und die Königliche Bergbehörde schrieb, obwohl sie fortwährend eine Haltung einnahm, welche der Förderung des konfessionellen Friedens nicht entsprach, haben die evangelischen Großindustriellen nie Maßregeln gegen sie in Anwendung zu bringen versucht wie gegen das „Evangelische Wochenblatt" und die stets gut protestantische „Saarbrücker Zeitung". Obwohl die erste und einzige Streikbewegung im Saargebiet unter hervorragender Mitwirkung der Ultramontanen in die Wege geleitet wurde, und obwohl dieselbe zur Sozialdemokratie abschwenkte, hat man sie nicht, wie uns, mit Bebel und Liebknecht auf eine Stufe gestellt, hat man sie nicht als „gemeingefährliche, revolutionäre Erscheinung" und ihre Geistlichen nicht als „blindleidenschaftliche Unholde" bezeichnet. Das hat man nur gegen uns gewagt. Obwohl die Verbände der Katholisch-Sozialen weit stärker und weit geschlossener sind als unser Verband, obwohl sie mit einer politischen Partei in engstem Zusammenhang stehen, hat man ihrem „Volksbureau" keine Hindernisse in die Wege gelegt, wie unserem Auskunftsbureau, nicht eine besondere Zeitung zu ihrer Bekämpfung für nötig erachtet. Obwohl bei ihnen das Hoch auf den Kaiser stets verbunden ist mit einem Hoch auf den Papst, hat man ihren Patriotismus nicht verdächtigt. Obwohl katholischerseits die letzte Militärvorlage auch im Saargebiete systematisch und heftig bekämpft wurde, während wir warm und thatkräftig für die Vorlage eingetreten sind, sehen wir uns fast als Reichsfeinde von denselben Kreisen behandelt, welche damals unsere Unterstützung wünschten und suchten, während jene ganz unbehelligt bleiben. Und diese ganze ungeheuerliche Ungerechtigkeit und Imparität geht von evangelischen Großindustriellen und ihnen nahestehenden Kreisen aus im Namen eines angeblich bessern evangelischen Christentums als das von uns gepredigte und bethätigte, im Namen einer vorgeblich

reineren Vaterlandsliebe und Königstreue, als die von uns allezeit bewiesene.

Bemerkung: Die Rede des Freiherrn von Stumm bewegt sich auf derselben Linie. Während er uns in der heftigsten Weise bekämpft, bleibt die katholisch-soziale Thätigkeit unbehelligt. Sie wird nicht einmal erwähnt.

Es zeigt sich auch hier wieder, daß man in diesem Kreise alles als reine Machtfrage zu behandeln geneigt ist und daß man vor der wohlorganisierten Macht des Ultramontanismus die Segel streicht, während man das ganze Gewicht seines Ansehens und seiner Macht gegen uns in Bewegung setzt. Die hierinliegende Verkennung der idealen Mächte des evangelischen Christentums gegenüber der politischen Machtstellung des Ultramontanismus kann nur aufs tiefste beklagt werden. Es liegt aber auch hierin eine Bestätigung für die vom Herrn Kollegen Lentze hervorgehobene weitverbreitete Irreligiosität der liberalgesinnten Kreise der Großindustriellen und der ihnen nahestehenden Kreise im Saargebiete. Wenn wirklich ein Grund zu der Befürchtung vorliegt, daß die Arbeitervereinigungen sich über die Köpfe der Leiter hinweg zur Sozialdemokratie wenden könnten, so ist ohne Frage diese Gefahr bei den ultramontanen Vereinen größer als bei den unsern. Eine 1893 aufgestellte Statistik über die Beteiligung der Mitglieder unserer Vereine an dem Streik hat ergeben, daß dieselben nur in ganz geringer Zahl mitgestreikt haben. Wir dürfen wohl auch behaupten, daß wir gerade die solidesten und zuverlässigsten evangelischen Elemente in unseren Vereinen gesammelt haben, gegen deren Königstreue und gute Gesinnung kein gerechter Vorwurf erhoben werden kann, und die mit Bewußtsein und aus Ueberzeugung die sozialdemokratischen Lehren ablehnen. Von hier aus fällt noch einmal ein helles Licht auf die Vorgänge der letzten Wochen und auf unsere Erklärung. Auch unter dem konfessionellen Gesichtspunkt war es für uns dringend geboten, mit einer solchen hervorzutreten und die evangelisch-soziale Thätigkeit gegen die Verunglimpfungen der „Neuen Saarbrücker Zeitung“ in Schutz zu nehmen. Daß angesichts der vorstehend mitgeteilten Thatsachen unserer Erklärung die denkbar maßvollste Form gegeben wurde, dürfte nicht zu bestreiten sein.

## III.

# Protest.

Die scharfen Angriffe des Herrn Freiherrn von Stumm-Halberg in der Neunkircher Wählerversammlung vom 12. April d. Js. nötigen die unterzeichneten evangelischen Geistlichen zu folgendem Protest:

1. Wir gehören der christlich-sozialen Partei älterer oder jüngerer Richtung nicht an, sind auch nicht im Sinne derselben politisch thätig gewesen und verurteilen die Auswüchse dieser wie jeder anderen Partei. Wir protestieren gegen die von Freiherrn von Stumm wenigstens indirekt gegen uns erhobene schwere Anklage auf „antimonarchische und antichristliche Gesinnung".

2. Wir haben weder gegen die Mittelparteien Front gemacht, noch „das Kartell der reichstreuen Wähler" gesprengt, noch auch uns durch den politischen Parteistreit und Zeitungskrieg zu unserer „Erklärung" bestimmen lassen. Wir protestieren daher gegen die Beschuldigung, daß wir uns durch andere als durch kirchliche und sittliche Beweggründe hätten leiten lassen, und beklagen tief den eingetretenen Riß, den nicht wir verursacht haben.

3. Wir fordern freien Raum für unsere christliche, monarchische und soziale Thätigkeit in den von den Behörden oftmals gewünschten evangelischen Arbeitervereinen. Wir protestieren auf das entschiedenste gegen die Unterstellung, daß sie sich unter unserer Leitung zu politischen und sozialen Kampfvereinen ausbilden könnten.

4. Wenn Freiherr von Stumm uns zu denjenigen „Herren" gezählt hat, die dem Evangelischen Oberkirchenrat in unbotmäßiger Weise entgegengetreten sind, was er sich befremdlicherweise „allenfalls gefallen lassen will", so legen wir gegen eine solche Beschuldigung Verwahrung ein, in der Ueberzeugung, daß unsere christliche Denkart und die soziale Bethätigung derselben ebenso wenig den Intentionen Seiner Majestät des Kaisers, unseres

Allergnädigsten Herrn, widerspricht, als dem Dezember-Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats, den Freiherr von Stumm nicht richtig verstanden zu haben scheint.

5. Wenn Freiherr von Stumm unter mißbräuchlicher Anwendung eines Bibelwortes die Redaktion des „Evangelischen Wochenblatts" des „Boykotts" des zeitigen Druckers anklagt, so protestieren wir gegen diese gänzlich verkehrte Darstellung. Die Kündigung des Vertrags ist auf durchaus ordnungsmäßige Weise geschehen, nachdem sie zur Notwendigkeit geworden war. Durch die geschäftliche Abhängigkeit des Druckers von Freiherrn von Stumm sahen wir uns der Möglichkeit beraubt, eine gebotene Verteidigung in unserm eigenen Organ zu führen. Wir billigen deshalb öffentlich die aus zwingenden Gründen geschehene Kündigung.

6. Endlich hat Freiherr von Stumm es für angemessen erachtet, unsern hochverehrten Herrn Superintendenten Zillessen, den langjährigen und bewährten Leiter der Synode, vor einer politischen und konfessionell gemischten Versammlung in seiner Abwesenheit wegen seiner pfarramtlichen Thätigkeit in Predigt und Seelsorge auf unerhörte Weise herabzusetzen. Wir protestieren mit Unwillen gegen diese Handlungsweise, die wir als eine Untergrabung der kirchlichen Autorität ansehen und als eine uns allen angethane Schmähung empfinden.

Wir beklagen es nicht weniger tief als Freiherr von Stumm, daß wir uns gerade zu ihm in einem Gegensatz befinden, wie er in der Neunkircher Rede vom 12. April zu so scharfem Ausdruck gekommen ist. Es bleibt unser lebhafter Wunsch, daß eine Ausgleichung dieses Gegensatzes erzielt und dadurch der schwer erschütterte Friede in unserm heimatlichen Saargebiet wiederhergestellt werde!

**Saarbrücken**, den 20. April 1896.

**Fechner. Lichnock. Abegg. Alsdorf**, Synodal-Vikar. **Bauer. Cörper. Fauth. Henning. Hönes. Holthöfer. Jüngst. Klein. Lentze. Lentze**, Synodal-Vikar. **Mannherz. Nold. Olimart**, cand. theol. **Rediker. Rieth. Sander. v. Scheven. Schütte. Simon. Trommershausen. Ulrich. Vogel. Weber. de Wyl. Zillessen**-Ludweiler. **Zillessen**-Altenwald. **Zillessen**, cand. theol.

IV.

# Bericht

über die

# Gründung eines evangelischen Auskunftsbureaus im Saargebiete.

Das Bedürfnis nach einer Stelle, wo sich die Mitglieder unserer evangelischen Arbeitervereine fachmännischen Rat in Fragen der Arbeiterversicherungsgesetze, sowie in anderen mit ihrem Arbeitsverhältnis zusammenhängenden Angelegenheiten holen könnten, trat zuerst während des zweiten Streikes der Bergleute (Anfang 1891) hervor. Derselbe war veranlaßt worden durch eine Revision des Statutes des „Saarbrücker Knappschaftsvereins". Die vorgenommene Revision war einerseits von der Einführung des Gesetzes über die Alters- und Invaliditätsversicherung, andererseits von der Entwicklung des Knappschaftsvereins selbst gefordert und entsprach durchaus dem Interesse der Bergleute. Trotzdem wurde von den Führern des „Rechtschutzvereins" eine lebhafte Agitation dagegen entfaltet, die schließlich zum Streik führte. Die evangelischen Arbeitervereine begegneten dieser Agitation durch aufklärende Vorträge, zu denen sich unter anderen auch Herr Knappschaftsdirektor Bergrat Münscher freundlichst bereit finden ließ. In der Thatsache, daß der damalige Streik nur teilweise zum Ausbruch kam, dürfen wir einen Erfolg erblicken, zu dem auch unsere Bemühungen mitgewirkt haben. In den damaligen Wirren trat eine große Unkenntnis der Leute über ihre gesetzlichen Rechte und die Grenzen ihrer Ansprüche hervor, durch welche sie häufig zu ganz unerfüllbaren Forderungen verführt wurden. Neben der Streikbewegung selbst zeigte sich infolgedessen als weitere Folge dieser Unkenntnis, daß die Leute durch Prozesse und mit Hilfe von Winkeladvokaten und

anderen oft recht zweifelhaften Rechtsbeiständen ihr angebliches Recht zu erzwingen suchten, und häufig erbittert und unzufrieden wurden. Die Gefahr lag nahe, daß die aus der hochherzigen kaiserlichen Initiative hervorgegangenen Arbeitergesetze nicht sozialversöhnend, sondern infolge der herrschenden Unkenntnis die Unzufriedenheit mehrend wirken würden. Dem wollten wir durch fachmännische Rechtsbelehrung entgegenwirken. Bei Gelegenheit eines in dem Arbeiterverein Dudweiler gehaltenen Vortrages des Herrn Rechtsanwaltes Dörmer über das Alters- und Invaliditätsgesetz wurde der Gedanke an eine Rechtsauskunftsstelle zuerst angeregt, worauf sich der Genannte sofort bereit erklärte, jedem Mitgliede eines evang. Arbeitervereins unentgeltlich Rat und Auskunft zu erteilen, soweit es sich nicht um Privatsachen, sondern um Versicherungs-, Unfall- und anderen mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängende Sachen handele. Damit war eine Einrichtung des Verbandes der Evang. Arbeitervereine geschaffen, welche in dieser Form mehrere Jahre segensreich wirkte. Der Großindustrie hat dieselbe zu Klagen so wenig Anlaß gegeben, daß, wie sich später zeigte, die großindustriellen Vereinigungen von ihrem Vorhandensein nicht einmal Kenntnis hatten.

Als später der katholische Volksverein in St. Johann ein Volksbureau errichtete und mit großem Geschick Reklame für dasselbe machte — was wir stets vermieden hatten —, als sich ferner dieses Bureau in seiner Organisation unserer Einrichtung überlegen zeigte, lag die Gefahr vor, daß in nicht geringer Zahl auch evangelische Arbeiter dem kathol. Volksverein beitreten, und daß sie so unter ultramontanen Einfluß kommen könnten. Da außerdem der Wunsch nach einer engeren Verbindung der einzelnen Vereine mit Herrn Rechtsanwalt Dörmer behufs Rechtsbelehrung ihrer Mitglieder hervorgetreten war, entschloß man sich Ende 1894, ein entsprechendes Statut zu entwerfen. Dasselbe bedeutete nur eine formale Aenderung der bestehenden Sache und war ganz im Sinne der seither geübten und von der Großindustrie niemals beanstandeten Rechtshilfe ausgearbeitet. Als das Statut an die einzelnen Vereine zur weiteren Bearbeitung verteilt war, wurde die Vereinigung der Großindustrie durch eine Notiz in der „Saarbrücker Zeitung" zum ersten male auf die Sache aufmerksam. Diese Vereinigung war ursprünglich zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Be-

strebungen gegründet, glaubte sich aber jetzt auch berechtigt, gegen unsere Vereine die einst gegen die Sozialdemokratie vereinbarten Maßregeln in Aussicht zu stellen. Unter Vorsitz des Freiherrn von Stumm, ohne irgend eine Erkundigung bei uns einzuziehen, oder mit einer der bei dem Entwurf des Statuts beteiligten Personen in Verbindung zu treten, ohne ihre Bedenken öffentlich oder privatim ausgesprochen zu haben, wurde in einer Sitzung vom 4. Januar folgender Beschluß gefaßt:

„Die Vorstände sind der Ansicht, daß die evangelischen „Arbeitervereine, sobald sie in wirtschaftlichen Angelegen„heiten den Arbeitgebern gegenübertreten, indem sie den organi„sierten Rechtsschutz zur Vereinssache machen, die bestehende „Einigkeit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern stören und da„mit ein Einschreiten der Letzteren gegen solche „Unternehmungen provozieren. Die Organisierung des „Rechtsschutzes ist als Einleitung zum Anschluß an den unter „agitatorischer Leitung stehenden christlichen Gewerkverein (Essen), „der den Klassenkampf schürt und infolgedessen der Sozialdemo„kratie Vorschub leistet, anzusehen."

„Falls der noch zu unternehmende Versuch, auf dem Wege „der Verhandlung dieser Organisation vorzubeugen, nicht den „erwünschten Erfolg haben sollte, und falls festgestellt wird, daß „die Zeitschrift „Hilfe" im diesseitigen Bezirk und besonders „unter der Arbeiterbevölkerung eine größere Verbreitung ge„funden hat, ist obiger Beschluß zu veröffentlichen. Gleichzeitig „ist den Mitgliedern der wirtschaftlichen Vereine zu empfehlen, „in diesem Falle ihre Arbeiter von der Mitglied„schaft an den beteiligten Arbeitervereinen abzu„halten und die Zeitschrift „die Hilfe" entsprechend den Be„schlüssen der freien Vereinigung hiesiger Arbeitgeber vom „6. Juli 1877 über die Abwehr sozialdemokratischer Be„strebungen zu behandeln."

Die erwähnten Beschlüsse vom 6. Juli 1877 aber verpflichteten die vereinigten Arbeitgeber:

„alle Arbeiter, welche sich der sozialdemokratischen Partei an„schließen, zu entlassen; alle Arbeiter, welche Wirtschaften be„suchen, in denen sozialdemokratische Zeitungen aufliegen, zu

„entlassen; endlich: alle Arbeiter, welche sozialdemokratische „Zeitungen lesen, zu entlassen.“ *)

Der gegen das Auskunftsbureau gerichtete Beschluß beruhte auf einem unbegreiflichen Mißtrauen, welches wiederum auf eine völlige Unkenntnis der wahren Sachlage zurückzuführen ist. Daß das Mißtrauen unbegründet war, ergiebt sich außer aus der dargelegten Entstehungsgeschichte auch aus der Thatsache, daß Herr Rechtsanwalt Dörmer zugleich Justitiar des Herrn von Stumm war. Die Unkenntnis der großindustriellen Vereinigungen tritt aber bei folgenden Punkten deutlich hervor:

1. Sie hielten das Bureau für den Anfang einer Gewerkvereinsgründung, die zu dem christlichen Bergarbeitergewerkverein (Essen) in Beziehung treten wolle. Daß daran nicht entfernt gedacht worden war, ergiebt sich aus dem bisher Gesagten. Daß aber diese ganze Unterstellung überhaupt ein Unding war, ergiebt sich aus der Thatsache, daß unsere Arbeitervereine, selbst wenn sie wollten, gar nicht in der Lage wären, einen Gewerkverein zu bilden. Ein Gewerkverein kann nur aus Arbeitern von ein und derselben Branche bestehen. Unsere Vereine haben aber Arbeiter der verschiedensten Branchen und außerdem an 1000 dem Arbeiterstande nicht angehörige Mitglieder.

2. Die großindustrielle Vereinigung ging von der Voraussetzung aus, es handele sich um eine neue Einrichtung, während, wie oben nachgewiesen, dieselbe bereits 5 Jahre, ohne Anstoß gegeben zu haben, bestanden hatte und jetzt nur in formaler Hinsicht praktischer eingerichtet werden sollte.

3. Die großindustrielle Vereinigung ging von der Voraussetzung aus, als handele es sich um eine neue Organisation der evang. Arbeitervereine überhaupt. Eine organische Zusammenfassung derselben sei gefährlich, weil sie in Zeiten der Erregung über die Köpfe der Leiter hinausgehen würde. Eine neue Organisation lag aber nicht vor, vielmehr waren die Vereine des Saargebietes schon seit fünf Jahren in einem Saarverbande „organisiert“ und dem deutschen Gesamtverbande eingegliedert. Daß auch diese Thatsache den Großindustriellen nicht hinlänglich bekannt war, ist der beste

*) Mitgeteilt in der Rede des Abgeordneten Vopelius in der Wählerversammlung zu Saarbrücken am 12. April 1896.

Beweis für die allzeit loyale Haltung unserer „Organisation", die niemals die „bestehende Einigkeit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gestört", wohl aber gefördert hat.

Besonders verletzend für uns war es, daß dieselben, meist evangelischen Großindustriellen der Gründung des katholischen Volksbureaus nicht das geringste Hindernis bereitet und der katholischen Gründung gegenüber die angeführten Bedenken nicht gehegt hatten. Sie haben dadurch in schroffster Weise die Parität verletzt. Sie erhoben gegen diesen Vorwurf später den Einwand, das katholische Bureau sei nicht organisch mit den katholischen Arbeitervereinen verbunden, bedeute also keine „Organisation" derselben. Dieser rein äußerliche und formale Gesichtspunkt wird der Sache in keiner Weise gerecht. Schon die Thatsache, daß ein und derselbe kath. Geistliche Vorsitzender sowohl des Verbandes der kath. Arbeitervereine als auch des Volksvereins war, zeigt die Hinfälligkeit des erhobenen Einwandes. Alle Fäden liefen also in einer Hand zusammen. Daß aber ferner bei einer so vorzüglich und einheitlich organisierten Macht, wie die des Centrums, alles zusammenhängt und ineinander greift, daß der kath. Volksverein und die kathol. Arbeitervereine so geschlossen handeln, wie es überhaupt nur möglich ist, mögen ihre Statuten etwas darüber sagen oder nicht —, das wird niemand bezweifeln.

Trotzdem bestanden die Großindustriellen in den angeknüpften, besonders durch die schroffe Haltung des Herrn von Stumm erschwerten Verhandlungen darauf, daß die Verbindung des Büreaus mit den evangelischen Arbeitervereinen gelöst werde und dasselbe nur als eine selbständige, jedermann zugängliche Einrichtung ins Leben treten solle. Die Arbeitervereine erhoben dagegen das Bedenken, daß die Gefahr, welche man beseitigen wolle, durch die gestellte Forderung gerade heraufbeschworen werde. Wenn jedermann Mitglied des Büreaus werden könne, wie die Großindustrie verlange, so sei die Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen, daß einmal agitatorische Elemente in größerer Zahl dem Büreau beitreten und die Leitung in die Hand bekämen. Sei die Teilnahme dagegen an die Mitgliedschaft in einem evang. Arbeitervereine geknüpft, so sei eine Kontrole über die Aufzunehmenden möglich und das Büreau werde seine bisherige loyale Haltung niemals verlassen, da nur die königstreuen und christlich gesinnten Mitglieder unserer

Vereine Anteil an demselben hätten. Da jedoch die Großindustriellen trotzdem auf ihrer Forderung bestanden, brachten die Vereine auch dieses Opfer und gingen auf diese sowie auf andere Forderungen in der Hoffnung ein, durch diese Beweise ihrer Friedensliebe das Mißtrauen der Großindustrie zu überwinden. Nun kam eine Einigung zu Stande. Infolge dessen brachte das Organ der Großindustriellen unterm 10. Febr. 1895 die Mitteilung, daß die Beschlüsse der Großindustrie vom 4. Januar 1895 „zurzeit (!) gegenstandslos geworden seien", nachdem die Voraussetzungen, unter welchen sie gefaßt seien, sich nicht erfüllt hätten und die Gefahr des „Eindringens der Naumann'schen „Hilfe" in unsere evang. Arbeitervereine ausgeschlossen erscheine." Am Schlusse war den Arbeitervereinen die Sympathie der großindustriellen Vereinigung ausgesprochen.

Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß die geschilderten Vorgänge sehr geeignet waren, große Erregung in unseren Arbeitervereinen wach zu rufen, daß wir jedoch strengstens alles vermieden haben, was dahin hätte führen und die Arbeiter gegen die Arbeitgeber hätte einnehmen können. Die ganze Sache wurde in die einzelnen Vereine nicht weiter hineingebracht als unbedingt nötig war und dann stets in der schonendsten Weise.

Die einzelnen Momente zusammenfassend, stellen wir zum Schlusse fest:

> Eine in sozial-versöhnendem Sinne seit Jahren segensreich wirkende Auskunftsstelle des Verbandes der evang. Arbeitervereine a. d. Saar wurde, als sie eine formale, ihren Charakter nicht berührende Aenderung ihrer äußeren Einrichtung vornehmen wollte, von der Vereinigung der Großindustriellen ohne vorherige genügende Erkundigung über die wahre Sachlage aus Unkenntnis der Verhältnisse und aus unbegründetem Mißtrauen unter schwerer Verletzung der Parität mit den für sozialdemokratische Bestrebungen bestimmten Maßregeln bedroht und konnte nur durch weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Großindustrie ins Leben treten und zwar in einer Form, welche sachlich minderwertig erschien.

Zum Vergleiche mit diesen Thatsachen sei die hierher gehörige Stelle aus der Neunkircher Rede des Freiherrn von Stumm vom 12. April d. Js. citiert. Sie lautet:

„Wenn Herr Pfarrer Hülsmann meinte, ich hätte den „evangelischen Arbeitervereinen Mißtrauen bezeugt, so muß ich „dem ganz entschieden widersprechen. Ich habe den evang. „Arbeitervereinen nie etwas in den Weg gelegt; ich habe sie „allerdings hier nicht gewünscht, weil ich die Eintracht zwischen „Evangelischen und Katholiken, die in so mustergiltiger Weise „bei uns besteht, nicht gestört sehen wollte. An anderen Orten „habe ich nichts dagegen gehabt, und wenn seinerzeit die evang. „Arbeitervereine ein bedenkliches Rechtsbureau einrichten wollten, „und ich einige Modifikationen gewünscht und durchgesetzt habe, „so ist das keine Gegnerschaft."

# V.

# Persönliches.

## 1. Freiherr von Stumm und Superintendent Zillessen.

Herr Superintendent Zillessen veröffentlichte unterm 5. März 1896 folgendes Schreiben:

Da infolge der Erklärung vom 28. Februar in der „Saarbrücker Zeitung" meine Person Gegenstand der heftigsten Angriffe seitens des „General-Anzeigers" (Neue Saarbrücker Zeitung) geworden ist, eine Methode, die freilich bei den heutigen Partei- und Preßverhältnissen zwar nicht neu ist, keinesfalls aber schön und heilsam genannt werden kann, so sehe ich mich veranlaßt, die Dinge, auf welche in einer Weise Bezug genommen wird, daß dadurch meine Person und mein Verhalten den mit den Verhältnissen nicht genauer Bekannten sehr leicht in einem falschen Lichte erscheinen könnte, klar zu legen.

Es wird mir vorgeworfen, „daß ich in weiteren Kreisen durch mein herausforderndes Hervortreten auf kommunalem und politischem Gebiete Mißstimmung erregt habe." Dieser Vorwurf wird sich wahrscheinlich auf zwei Vorfälle gründen. Der erste ist der, daß ich bei der Kreistagswahl 1888, bei welcher zwei Parteien sich schroff gegenüberstanden, als Vertreter des Stiftes St. Arnual zum Mitgliede gewählt worden bin, diese Wahl angenommen und mich der Partei meiner Wähler damals angeschlossen habe. Der andere Vorfall liegt auf politischem Gebiete und besteht lediglich darin, daß ich bei der letzten Wahl der Landtagsabgeordneten in Ottweiler meine Stimme dem von einem Teil der Wähler des Kreises St. Wendel aufgestellten Kandidaten Herrn Pfarrer Hackenberg in Hottenbach und nicht dem von der Parteileitung benannten Herrn gegeben habe. Die Mißstimmung, die ich durch dieses Verhalten etwa hervorgerufen habe, hat sich jedenfalls nur in einem ganz engen Kreise bemerkbar gemacht; in sehr weiten Kreisen habe ich dagegen lebhafte Zustimmung gefunden.

Es wird sodann die Sache so dargestellt, als ob die Erklärung vom 28. Februar von mir veranlaßt sei und die übrigen Geistlichen unter dem Drucke des Einflusses ihres Vorgesetzten mir nur vielleicht widerwillig gefolgt wären. Es genügt hierfür, daran zu erinnnern, daß der Superintendent nach der rheinischen Kirchenverfassung nicht der Synode von oben her vor-

gesetzt, sondern von ihr gewählt wird, und daß es uralt rheinische Gepflogenheit ist, den Superintendenten als primus inter pares (der Erste unter Gleichen) zu bezeichnen. Ich muß die Geistlichen der Synode vor dem durch nichts zu begründenden Vorwurf in Schutz nehmen, daß sie so schwache, unselbständige Naturen seien, um, wenn ihnen ein Wink von oben gegeben würde, selbst gegen ihre Ueberzeugung sofort Folge zu leisten. Die Geistlichen der Synode Saarbrücken sind selbständige, gewissenhafte und überzeugungstreue Männer, die ihrer Ueberzeugung nicht wegen eines freundlichen oder ungnädigen Blickes willen von oben her entgegenhandeln.

Es wird dann weiter ein Bericht über die Bürgerversammlungen in St. Arnual wegen der Eingemeindung dieses Ortes nach Saarbrücken gegen mich verwertet. Diesen Bericht hat der „General-Anzeiger" in der Nummer vom 29. Februar gebracht. Ich habe sofort gesehen, daß derselbe die Thatsachen vollständig entstellt, und Wahres mit Falschem in ganz merkwürdiger Weise mit einander vermischt, und habe zuerst daran gedacht, eine Berichtigung zu fordern, bin aber nachher davon abgestanden in der Erwägung, daß diese Sache sich am ersten im Sande verlaufe, wenn man sie sich selbst überlasse. Ich habe allerdings jetzt erkannt, daß ich meine Gegner, trotz ihrer bisherigen Leistungen, nicht richtig beurteilt hatte. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Von den Gegnern der Eingemeindung war auch mit Emphase die von den Vätern ererbte Selbständigkeit, die es gelte, zu bewahren, ins Treffen geführt worden. Dem gegenüber betonte ich, daß die Selbständigkeit von St. Arnual gar nicht mehr bestehe, es habe keinen eigenen Bürgermeister, sondern sei durch Personalunion mit Brebach verbunden und der Bürgermeister von Brebach, sei er wer er wolle, müsse immer auf die Brebacher Hütte Rücksicht nehmen, so daß gegebenen Falles unmöglich die Interessen von St. Arnual an erster Stelle stehen könnten. Nach dem ganzen Zusammenhang meiner Worte hatte ich nur von Verhältnissen, von Sachen gesprochen; irgend eine Bezugnahme auf Personen mußte mir völlig fern liegen und wurde außerdem absichtlich von mir vermieden. Ich habe deshalb mit Vorbedacht das Wort Halberg oder Halbergerhütte nicht gebraucht, geschweige denn, daß ich nur im Entferntesten auf Herrn Bürgermeister Fritsch, dem ich nicht lange vorher das Vertrauen der Bürgerschaft bezeugt hatte oder auf den Herrn Freiherrn von Stumm-Halberg hingedeutet hätte. Der Bericht des „General-Anzeigers", der in seiner gestrigen Nummer von Falschmünzerei der Geistlichen redet, schiebt mir dessenungeachtet das Wort Halberg unter und vergißt nicht, es noch mit Gänsefüßchen zu versehen. Herr Freiherr von Stumm-Halberg hat nun wohl auf Grund dieses Berichtes, also jedenfalls in gutem Glauben, an der Spitze des „General-Anzeigers" eine Erklärung ganz persönlicher Art gegen mich erlassen. Ich habe darauf der Redaktion des „General-Anzeigers" folgende Berichtigung, deren Aufnahme ich auf Grund des Preßgesetzes fordere, zugestellt:

„Der Erklärung des Freiherrn von Stumm-Halberg vom 3. März gegenüber beschränke ich mich darauf, folgendes zu konstatieren:

„1. Von einer persönlichen Feindschaft auf meiner Seite gegen „den Herrn Freiherrn von Stumm-Halberg ist mir erst durch seine Er-„klärung etwas bekannt geworden. Bis dahin war mir davon nichts „bewußt.

„2. In der Bürgerversammlung zu St. Arnual vom 27. Februar „habe ich den Ausdruck „Halberg" absichtlich konsequent vermieden, damit „derselbe nicht böswillig in der Weise, wie es nun doch, indem man den-„selben mir untergeschoben hat, geschehen ist, gedeutet werden könne. „Ich habe stets nur von Brebach und der Brebacher Hütte gesprochen.

„3. Was ich in dieser Beziehung als einen Grund für die Trennung „der Gemeinde St. Arnual von Brebach beziehentlich Bischmisheim an-„führte, nämlich, daß der Bürgermeister von Brebach, sei er wer er „wolle, bei der Lage der Verhältnisse auf die Brebacher Hütte Rücksicht „nehmen müsse, hat Herr Bürgermeister Fritsch in der Bürgerversammlung „vom 28. Februar ausdrücklich als etwas Selbstverständliches zugestanden. „Von einer persönlichen Spitze gegen den Herrn Bürgermeister Fritsch „konnte niemand, der imstande ist, eine Rede richtig aufzufassen, das „Geringste in meinen Worten finden.

„St. Arnual, den 5. März 1896.

**A. Zillessen**, Superintendent."

Ich hätte noch als vierten Punkt hinzufügen können, daß der Herr Freiherr von Stumm-Halberg nicht nötig gehabt hätte, die Verwahrung gegen den Mißbrauch seines Namens durch den streitbaren Herrn Superintendenten einzulegen; ich habe diesen Namen bei den Debatten absolut nicht in den Mund genommen.

Ich weiß nicht, ob man nicht noch anderes mir zum Vorwurf macht. Sollte es der Fall sein, so möge man es aussprechen, ich werde dann nicht verfehlen, darauf zu erwidern.

## Freiherr von Stumm sagte in seiner Neunkircher Rede vom 12. April 1896 über sein Verhältnis zu Superintendent Zillessen Folgendes:

„Wie das „Volk", so hat auch die „Saarbrücker Zeitung" leider ihre geistlichen Hintermänner, und diese geistlichen Hintermänner haben die Gelegenheit ergriffen, zu ihren Gunsten öffentlich hervorzutreten, als ihre Verleumdungssucht gerade auf ihrem Höhepunkte angelangt war und zwar durchsichtig für jeden, der die Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt. Welches die Motive waren, aus denen die Erklärung gerade zu jener Zeit erfolgte, will ich dahingestellt sein lassen. Die Erklärung von einem der Herren Urheber glaube ich aber ohne Widerspruch darauf zurückführen zu können, daß persönliche Feindschaft mit im Spiele war, und das war Herr Superintendent Zillessen.

Zu jener Zeit hat eine Versammlung in St. Arnual stattgefunden, um die Frage der Eingemeindung in die Stadt Saarbrücken zu erörtern, und dort hat Superintendent Zillessen erklärt, — als Hauptgrund für die Notwendigkeit der Eingemeindung angeführt — man müsse aus der Obhut

des Bürgermeisters Fritsch von Brebach herauskommen, weil der von der Halbergerhütte zu sehr abhängig sei. „Er würde geschwenkt", so war sein Ausdruck, sobald er sich in Opposition zu der Hütte setze.

Meine Herren! Diese Aeußerung war nicht nur für Herrn Fritsch und für seine vorgesetzte Behörde sondern auch für mich derartig beleidigend, daß ich eine öffentliche Erklärung gegen den Superintendenten Zillessen erließ. Er hat darauf mit einer Gegenerklärung geantwortet, die, wie ich behaupte, vollkommen daneben getroffen hat. In dieser Erklärung steht zu lesen, er habe den Bürgermeister Fritsch gar nicht beleidigt, er habe nur gesagt, daß es ganz natürlich sei, daß ein Bürgermeister, der mit der Hütte soviel zu thun habe, Rücksichten auf dieselbe nehmen müsse. Dem steht aber gegenüber der Wortlaut „er werde geschwenkt, sobald er der Halbergerhütte nicht zu Willen sei", und Herr Bürgermeister Fritsch hat mir noch vor einigen Tagen erktärt, daß er gegenüber der Erklärung des Herrn Zillessen durch mehrere Zeugen, darunter den Gendarmen, eidlich feststellen lassen könne, daß Herr Superintendent Zillessen den Ausdruck „geschwenkt" wörtlich gebraucht habe. Weiter sagt Herr Zillessen, er sei sich keiner Feindschaft zu mir bewußt. Ich habe früher mit Herrn Zillessen in durchaus freundschaftlichem Verkehr gestanden, der hat aufgehört, zumteil, weil ich es ablehnte, einen seiner Söhne auf das Bureau zu nehmen, und zumteil, weil nach meiner Auffassung — andere können ja anderer Ansicht sein — seine Predigten und seine Seelsorge mich und die Gemeinde so wenig befriedigten, daß ich alles aufgeboten habe, um eine selbständige Gemeinde Brebach zu gründen. — Seit der Zeit hat die Freundschaft aufgehört, und Freunde, die sich trennen, sind, wenn sie nicht sehr objektiv urteilen, leicht geneigt, diese Freundschaft in etwas Anderes übergehen zu lassen. Jedenfalls ist die Aeußerung von dem „Schwenken" ein Beweis, daß die Freundschaft des Herrn Zillessen zu mir nicht über diese Anfechtung durch gehalten hat. Dann sagt er in seiner Gegenerklärung, er habe den Namen Stumm gar nicht genannt, er habe von der Halberger- oder Brebacher-Hütte gesprochen. Ja, meine Herren! die Kupolöfen und die Hochöfen können doch keinen Bürgermeister schwenken. Er hat mich ebenso damit gemeint wie sein Schützling, die „Saarbrücker Zeitung", wenn sie von dem Halberg und der Halberger Partei spricht. Das ist also lediglich ein Spiel mit Worten. Jedenfalls hat sowohl der Bürgermeister Fritsch, als auch seine vorgesetzte Behörde die Aeußerung des Herrn Zillessen ganz genau so aufgefaßt, wie ich es gethan habe. Ganz eigentümlich ist es nun, daß, obwohl dieser Superintendent Zillessen, wenn er auch nicht die von mir erwähnte Aeußerung, so doch eine ganz ähnliche zugiebt, kurz vorher ein Schreiben an Herrn Fritsch gerichtet hatte, in dem es heißt: „Ferner gestatten wir uns, zu bemerken, daß nicht etwa Unzufriedenheit mit Euer Wohlgeboren Verwaltung die zu Tage getretenen Wünsche veranlaßt hat. Wir sind im Gegenteil mit Euer Wohlgeboren Verwaltung durchaus zufrieden und würden gerne unter Ihrer Verwaltung bleiben, wenn die örtlichen Verhältnisse anders lägen. Nur letztere sind für unser Vorgehen

maßgebend." Am 18. Dezember erklärte Herr Zillessen also: „nur die örtlichen Verhältnisse sind maßgebend" und ein paar Wochen darauf erklärt er: „wir müssen uns trennen, weil der Bürgermeister in den Händen der Halbergerhütte ist." Ich halte diesen Widerspruch für keinen Beweis von großer Offenheit."

Darauf erschien unterm 16. April 1896 nachstehende Erklärung des Superintendenten Zillessen:

„Herr Freiherr von Stumm-Halberg hat nach Zeitungsberichten es für angemessen erachtet, in der Neunkircher Versammlung vom vorigen Sonntage mich in meiner Abwesenheit persönlich anzugreifen. Trotz meiner Erklärung vom 5. März ds. Js. beschuldigt er mich wieder der persönlichen Feindschaft gegen ihn und sucht diese Beschuldigung dadurch glaubhaft zu machen, daß er sie mit der versagten Aufnahme eines meiner Söhne auf sein Bureau in Verbindung bringt. Es hat mir einige Mühe gemacht, die bald vierzehn (!) Jahre zurückliegenden Dinge in meinem Gedächtnis wieder auszugraben. Im Jahre 1882, in welcher Zeit ich sehr häufig auf den Halberg kam, habe ich Herrn Freiherr von Stumm um seinen Rat gebeten, ob es vorzuziehen sei, daß mein Sohn, der im Herbst die Gewerbeschule zu Saarbrücken als Schüler der Prima verlassen sollte, den Beruf als Ingenieur oder als Kaufmann erwähle. Es ist mir nicht mehr erinnerlich, ob ich bei dieser Gelegenheit eine Anfrage wegen Aufnahme meines Sohnes auf das Bureau des Herrn Freiherrn stellte, sondern nur, daß damals weder in Neunkirchen noch in Brebach eine Stelle offen war. Der Eindruck, der mir von jener Unterredung geblieben ist, ist lediglich der, daß Herr Freiherr von Stumm in durchaus freundlicher und wohlwollender Weise mir seine Meinung darlegte. Nach diesem Vorfalle hat das gute Verhältnis mit dem Herrn Freiherr von Stumm noch Jahre lang gedauert; ich habe noch im Jahre 1886 die kirchliche Trauung seiner zweiten Tochter vollzogen. Was gibt nun dem Freiherrn das Recht, meiner Haltung ihm gegenüber so kleinliche und in meinen Augen verächtliche Beweggründe unterzuschieben? Eine anderthalb Jahrzehnte dauernde Feindschaft wegen Nichterfüllung einer Anfrage!

Die Entfremdung datirt erst aus späterer Zeit, und ich sollte allerdings durch einen Vorfall mit einem anderen von meinen Söhnen erfahren, bis zu welchem Grade sie gediehen war. Dieser Sohn hatte soeben sein Staatsexamen als Arzt bestanden — es war im Frühjahr 1890 — und der damalige Hüttenarzt, Herr Dr. Münster, welcher ihn kennen und schätzen gelernt hatte, hatte ihn um Vertretung während einer vierwöchentlichen Erholungsreise gebeten. Kurz vor Antritt der Reise machte nun Herr Dr. Münster Herrn Freiherrn von Stumm Mitteilung von dieser Abmachung, worauf letzterer erklärte, er dulde nicht, daß mein Sohn die Vertretung übernehme wegen des Verhältnisses, in dem er zu mir, dem Vater stehe. Dies Vorkommnis scheint doch genau so auszusehen, als ob damals eine starke persönliche Feindschaft auf Seiten des Herrn Freiherrn gegen mich vorhanden gewesen wäre:

Herr Freiherr von Stumm hat dann, trotz meiner Erklärung vom 5. März, mir wieder vorgeworfen, daß ich bei einer Versammlung wegen der Eingemeindung von St. Arnual nach Saarbrücken von der Halberger Hütte, also gegen ihn geredet und gesagt hätte, der Bürgermeister werde bei Widersetzlichkeit gegen die Halberger Hütte „geschwenkt". Dem gegenüber erkläre ich wiederholt und zwar nicht in der Absicht, etwas abzuschwächen, was ich gesagt hätte — das habe ich nicht nötig — daß ich den Ausdruck „Halberg" oder „Halberger Hütte" absichtlich vermieden und nur den „Brebacher Hütte" gebraucht habe. Ebenso wenig habe ich mich des Ausdruckes „geschwenkt" bedient. Wer mich kennt, weiß, daß dieser Ausdruck zu niedrig ist, als daß ich ihn, zumal bei einer öffentlichen Rede, in den Mund nehmen könnte.

Hiermit ist die Sache für mich abgethan. Ich bin kein persönlicher Feind des Herrn Freiherrn von Stumm, aber allerdings ein Feind seines Systems, das sich mir je länger je mehr als das System der brutalen Gewalt unter völliger Nichtachtung des unveräußerlichen Rechts jeder anderen Persönlichkeit enthüllt hat. **Ad. Zillessen,** Superintendent.

Nach den vorausgegangenen Erklärungen erübrigt noch die Beleuchtung der Abtrennung der Gemeinde Brebach von St. Arnual und die Darlegung der wirklichen Ursachen der Entfremdung oder, wie Freiherr von Stumm sagt, der Feindschaft zwischen ihm und dem Superintendenten Zillessen.

Güdingen=Bübingen war zurzeit der Reformation eine selbständige Pfarrei, die nach den Verwüstungen des dreißigjährigen und des Reunionskrieges letztlich mit St. Arnual verbunden wurde. Brebach gehörte zu St. Arnual. Im Laufe der Zeit war die Bevölkerung so angewachsen, daß die Loslösung der Gemeinden Güdingen und Bübingen von St. Arnual und die Wiedererrichtung einer selbständigen Pfarrei Güdingen=Bübingen von der Kirchenbehörde ins Auge gefaßt wurde. Nachdem bereits 1839 diese Frage angeregt und in den Jahren 1854 und 1864 weiter darüber verhandelt worden war, wurde sie 1877 von neuem aufgegriffen und auf Veranlassung des Königl. Konsistoriums von dem Superintendenten ein ausführliches Projekt ausgearbeitet. Damals schon hat er sich für die gleichzeitige Abtrennung des Ortes Brebach von St. Arnual und Vereinigung desselben mit Güdingen=Bübingen ausgesprochen. Aber erst im Jahre 1884 kam es zu ernstlichen Verhandlungen mit den Beteiligten. Mittlerweile hatte Herr Geheimrat Stumm, nachdem er auf Schloß Halberg Wohnung genommen, zu Brebach eine Kirche aus eigenen Mitteln erbaut, wodurch nach Auffassung des Superintendenten, da sowohl Güdingen

wie Bübingen eine eigene Kirche hatte, die Rätlichkeit einer Verbindung von Brebach mit diesen Orten in Frage gestellt und nur eine Verbindung desselben mit Scheidt möglich und passend war. Demgemäß hatte er diese Verbindung vorgeschlagen. Herr Geheimrat Stumm, welcher Kenntnis von den Verhandlungen wegen Errichtung einer selbständigen Pfarrei Güdingen-Bübingen erhalten hatte, argwöhnte, daß der Superintendent absichtlich ihn davon in Unkenntnis gelassen und namentlich, daß derselbe ein entschiedener Gegner der Abtrennung Brebach's von St. Arnual sei. Es konnte dem Superintendenten nicht schwer fallen, in einer von ihm erbetenen Unterredung das Gegenteil aktenmäßig zu beweisen. Allerdings verhehlte er nicht, daß er die Verbindung von Brebach mit Güdingen-Bübingen nicht für glücklich halte und die mit Scheidt weit vorgezogen hätte, allein um die Abtrennung von Güdingen-Bübingen von St. Arnual zu erreichen, erklärte er sich auch damit einverstanden, daß Brebach mit letzterer Pfarrei verbunden werde. In demselben Sinne sprach sich auch das Moderamen der Synode in dem erforderten amtlichen Gutachten aus. Auch den Argwohn, daß er den Geheimrat Stumm bei den betreffenden Verhandlungen absichtlich übergangen hätte, konnte der Superintendent leicht entkräften. Im Jahre 1881 hatte er mit demselben über Einrichtung der Gottesdienste in der neuen Kirche zu Brebach verhandelt und bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß alle Schwierigkeiten leicht zu beseitigen wären, wenn Güdingen-Bübingen eine eigene Pfarrei würde. Damals aber hatte Herr von Stumm für diese Frage durchaus kein Interesse kundgegeben. Vier Jahre später stand die Sache, was der Superintendent freilich nicht wußte, anders. Mittlerweile hatte nämlich der Erzieher der Söhne eines Bruders des Herrn Stumm, ein Theologe, seine Aufgabe vollendet und sollte nun in das Pfarramt eintreten. Es erscheint durchaus natürlich, daß Herr Stumm, da gerade damals Güdingen-Bübingen eine eigene Pfarrei werden sollte, daran dachte, mit dieser Brebach zu verbinden, um somit den Mann, mit dem er Jahre lang in enger Beziehung gestanden und den er offenbar hoch stellte, eventuell für sich als Pfarrer zu gewinnen und daß er auch bereit war, für diesen Zweck ein Geldopfer zu bringen. Als Gegenleistung dafür mußte aber zugestanden werden, daß nicht Güdingen, welches im Mittelpunkte der neugebildeten Pfarrei, sondern Brebach, welches an dem einen Ende

derselben liegt, Wohnort des Pfarrers werde. Leider hatte der gegen den Superintendenten gehegte Argwohn es nicht zugelassen, die Verbindung von Brebach mit Scheidt ins Auge zu fassen. Als dieser darauf aufmerksam machte, war es zu spät. Irgend welche Schwierigkeit, wie es nach der Aeußerung in Neunkirchen scheinen könnte, hat Herr Stumm damals bei der erstrebten Abtrennung des Ortes Brebach von St. Arnual nicht gefunden, sondern im Gegenteil durch den Superintendenten jede nur irgend mögliche Förderung seines Wunsches.

Wodurch ist nun das bis dahin freundliche Verhältnis zwischen dem Freiherrn von Stumm und dem Superintendenten gestört und in das Gegenteil verwandelt worden? Das geschah durch die Wahlen zu dem nach dem Gesetz vom 30. Mai 1887 am 1. April 1888 ins Leben getretenen Kreistage. Den Wahlen vorausgegangen war eine außerordentlich heftige Fehde zwischen den beiden hervorragendsten Großindustriellen im Saarbrückischen, dem Herrn Geheimrat Stumm und Kommerzienrat Karl Röchling, die ihre Schatten auch auf diese Wahlen warf. Beim Herannahen derselben zeigten sich sofort zwei Parteien, auf der einen Seite Herr Geheimrat Stumm mit seinem Gefolge, auf der anderen Seite alle, die dieser Gefolgschaft sich nicht anschließen wollten, wie sie treffend genannt wurde, die Partei der unabhängigen Männer. Zwischen beiden Parteien mußte die Wahl getroffen werden. Als Vorsitzender der Verwaltung des Stiftes St. Arnual, des zweitgrößten Grundbesitzers des Kreises neben dem Fiskus, wurde auch der Superintendent in den Kampf gezogen. Zunächst suchte er dies zu vermeiden, indem er den Verwaltungsrat bat, einen anderen Vertreter des Stiftes für die Kreistagswahl zu bestimmen. Allein es wurde betont, daß der Vorsitzende immer als Vertreter des Stiftes in ähnlichen Fällen gehandelt habe, und daß kein Grund vorhanden sei, jetzt von der bisherigen Ordnung abzugehen. Den Auftrag abzulehnen war unthunlich. Kurze Zeit vor der Wahl besuchte den Superintendenten ein Herr, von dem dieser annehmen mußte, daß er im Einverständnis mit Herrn Stumm handle, in Begleitung eines anderen und fragte ihn, ob er letzterem bei der bevorstehenden Wahl seine Stimme geben wolle. Der Superintendent entgegnete, daß er sich mit der Wahlfrage noch nicht befaßt habe, er wisse noch nicht, wie die Verhältnisse lägen, welche Kandidaten

ins Auge gefaßt seien; letztlich sei für ihn das Interesse des Stiftes maßgebend. Irgend welche Aufklärung oder irgend ein Anerbieten wurde ihm darauf nicht gemacht und die Herren empfahlen sich, den Eindruck bei dem Superintendenten zurücklassend, daß dem Stifte keine Vertretung im Kreistage und ihm selbst die Rolle zugedacht sei, im Interesse der Partei Stumm seine Stimme abgeben zu dürfen. Von der andern Seite wurde als selbstverständlich angenommen, daß wie der Fiskus, so auch das Stift in dem Kreistag einen Vertreter haben solle. An den Vorversammlungen für die Wahl hat sich der Superintendent weder bei der einen noch bei der anderen Partei beteiligt. Am Tage der Wahl machte er die für ihn persönlich nicht angenehme Wahrnehmung, daß sein Name dem Herrn Rudolf Böcking, Schwager des Herrn Stumm, im ersten Wahlgange gegenübergestellt war. Aber daran ließ sich nichts mehr ändern. Herr Stumm begrüßte den Superintendenten bei seinem Eintritt in den Sitzungssaal des Kreishauses, wo die Wahl stattfand, noch freundlich wie sonst und reichte ihm die Hand. Der erste Wahlgang war die Kraftprobe für die Parteien. Auf den Superintendenten fielen 13, auf Herrn Böcking 11 Stimmen. So ging die Wahl fort. Dreimal hatten beide Kandidaten die gleiche Stimmenzahl. Dreimal entschied das Loos für die Gegenpartei des Herrn Stumm. Von seiner ganzen Liste wurde er allein gewählt. Auch bei den Wahlen der Vertreter der Gemeinden war die Partei Stumm nicht durchgedrungen. Bei der Wahl der Großgrundbesitzer hatte man sicher auf vollständigen Sieg gerechnet. Welche Anstrengungen waren gemacht worden und nun dies Ergebnis! Vor der Wahl der Großgrundbesitzer war eine Vermittelung versucht worden, aber es erfolgte die höhnende Antwort: „Wir haben die Majorität und stimmen sie nieder!“ Auf den Einwand, daß das Ergebnis doch von mancherlei Zufälligkeiten abhänge, man daher nicht mit absoluter Sicherheit auf den Sieg rechnen und daß dann die Niederlage eine überwältigende sein könne, hieß es: „C'est la guerre!“ Das Unerwartete war eingetreten und da Herr Stumm nicht als Feldherr ohne Heer in den Kreistag eintreten wollte, lehnte er die Wahl ab. Ueber die Beweggründe für diesen Schritt war damals niemand im Zweifel. Von der Stunde an war zwischen Herrn Stumm und dem Superintendenten das Tafeltuch zerschnitten, den er fortan „auf seiten einer Koalition sah, der sich alle destruktiven

Elemente angeschlossen haben" und den er, „solange er sich in einem Lager befinde, welches er als ein politisch und sozial in hohem Maße verderbliches bekämpfen werde, auch in diesen Kampf einbeziehen müsse."

Wie heißt es nun in der Neunkircher Rede? „. . . . . während ich mich um die ganzen Verhältnisse des Saarbrücker Kreises nicht im Geringsten bekümmere. Der einzige Fall, wo es geschieht, ist der, wenn wir in Ottweiler zusammen an die Wahlurne treten. . . . Dem Saarbrücker Kreistage anzugehören, habe ich abgelehnt; ich bin so überlastet mit Arbeit, daß ich ganz außerstande bin, mich um die Saarbrücker Verhältnisse zu kümmern; also auch was hierüber gesagt ist, erweist sich als eine vollkommen dreiste Erfindung."

## 2. Freiherr von Stumm und Pfarrer Lentze.

Freiherr von Stumm ist in seiner Rede in Neunkirchen am 12. April mit einem persönlichen Angriffe gegen Pfarrer Lentze auf seine Unterredung mit demselben am 19. November v. Js. zurückgekommen. Wir beschränken uns hier darauf, diesen Angriff und die von Pfarrer Lentze in der Wählerversammlung zu Saarbrücken am 19. April dagegen geführte persönliche Verteidigung wiederzugeben.

Herr von Stumm sagte nach dem Stenogramm seiner Rede folgendes: „Ich bin nicht gewohnt, die Person Sr. Majestät des Kaisers in die öffentliche Debatte zu ziehen; und wenn in den Zeitungen inbezug auf das „Scharfmachen" etwas anderes behauptet worden ist, so ist das einfach eine Lüge gewesen. Herr Pfarrer Lentze, der drei Stunden bei mir war — leider habe ich ihn empfangen, ich würde es jetzt nicht wieder thun, denn er hat mein Vertrauen in unerhörter Weise mißbraucht, — Herr Pfarrer Lentze hatte mich in einem Gegensatze zu Sr. Majestät dem Kaiser

vermutet, und ich war genötigt, meine Stellung zu Sr. Majestät klar zu stellen, um seine Unterstellungen zurückzuweisen. Es war eine vertrauliche Unterredung gewesen, und Herr Pfarrer Lentze hatte mir in die Hand versprochen, kein Wort über Se. Majestät weiter zu tragen; dieses Versprechen hat er einfach gebrochen. Es giebt immer noch Leute, die sagen, das Wort „Scharfmachen" hätte ich wirklich gebraucht, denn Herr Wagner, der Zeuge gewesen, habe dies nicht desavouiert. Herr Wagner hat mir aber sofort, als er den Unsinn gelesen hat, geschrieben, das ist gelogen, ich bin bereit, dafür einzutreten. Ich habe darauf nicht reagiert, weil Herr Lentze die Lüge inzwischen selbst zurückgewiesen hatte und überdies mein Wort genügte."

Dagegen führte Herr Pfarrer Lentze in seiner Rede am 19. April zu seiner persönlichen Verteidigung folgendes aus: „Es ist ein doppelter Vorwurf, den Freiherr von Stumm gegen mich erhebt: 1. Vertrauensmißbrauch inbezug auf unsere Unterredung selbst, die eine geheime, eine vertrauliche gewesen sei; 2. Wortbruch in Beziehung auf die Erwähnung Sr. Majestät des Kaisers. — Was den Charakter der Unterredung selbst betrifft, so muß ich durchaus bestreiten, daß dieselbe eine solche gewesen sei, die geheim gehalten werden sollte. Ich berufe mich dafür darauf, daß mir Herr von Stumm gestattet hat, fortlaufende Notizen zu machen. Ich berufe mich ferner auf sein eigenes Schreiben vom 1. Dezember v. Js. in der „Saarbr. Ztg.". In demselben heißt es: „In der heutigen „Saarb. Zeitung" veröffentlicht Herr Pfarrer Lentze eine Darstellung unserer Unterredung in der dankenswerten Absicht, dadurch den unglaublichen Entstellungen, welche darüber in der deutschen Presse verbreitet wurden, wirksam entgegenzutreten. Ich bin dem Herrn Pfarrer auch dankbar für die mir in dieser Erklärung entgegengebrachte freundliche Gesinnung, welche völlig auf Gegenseitigkeit beruht." Nachdem Freiherr von Stumm sodann einige Erläuterungen über seine Stellung zu den evang. Arbeitervereinen gegeben hat, fährt er fort: „Auch die Person Sr. Majestät ist nicht durch meine Initiative in die Unterhaltung hineingezogen worden. Dies ist vielmehr durch Herrn Pfarrer Lentze dadurch geschehen, daß er mich in einem Gegensatz zu den Allerhöchsten Februar-Erlassen stehend glaubte und mich ausdrücklich darüber interpellierte. Zum Beweis des Gegenteils führte ich an, daß ich

mich im Staatsrate und später im Reichstage ausdrücklich auf den Boden dieser Erlasse gestellt und die volle Zustimmung Sr. Majestät zu meinen Ausführungen im Staatsrate gefunden habe. Ich fügte hinzu, ich glaubte annehmen zu dürfen, daß dies noch der Fall sei und würde vielleicht Gelegenheit finden, mich davon bei Gelegenheit einer Jagd in Barby, wo diese Dinge möglicherweise zur Sprache kommen würden, zu überzeugen. Von einem „Vortrage" bei Sr. Majestät konnte ich um so weniger sprechen, als ich mir nicht herausnehmen würde, unberufen Sr. Majestät Vorträge über sozialpolitische Dinge, am wenigsten bei Gelegenheit einer Jagd, zu halten. Dies Mißverständnis ist bei einer mehr als dreistündigen Unterredung sehr erklärlich, und weil ich die Möglichkeit dazu voraussah, hatte ich Herrn Pfarrer Lentze gebeten, kein Wort über Se. Majestät in eine etwaige Wiedergabe unserer Unterredung zu verflechten. Ich bedauere lebhaft, daß der Herr Pfarrer das mir bereitwillig gegebene Versprechen nicht wörtlich gehalten und deshalb sehr gegen seinen Wunsch und Willen den Anlaß zu dem unerhörten Skandal gegeben hat, der jetzt fast die ganze deutsche Presse auf meine Kosten erfüllt. Ich werde aus dieser Erfahrung die Lehre ziehen, mich auf ein Interview, selbst mit den wohlmeinendsten Personen, nur mehr unter Zuziehung von Stenographen oder mindestens eines zuverlässigen Protokollführers einzulassen." Ein Interview ist der Empfang eines Mannes, von dem man weiß, daß er hernach Bericht erstattet. Eine Geheimhaltung war außerdem durch die Veranlassung zu der Unterredung selbst ausgeschlossen. Ich muß betonen, daß ich dieselbe nicht herbeigeführt habe, sondern daß sie durch eine dritte, Herrn von Stumm nahestehende Person, vermittelt worden war. Ich war hinberufen, um über die Resolution des Verbandes unserer Arbeitervereine vom 10. November v. Js., sowie über einen auf derselben Versammlung von mir gehaltenen Vortrag näheren Aufschluß zu geben. Ich hatte außerdem, da diese Unterredung mitten in den „Patriotenkrieg" mit dem Handwerkerverein (Verein für Volksbildung) fiel, von zwei Mitgliedern des Vereinsvorstandes ihre Zustimmung dazu erhalten, zum schlagendsten Beweise von der völligen Unparteilichkeit des Vereins Herrn von Stumm selbst das Katheder zu einer Rede anzubieten, ein Vorschlag, den Herr von Stumm allerdings in energischen Ausdrücken ablehnte — es ist klar, daß beide Veranlassungen den

Charakter der Unterredung als einer geheimen völlig ausschlossen und daß es namentlich für die Leiter der evang. Arbeitervereine von größtem Werte sein mußte, über die Stellung der maßgebenden Kreise zu den christlich-sozialen Bestrebungen völlige Klarheit zu gewinnen. Unsere Unterredung war keine politische, sondern eine evangelische, die sich um die Lebensinteressen unserer Kirche drehte. In diesem Sinne war auch meine Veröffentlichung vom 30. November gehalten, zu der ich unabweislich gedrängt wurde und in der ich unter strenger Vermeidung der Wiedergabe allzuscharfer Wendungen in allgemeinen Umrissen die Denkart des Freiherrn von Stumm wiedergab. Einen Vertrauensbruch wird niemand in ihr finden.

Schwerer aber wiegt noch der Vorwurf des Versprechensbruches inbezug auf die Hineinziehung Sr. Majestät des Kaisers. Auch darüber will ich ganz offen reden. Ich habe darüber in meiner Veröffentlichung vom 30. November folgendes gesagt: „Der Sachverhalt war der, daß Freiherr von Stumm ein sehr düsteres Bild der Zeitlage entwarf, welches sich dahin resümierte, daß, wenn es so weitergehe, nicht blos innerhalb der Sozialdemokratie, sondern auch innerhalb der evangelisch-sozialen Bewegung, er einen Kampf auf Leben und Tod für unvermeidlich halten müsse. Demgegenüber entwickelte ich ihm die in den Kreisen der evangelischen Geistlichen herrschende Denkart und die Hoffnungen, welche sich an jene Bewegung trotz aller in ihr noch obwaltenden Unterschiede und der großen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, anknüpfen, und ich bat ihn dringend, den Faden der Verständigung mit ihr noch nicht abzureißen. Er äußerte sich daraufhin, daß er bei einem demnächstigen Zusammensein mit Sr. Majestät dem Kaiser Gelegenheit zu finden hoffe, diesen Gegenstand Allerhöchstdemselben vortragen zu können." Ich erkläre also nochmals ausdrücklich, daß das vielberufene Wort von „Scharfmachen" nicht gefallen ist, und daß ich über die tendenziöse Art, in der die „Frankfurter Zeitung" durch einen mir bis heute unbekannt gebliebenen Korrespondenten dieses sogenannte „Scharfmachen" mit einer bevorstehenden Jagd in Zusammenhang brachte, nicht weniger entrüstet und unwillig gewesen bin wie Herr von Stumm selbst. Andererseits nahm ich allerdings den Eindruck mit, daß Herr von Stumm seine scharfen Ansichten über die soziale Bewegung auch bei Sr. Majestät dem Kaiser vertreten werde. Die Mitteilung dieses bevorstehenden Zusammen-

treffens hatte ich zwar für unverfänglich gehalten, bekenne mich aber unumwunden des Fehlers für schuldig, die Erwähnung Sr. Majestät des Kaisers nicht streng genug vermieden und den Gegnern des Herrn von Stumm dadurch Anlaß zu den gröblichsten Mißverständnissen gegeben zu haben und kann nur noch hinzufügen, daß ich damals durch die von Herrn von Stumm eröffnete Aussicht auf einen innern Kampf auf Leben und Tod, in den schließlich auch die christlich-soziale Richtung ausmünden werde, in tiefe und jedenfalls auch meine damaligen Aeußerungen beeinflussende Gemütserregung versetzt worden war. Selbstverständlich habe ich Freiherrn von Stumm alsbald nach Erscheinen jener Sensationsnachricht in der „Frankfurter Zeitung" über den Sachverhalt aufgeklärt und um Entschuldigung gebeten, und er hat mir als Christ seine Verzeihung ausgesprochen. Ich war daher überrascht, daß er nochmals in Neunkirchen in so scharfer Weise auf diese persönliche Sache zurückkam. Wie leicht namentlich in erregten Zeiten solche Fehler vorkommen, die als Vertrauensbruch gedeutet werden können, beweist Freiherr von Stumm selbst, der seinerseits einen von mir durchaus nicht zur Veröffentlichung bestimmten Privatbrief ohne meine Zustimmung in seinen Organen hat veröffentlichen lassen. Jedenfalls weise ich jede Absicht weit von mir, als ob ich einen malitiösen Wort- und Vertrauensbruch an Freiherrn von Stumm hätte begehen wollen."

## 3. Freiherr von Stumm und das „Evangelische Wochenblatt".

Habent sua fata libelli: Bücher, auch Blätter, haben ihre Schicksale. Das gilt auch von dem „Neunkircher Evangelischen Wochenblatt". Nach Vorgang und Art anderer bewährter Sonntagsblätter mit seinem auf Erbauung, Belehrung und Unterhaltung abzielenden Inhalt im Juli 1874 gegründet, hat es nunmehr eine 22jährige Geschichte hinter sich und kann von Freud und

Leid, die es erfahren, von guten und bösen Gerüchten, durch die es hindurchgemußt, von Förderung und Hemmung, die es gefunden, gar mancherlei und zumeist recht Interessantes erzählen.

Unser Blatt hat eine offenbare und eine verborgene Geschichte. Die offenbare liegt in seinen 22 Jahrgängen sichtbar vor aller Augen da, und es braucht sich derselben, denken wir, gerade nicht zu schämen. Der Segen Gottes hat es allezeit begleitet, und die Gewogenheit und Freundlichkeit eines stetig sich steigernden Leserkreises hat es bis heute getragen. Seine verborgene Geschichte dagegen ist voll und ganz nur dem Herzenskündiger bekannt, manches davon auch dem Redakteur und seinen Mitarbeitern, einiges wohl auch den Lesern, denen es ein lieber und unentbehrlicher Sonntagsfreund geworden ist.

An diesem Ort aber soll uns von den reichen Erlebnissen seiner Wanderschaft nur Eins beschäftigen, nämlich sein Verhältnis zu und seine Begegnungen mit dem Freiherrn von Stumm. Wir werden bei dieser Schilderung vor allem die Thatsachen reden lassen und dabei die Erfahrung machen, daß dieselben ein charakteristisches Licht wie auf unsere Lage und Verhältnisse überhaupt, so ganz besonders auf die Denk- und Handlungsweise, das „System der Gewalt" des Freiherrn von Stumm werfen. Gleichzeitig wird aus unserer Darstellung erhellen, warum die „Erklärung" und der „Protest" der evangelischen Geistlichen nicht, wie es der kirchlichen Behörde angemessener erschienen und auch uns erwünschter gewesen wäre, im „Evangelischen Wochenblatt" zum Abdruck kommen konnten, sondern, falls wir uns nicht zum Schweigen und zur Verleugnung unserer Ueberzeugung verurteilt sehen wollten, in einer politischen Zeitung veröffentlicht werden mußten.

Als das „Evangelische Wochenblatt" im Jahre 1874 ins Leben trat, da hat Freiherr von Stumm den Begründern desselben (Pfarrer Hermann, Pfarrer Lentze und Pfarrer von Scheven) mit Rat und That freundlich zur Seite gestanden, insbesondere durch Uebernahme der finanziellen Garantie für einen etwaigen Fehlbetrag im ersten Geschäftsjahr. Diese dankenswerte Opferwilligkeit brauchte aber glücklicherweise nicht in Anspruch genommen zu werden, da durch die gedeihliche Entwickelung, welche das Blatt von Anfang an bis heute genommen hat (zuerst 2200, jetzt ca. 7200 Abonnenten) geldliche Zuschüsse niemals nötig gewesen sind. Die Gesinnung und

Stellung des Freiherrn von Stumm zu unserm Blatt ist fernerhin auch Jahre lang eine freundliche und anerkennende geblieben. Hat er ihm doch in der bekannten Neunkircher Rede vom 12. April ds. Js. öffentlich das lobende Zeugnis ausgestellt, daß es „als ein früher lediglich (?) erbauliches Blatt in hohem Maße segensreich gewirkt habe.“ Auch die Redaktion (von 1874—1876 geleitet von Pfarrer Hermann, von 1876 bis heute fortgeführt von Pfarrer von Scheven) legte ihrerseits großen Wert auf ein gutes Einvernehmen mit dem patriotischen, kirchlich gesinnten, geistig hervorragenden, einflußreichen und um die Entwickelung der Saarindustrie hochverdienten Manne, und zahlreiche Artikel des Wochenblattes in fast allen Jahrgängen sind Zeugen dafür, daß wir die hohen Verdienste des Freiherrn von Stumm um die staatliche Sozialgesetzgebung, wie ganz besonders um die Wohlfahrt seiner Arbeiterschaft immer voll und freudig anerkannt haben. Gleichwohl liegen die Wurzeln des in der Folgezeit sich abspielenden Konflikts wesentlich, wenn auch keineswegs ausschließlich, in der Verschiedenheit der sozialen Anschauungen.

Der erste Zusammenstoß erfolgte am Schluß des Jahres 1889. Es war das die gährende, stürmische Zeit des ersten Bergmannsstreiks im Saarrevier. Die Wochenblatts-Nummer vom 22. Dezember enthielt nämlich in der politischen Wochenschau folgende Ausführungen, die wir zum besseren Verständnis für unsere Leser hier unverkürzt zum Abdruck bringen:

„Auch der Saarbrücker Rechtsschutzverein hat sich mit einer Petition an den Kaiser gewendet, in der er seine Beschwerden an Allerhöchster Stelle vorträgt und um Abhülfe derselben bittet. Es ist ja sicherlich das Vertrauen anzuerkennen, das sich gerade darin ausspricht, daß diese Beschwerden direkt an das Ohr des Kaisers gerichtet werden; es liegt also doch das durchaus richtige Gefühl und die Erkenntnis zugrunde, daß es die Monarchie, das „soziale“ Königtum von Gottes Gnaden ist, das die soziale Frage zu lösen berufen ist, eine Erkenntnis, die eine weite tiefe Kluft gegenüber der Sozialdemokratie aufwirft. Allein andererseits ist doch, soweit unsere Kenntnis der thatsächlichen Verhältnisse reicht, vieles in dieser Petition übertrieben und einseitig dargestellt. Daß der Kaiser nichts von solchen Agitationen wissen will, die statt zur Beruhigung der Gemüter beizutragen, dieselben nur aufreizen, geht auch aus dem Umstande hervor, daß dem Kaplan Dasbach die Erlaubnis zum Tragen eines päpstlichen Ordens versagt worden ist. Es gährt noch überall gewaltig, wie in England, so sind auch in Westfalen und im Saargebiete neue Ausstände ausgebrochen. Der Berghauptmann Brassert hat als Kommissar des Ministers für das

Saargebiet eine Bekanntmachung erlassen, wonach die bisher wegen unbotmäßigen Verhaltens abgelegten Arbeiter im Wege der Gnade wieder angenommen werden sollen, wenn sie binnen 8 Tagen die Wiederanlegung nachsuchen. So kommt man also seitens der Behörden dieser Bewegung mit weit zur Versöhnung vorgestreckter Hand entgegen, was hoffentlich aufseiten der Bergarbeiter, die im Wege der nüchternen und besonnenen Beurteilung der Lage beharren, gewürdigt werden wird. Es ist ja in der That so, wie im Reichstage gesagt worden ist, daß eine Stillstellung des Bergbaues den Anfang der sozialen Revolution bedeutet und es darf nicht verkannt werden, wie unentbehrlich die Steinkohle für die Aufrechterhaltung des ganzen Getriebes des öffentlichen und häuslichen Lebens ist, wie mühsam und gefahrvoll ihre Gewinnung und wie thöricht es wäre, die Bedeutung des Arbeiterstandes unterschätzen zu wollen. Nur die christliche Anschauung von dem Wesen des Besitzes, wonach der Besitzer sich als Haushalter Gottes fühlt und erkennt und weiß, daß er Rechenschaft dafür schuldig ist, vermag die immer weiter sich ausdehnende Kluft zwischen Reich und Arm zu überbrücken. Und sind viele Besitzende nicht weit von dieser Anschauung entfernt? Aber ebenso würden offenbar auch die Arbeiter sich selbst ins Unglück stürzen und andere mitreißen, wenn sie ihrerseits nun den Wert der geistigen Arbeit, die das ganze Getriebe auch des Bergbaues regelt und zusammenhält, unterschätzen wollten, wenn sie verkennen wollten, daß Rechte auch Pflichten bedingen: Pflichttreue — das ist im großen und kleinen das Band, das alles bindet, und sie ist eine Frucht und Tochter des Christenglaubens, wenn dieser Zusammenhang auch wohl vielfach verkannt wird. Wir stehen in einer großen Krisis: wie der sogenannte dritte Stand sich vor 100 Jahren die Gleichberechtigung erwarb und errang, so ringt gegenwärtig der vierte Stand nach demselben Ziele. Das ist eine unverkennbare Thatsache, die der ganzen sozialen Bewegung zugrunde liegt, — da bedarf es des angespanntesten Zusammenwirkens aller Kräfte, damit diese große Krisis überwunden, dieses Ziel mit Gottes Hülfe auf dem Wege, wie ihn die Kaiserliche Botschaft seinerzeit vorgezeichnet hat, erreicht werde!"

An diesen Ausführungen und ganz besonders an deren letzten beiden Sätzen, vornämlich an der „Gleichberechtigung des vierten Standes," nahm Freiherr von Stumm den schwersten Anstoß. Wir geben zu, daß der Schlußpassus in jener sozial so tief erregten Zeit mißverstanden werden und dadurch beunruhigend wirken konnte, wenngleich der Zusammenhang, in welchem er stand, wie die Gesamthaltung unseres Blattes dafür bürgte, daß er in durchaus sozial-versöhnendem Sinne gemeint war. Wir wollen weiter gern in Anschlag bringen, daß Freiherr von Stumm gegenüber seiner großen Arbeiterschaft bedeutende Interessen zu wahren hatte und von dem Bewußtsein einer schweren Verantwortlichkeit

erfüllt war. Wir lassen endlich gern gelten, daß ihn die in der bergmännischen Bevölkerung eingerissenen Wirren in eine gereizte und sorgenvolle Stimmung versetzt hatten. Aber all diese Milderungsgründe können doch sein Vorgehen nicht entschuldigen, noch viel weniger rechtfertigen. Denn was that nun Freiherr von Stumm? Anstatt dem verantwortlichen Redakteur, welcher bis zum Jahre 1888 sechszehn Jahre lang Pfarrer in Neunkirchen gewesen war und immer in den freundlichsten Beziehungen zu ihm gestanden hatte, seine Bedenken und Ausstellungen, die zweifellos die wohlwollendste Aufnahme und Beachtung gefunden hätten, zu unterbreiten, schrieb er in der ersten Erregung an den am wenigsten schuldigen, aber von ihm geschäftlich abhängigen Drucker des Blattes, welcher nicht einmal Verleger desselben ist, einen geharnischten Brief, und gab ihm unter Erhebung der Anklage gegen den Artikel auf Staatsgefährlichkeit und mit besonderer Befehdung des Wortes „Gleichberechtigung" (ein Ausdruck, der in demselben Sinn bekanntlich in den bald darauf erfolgenden sozialen Februar-Erlassen Sr. Majestät des Kaisers Aufnahme und Anwendung gefunden hat) zur ernstlichsten Ueberlegung anheim, ob er als Verleger des „Amtlichen Kreisblattes" den Druck des „Evangelischen Wochenblattes noch ferner besorgen könne. Gleichzeitig verbot Freiherr von Stumm die weitere Verteilung des „Evangelischen Wochenblattes" in seinen Wohlfahrtsanstalten, so daß die Diakonissen ahnungslos und bestürzt fragten, was denn eigentlich Schlimmes geschehen sei? Und auch die „Herren vom Evangelischen Wochenblatt" mußten verwundert ausrufen: Wie ist's nur möglich! Quel bruit pour une omelette!

Eine zwischen dem Verfasser des schwerverklagten Artikels, Herrn Pfarrer Lentze, und dem Freiherrn eingeleitete kurze Korrespondenz führte bald wieder eine einstweilige Verständigung herbei, worauf der letztere die Blattsperre gnädig wieder aufhob. Uns aber hatte sich die alte Erfahrung erneut, daß das „System der Gewalt" bei abhängigen und untergebenen Leuten wohl mit Erfolg angewandt werden mag, aber bei freien, mündigen und unabhängigen Männern nicht nur versagt, sondern notwendig Widerspruch und Widerstreit hervorruft und das gegenseitige Vertrauen zerstört. Welche bedauerlichen persönlichen Folgen diese herrische, rücksichtslose Art des Vorgehens des Freiherrn für den Verfasser des Artikels

hatte, das wollen wir hier mit Stillschweigen übergehen. Verhehlen aber können wir nicht, daß dieser für die Denk- und Handlungsweise des Freiherrn von Stumm, welchem die soziale Frage wesentlich eine Machtfrage ist, so überaus charakteristische Vorgang bei vielen seiner bisherigen Anhänger großes Befremden hervorrief, welches in der Folgezeit durch Erfahrungen ähnlicher Art in weiten Kreisen, namentlich bei dem größten Teil der evangelischen Geistlichen des Saargebiets trotz seiner ihn gegenüber vielen seiner Standes- und Berufsgenossen vorteilhaft auszeichnenden freundlichen Stellung zur evang. Kirche leider zu einer völligen Entfremdung sich gesteigert hat.

Der zweite Akt des Dramas, der jedoch von geringerer Bedeutung war, spielte im Jahre 1894. Damals war der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im Ruhrgebiet gegründet worden, worüber das „Wochenblatt" einen längeren Artikel brachte, zu dessen Kennzeichnung wir den letzten Absatz, in welchem unsere Stellung zu dem genannten Vereine dargelegt war, hier zum Abdruck bringen. Derselbe lautet also:

„Die Befürchtungen sozialdemokratischer Umtriebe werden nach allem Mitgeteilten dem jungen Verein gegenüber wohl allgemein als ungerechtfertigt erkannt werden. Wir können ihm gegenüber eine freundliche Stellung einnehmen, freilich nur eine freundlich-abwartende. Denn ist es an sich auch ein erfreuliches Zeichen, daß bessergesinnte und königstreue Arbeiter sich trotz des verschiedenen Bekenntnisses vereinigen, um den Umsturzbestrebungen gegenüber im Einvernehmen mit den Arbeitgebern an der Hebung ihres Standes zu arbeiten, so müssen wir doch auf Grund mannigfacher Erfahrungen befürchten, daß die Religionsverschiedenheit die Klippe ist, an der solche gemeinsame Unternehmungen scheitern. „Der Starke ist am mächtigsten allein." Hier im Saargebiet wollen wir vollends nicht das Beispiel zur Nachahmung empfehlen, so sympathisch wir dem Gewerkverein im Ruhrgebiet gegenüberstehen. Wir leben hier unter ganz anderen Verhältnissen. Dort sind die Inhaber der Bergwerke Aktionäre, deren Hauptinteresse eine hohe Dividende ist, hier ist größtenteils der Staat alleiniger Inhaber, dessen Behörden von vorne herein eine freundlichere und persönlichere Stellung zur Bergarbeiterschaft einnehmen. Immerhin bleibt jedoch die Bildung dieses christlichen Gewerkvereins eine bedeutungsvolle Zeiterscheinung, und wir rufen ihm in Hoffnung eines Gelingens seiner Bestrebungen zu: „Glück auf!" —

Dieser Artikel mit seinem dem Gewerkverein zugerufenen „Glück auf!" erregte wiederum das Mißfallen des Freiherrn von Stumm, da er allen Arbeiterorganisationen, besonders den gewerkschaftlichen, abhold ist und selbst die evangelischen Arbeitervereine

auf seinen Werken nicht zuläßt. Er fühlte sich darum veranlaßt, dem Redakteur durch einen diesem befreundeten Amtsbruder seine Mißbilligung aussprechen und bei weiterem Fortschreiten auf diesem Wege ernstere Schritte androhen zu lassen. Damit war jedoch für dies Mal die Sache abgethan; das „Wochenblatt" zog fröhlich seine Straße weiter.

Im Jahre 1895 aber erfolgte der Krach. Im Juni d. J. brachten wir eine Artikelreihe mit der Ueberschrift: „Was vom Duell zu halten ist." In diesen Artikeln, zu welchen mehrere kurz zuvor im Saarrevier stattgehabte Duelle, eins von ihnen mit tödlichem Ausgang, die Veranlassung gegeben hatten, wurde der Duellunfug im Lichte des Wortes Gottes scharf gegeißelt, als unchristlich und unsittlich, ungesetzlich und unsinnig verurteilt, und die von gewissen Gesellschaftskreisen aus falschem Ehrbegriff und veralteten Standesvorurteilen heraus immer wieder versuchte Bemäntelung und Rechtfertigung desselben mit Entschiedenheit zurückgewiesen. In der Wiedergabe zahlreicher Aeußerungen von Duellgegnern hatte u. a. auch folgender Satz Aufnahme gefunden: „Das Duell müßte mindestens dem Verbrechen des „gemeinen" Raufbolds gleich behandelt werden, der im Rausche zum Messer greift, um seine Differenzen auszutragen."

Durch diese Ausführungen nun und ganz besonders durch den Satz vom „gemeinen Raufbold" fühlte sich Freiherr von Stumm im höchsten Maße verletzt, vornämlich deshalb, weil er selbst kurz vorher den Professor Wagner in Berlin zur Austragung persönlicher Differenzen vor die Pistole gefordert hatte. Sein Zorn entlud sich in einem äußerst scharfen Brief, den er aber diesmal nicht wieder an den Drucker, sondern an den Redakteur selbst richtete. Wir sind zur Zeit leider nicht in der Lage, die Korrespondenz, welche sich daraus entwickelte, veröffentlichen zu können, da Freiherr von Stumm auf eine diesbezügliche uns geboten erscheinende Anfrage hin aus naheliegenden Gründen davon Abstand nehmen zu wollen ersucht hat. Da jedoch die Hauptklagepunkte durch Zeugenaussage in dem Prozeß „Stumm contra Kötzschke" öffentlich bekannt geworden sind, so können wir uns hier, ohne uns einer Indiskretion schuldig zu machen, auf diese Zeitungsmitteilungen beziehen. Nach denselben erhob Freiherr von Stumm gegen den Redakteur von seinem duellfreundlichen Standpunkt aus 4 schwere

Vorwürfe: 1) den einer Beleidigung des Andenkens unseres hochseligen Heldenkaisers; 2) den einer Beleidigung des Offizierkorps, sowie aller derjenigen, welche sich den betr. militärischen Vorschriften unterwerfen; 3) den Vorwurf einer Verletzung seiner Person und 4) einer Gefährdung des öffentlichen Friedens (!!).

Es war dem Redakteur ein Leichtes, diese horrenden Anklagen in sachlicher, aber festbestimmter Weise zu widerlegen, beziehungsweise das Körnlein Wahrheit, das in ihnen hinsichtlich des Offizierduells enthalten war, seinerseits anzuerkennen. Letzterem gab folgende Nachschrift zu den Duellartikeln in Nr. 25 des „Evangelischen Wochenblatts" Ausdruck:

„Nachschrift. Wir sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß in dem Satz des vorigen Artikels: „Das Duell müßte mindestens dem Verbrechen des gemeinen Raufbolds gleich behandelt werden . . ." eine Beleidigung des Offizierkorps gefunden werden könnte. Wir geben deshalb gern der Ueberzeugung Ausdruck, daß der dort gebrauchte scharfe Vergleich auf den Offizier, aktiven wie verabschiedeten, weil der Zweikampf für ihn in gewissen Fällen auf militärischer Vorschrift beruht und er sich demselben eventuell nur unter Preisgabe seines Lebensberufes entziehen kann, nicht anwendbar ist. Gleichwohl bleibts eine Forderung der christlichen Sittlichkeit, daß die bezüglichen militärischen Vorschriften nach den Grundsätzen des Evangeliums abgeändert werden müssen."

Aufgrund dieser Duellartikel und der dadurch veranlaßten Korrespondenz hat Freiherr von Stumm das Abonnement auf das „Evangelische Wochenblatt" für sein Haus und seine sämtlichen Wohlfahrtsanstalten wiederum, wie Ende des Jahres 1889, abbestellt. Wir bedauern das, können ihm aber natürlich das Recht dazu nicht bestreiten. Auch heute noch, ja heute erst recht (wie das aus unseren weiteren Darlegungen erhellen wird), ist das Blatt von ihm mit dem Banne belegt, der nur zuweilen durchbrochen zu werden scheint, wie aus folgendem Satz seiner Neunkircher Rede hervorgeht: „Vorgestern kommt mir das Blatt wieder in die Hände, ich lese es sonst nicht mehr." Die Sympathie des Gönners hat sich in die Antipathie des Gegners verwandelt, und unser Blatt erscheint trotz seiner kirchlich positiven und politisch gemäßigten Richtung des revolutionären Sozialismus stark verdächtig.

Zu unserer Rechtfertigung aber, falls wir derselben überhaupt noch bedürften, können wir auf den wachsenden Unwillen hinweisen, der sich seit Jahr und Tag gegen den Duellunfug in unserem Volke

bemerkbar macht, ein Unwille, der sich durch die jüngsten entsetzlichen Vorkommnisse in den Berliner Hofkreisen zum Volkszorn gesteigert hat. Die gesamte Presse, wenige unrühmliche Ausnahmen abgerechnet, hat gegen dieses verwerfliche Treiben Front gemacht, und der deutsche Reichstag erhob nach ernster, würdiger Debatte folgenden Antrag einstimmig (nachdem mehrere duellfreundliche Herren, unter ihnen auch Freiherr von Stumm, den Sitzungssaal verlassen), zum Beschlusse: „Die verbündeten Regierungen werden ersucht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dem mit dem Strafgesetzbuch im Widerspruch stehenden Duellunwesen entgegenzutreten.“ Möchte es doch dazu kommen, was Hofprediger Wendlandt am Sarge des im Duell erschossenen Frhrn. v. Schrader u. a. sagte: „Vielleicht wird es nicht mehr lange dauern, daß sich die Nachkommen wundern und entsetzen über solche Anschauungen der Vorfahren.“ Möchte Se. Majestät der Kaiser bald das erlösende Wort sprechen und das Duell für ein ehrlos machendes Verbrechen erklären, dann wäre mit einem Schlage seine Scheinwürde dahin, wie vor Zeiten die der Wodanseiche, als sie, von Bonifacius gefällt, zersplittert am Boden lag. —

Wir kommen nun zu den Vorgängen aus allerneuester Zeit. In der mehrerwähnten Neunkircher Rede vom 12. April cr. mit ihren maßlosen persönlichen Angriffen und Verdächtigungen hat Freiherr von Stumm öffentlich den Stab über „die Herren vom Evangelischen Wochenblatt“ gebrochen. So interessant und lehrreich es nun auch wäre, auf seine Ausführungen im einzelnen näher einzugehen, so wollen wir uns hier doch damit begnügen, seine beiden Hauptanklagen etwas gründlicher zu beleuchten. Zuvor aber können wir doch der Versuchung nicht widerstehen, noch auf ein Zwiefaches, nämlich ein Fechterkunststück und eine Lieblosigkeit des Redners, hinzuweisen.

Das Fechterkunststück bestand darin, daß Redner die „blindleidenschaftlichen Geistlichen im Bezirk Neunkirchen“, von denen die „Kölnische Zeitung“ und das „Saarbrücker Gewerbeblatt“ in dem vielberufenen „Unhold-Artikel“ s. Z. geredet, flugs zu Pfarrern in Neunkirchen stempelte, um dann leicht und glaubhaft darthun zu können, daß letztere unmöglich gemeint gewesen sein könnten, da sie ja bekanntlich seine besten Freunde seien. Wenn er dann die „Herren vom Evangelischen Wochenblatt“ wegen ihrer zweifellos

richtigeren, weil wortgetreuen Auffassung des Sophismus (sollte wohl heißen: Sophisterei) zeiht, so müssen wir ihn dagegen der offenbaren Begriffsverdrehung beschuldigen. Gern aber haben wir Akt davon genommen, daß Redner die hiesigen Geistlichen überhaupt mit den „Unholden" nicht identifiziert wissen will. Warum aber, so fragen wir, ist solche Klarstellung nicht eher erfolgt? Dann wäre viel Aergernis erspart geblieben.

Die Lieblosigkeit, die sich in der Rede kundthut, sei durch folgendes charakterisiert. Freiherr von Stumm glaubte uns daraus einen Vorwurf machen zu müssen, daß wir in der einen Nummer Herrn Stöcker geradezu „cajolieren" (beschmeicheln) und in der andern den Hofprediger E. Frommel glorifizieren, und sagte dann wörtlich folgendes: „Meine Herren, Frommel und Stöcker in einem Atem zu glorifizieren, ist genau so, wie wenn Liebe und Haß, Feuer und Wasser, ja Himmel und Hölle in einen Topf geworfen würden." (!!) Was wir also für eine einfache Forderung der Gerechtigkeit und Pietät halten, daß hervorragenden Männern, die sich, jeder in seiner Weise, um Kirche, Volk und Vaterland wohl verdient gemacht haben, die gebührende Anerkennung gezollt werde, das erklärt Freiherr von Stumm für eine „Inkonsequenz", ja für ein Vermischen von Himmel und Hölle. Wie doch der Zorn lieblos und ungerecht macht! Wir glauben in der That etwas gerechter und duldsamer zu sein, als Freiherr von Stumm.

Doch genug der Vorbemerkungen. Der Hauptangriff gegen uns entwickelte sich in zwei kühnen Vorstößen. Der erste bestand in der Anklage auf Boykottierung des zeitigen Druckers, der zweite in der Anschuldigung unseres Blattes auf Stellungnahme zugunsten der christlich-sozialen Agitation. Die erste Anklage enthält eine sittliche Beschuldigung, die zweite ist als politischer Vorwurf gemeint, da unser Blatt, wie Redner urteilt, „neuerdings in die politische Polemik, wie es scheint, auch durch diese unglückselige christlich-soziale Verirrung geraten sei."

Was die erste Anklage anlangt, so dürfen wir dieselbe durch den bekannten „Protest" der evangelischen Geistlichen vom 20. April cr. für ebenso sachlich als entschieden zurückgewiesen, widerlegt und erledigt halten. Wir bringen darum die betreffende Stelle hier nochmals zum Abdruck:

„Wenn Freiherr von Stumm unter mißbräuchlicher Anwendung eines Bibelworts die Redaktion des „Evangelischen Wochenblatts“ des Boykotts des zeitigen Druckers anklagt, so protestieren wir gegen diese gänzlich verkehrte Darstellung. Die Kündigung des Vertrags ist auf durchaus ordnungsmäßige Weise geschehen, nachdem sie zur Notwendigkeit geworden war. Durch die geschäftliche Abhängigkeit des Druckers von Freiherrn von Stumm sahen wir uns der Möglichkeit beraubt, eine gebotene Verteidigung in unserem eigenen Organ zu führen. Wir billigen deshalb öffentlich die aus zwingenden Gründen geschehene Kündigung.“

Hierzu sei erklärend und ergänzend noch folgendes bemerkt. Schon wiederholt hatte der Drucker in solchen Artikeln, die ihm gegen die politische oder soziale Auffassung des Freiherrn von Stumm zu verstoßen schienen, eigenmächtig Korrekturen oder Streichungen vorzunehmen sich erlaubt. Dazu gesellten sich durch die örtliche Entfernung zwischen Redaktion und Druckerei (Saarbrücken-Neunkirchen) je und je Schwierigkeiten technischer und anderer Art, so daß das Wochenblatt-Komitee schon anfangs 1895 den einstimmigen Beschluß gefaßt hatte, den Druckort zu verlegen. Der Redakteur trug aber mit Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehungen, welche sich zwischen dem Drucker und ihm in dem jahrelangen Verkehr herausgebildet hatten, immer wieder Bedenken, das ihm gegebene Kündigungsrecht in Vollzug zu setzen, bis endlich ein neues Vorkommnis die Kündigung zur unabweisbaren Pflicht machte. Im Februar dieses Jahres nämlich weigerte sich der Drucker, einen die soziale Thätigkeit der Pfarrer beleuchtenden und verteidigenden Artikel im Wochenblatt zum Abdruck zu bringen. Er verweigerte den Abdruck eingestandenermaßen einzig und allein aus Furcht vor der Ungnade des Freiherrn von Stumm und nicht, wie dieser irrtümlich behauptet, „um einer oder sogar mehreren Injurienklagen aus dem Wege zu gehen.“ Ist doch der betreffende Artikel nachher in der „Saarbrücker Zeitung“ unverändert erschienen und völlig unbeanstandet geblieben. So waren wir denn nicht mehr Herr im eigenen Hause, konnten weder „Erklärung“ noch „Protest“ im eigenen Organ veröffentlichen und sahen uns daher zur Behauptung resp. Wiedergewinnung unserer Freiheit sowie zur Abschüttelung fremder, unberechtigter Einflüsse gezwungen, dem Drucker zu kündigen und den Druckort aus dem freiherrlichen Bannkreis zu verlegen. Ist das nun „Boykott“, wie es Freiherr von Stumm unter versuchter Anschwärzung unserer Handlungsweise zu nennen

beliebt, oder war das nicht vielmehr ein ordnungsmäßig vollzogener Akt berechtigter sittlicher Notwehr? Wir können dem unbefangenen Leser das Urteil darüber ruhig und getrost überlassen.

Die weitere Beschuldigung, daß das „Evangelische Wochenblatt" zugunsten der christlich-sozialen Agitation Stellung genommen habe, muß die Redaktion als grundlos und ungerecht zurückweisen, sofern der Urheber dieser Anklage den Nachdruck auf das unschöne Wort „Agitation" gelegt wissen will, sie hält diese Aussage aber für ehrenvoll und rühmlich, wenn damit eine freundlich-zustimmende Stellungnahme zu den besonnenen christlich- (genauer evangelisch-) sozialen Bestrebungen unserer Tage gekennzeichnet sein soll. Wir haben und vertreten die Ueberzeugung, daß das Evangelium nicht nur eine seelenrettende, sondern auch eine welterneuernde Kraft hat und als ein Sauerteig mit seiner Gerechtigkeit, Wahrheit und Liebe alle Lebensverhältnisse durchdringen und erneuern, sowie daß die Kirche als Botin des Herrn das Gewissen der Völker auch für ihr wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben sein und immer mehr werden soll. Darum treten wir für die Forderung ein, daß die Grundsätze des Evangeliums auch auf die Arbeitsverhältnisse, die gesamte Erwerbs- und Gesellschaftsordnung praktisch und konsequent angewandt werden, ohne uns freilich zur Einmischung in das „Wie" der technischen Ausführung für berechtigt und befähigt zu halten. Wir Geistliche können uns das Recht nicht nehmen, noch verschränken lassen, auch die bürgerlichen und sozialen Verhältnisse in Gemeinde und Volk darauf zu prüfen, ob sie dem christlichen Geist entsprechen oder nicht und im letzteren Falle auf Aenderung und Besserung nach christlichen Grundsätzen zu dringen. Daß das mit Takt, Besonnenheit und Mäßigung geschehe, ist eine Forderung und Pflicht ebenso unseres Amtes wie unseres Gewissens.

In diesem Sinne sind und bleiben wir christlich-sozial, lehnen aber die Zugehörigkeit zu irgend einer sozialpolitischen Partei ab. Wem diese Anschauung und Stellungnahme nicht gefällt, der möge unser Blatt ungelesen lassen, uns aber auch mit ungerechten Vorwürfen verschonen. Für freundliche Beratung, ja selbst Zurechtweisung dagegen werden wir stets dankbar sein. Auf dem bezeichneten Wege werden wir bei aller Ungunst der Zeit unbeirrt weitergehen in der gewissen und beruhigenden Ueberzeugung, daß wir da-

durch an unserm geringen Teile für „Thron und Altar“, für den sozialen Frieden, wie für die christliche Erneuerung des Volkslebens gegenüber den zersetzenden Zeitmächten des Atheismus und Mammonismus zeugen, wirken und kämpfen unter der bewährten Devise: „Thut Ehre jedermann. Habt die Brüder lieb. Fürchtet Gott. Ehret den König!“ (1. Petri 2, 17).

Eine feste Hand und scharfe Disciplin ist heilsam und notwendig, aber sollen sie Liebe erzeugen und Segen stiften, so müssen sie von einem **warmen** und **weiten** Herzen geleitet sein, welches auch das Recht andersgearteter Persönlichkeiten und abweichender Ueberzeugungen, die auf dem Boden der Gottesfurcht, Königstreue und Nächstenliebe stehen, anerkennt und ehrt und das Wort des Herrn versteht und befolgt: „Selig sind die Sanftmütigen; denn sie werden das Erdreich besitzen.“ (Matth. 5, 5). Die Liebe, nicht die Gewalt, ist des Gesetzes Erfüllung; die Liebe, nicht die Gewalt, schafft und erhält Vertrauen, Autorität und Pietät; die Liebe, die aus dem Glauben geboren ist, wird auch die Siegerin in den sozialen Wirren, Nöten und Kämpfen unserer Tage sein.

**v. S.**

# VI.

# Die „Patrioten“ und der Handwerkerverein.

Der „Handwerkerverein“ unserer Städte wurde im Jahre 1864 nach dem Vorbilde des Berliner Handwerkervereins gegründet und stellte sich die Aufgabe, das geistige und materielle Wohl des Handwerkerstandes zu fördern. Sehr bald aber erweiterten sich mit der Aufnahme von Mitgliedern aus anderen Ständen und mit der Veranstaltung allgemein interessierender Vorträge die Ziele des Vereins und näherten sich immer mehr denen eines Volksbildungsvereins. Zu einem solchen ist er in den letzten Jahren vollständig geworden und dieser Umwandlung entsprechend nahm er im Jahre 1894 zu seinem bisherigen Namen „Handwerkerverein“, der aus Pietät beibehalten wurde, obwohl er nicht mehr passend ist, den zweiten Namen „Verein für Volksbildung“ an und bezeichnete ferner bei der Revision der Satzungen im Jahre 1895 als seine alleinige Aufgabe „die Förderung von geistiger und sittlicher Bildung.“ Um dieser edlen Sache der Volksbildung, die zugleich eine Versöhnung der Klassengegensätze in sich schließt und daher gleich warm von allen Vaterlandsfreunden und ganz besonders von den Behörden gefördert werden sollte, einen möglichst breiten Boden zu schaffen, war das Bestreben des Vorstandes in erster Linie auf die Gewinnung zahlreicher neuer Mitglieder aus den verschiedensten Ständen gerichtet, und er hat in der That die Genugthuung, zu sehen, daß durch erhöhte Leistungen des Vereins die Mitgliederzahl in den letzten 3 Jahren von 500 auf 1100 gestiegen ist. Zurzeit sind alle Stände im Verein vertreten, die überwiegende Mehrzahl bilden Beamte und Kaufleute. Diesen erfreulichen Aufschwung, durch den auch die finanziellen

Mittel — der Beitrag beträgt vierteljährlich 1 Mark — zum weiteren Aufblühen des Vereins gesichert sind, ist besonders dem Umstande zuzuschreiben, daß der Verein eine Reihe von hervorragenden Männern des deutschen Geisteslebens, wie Rittershaus, Onken, Theobald Ziegler, Tanera, Bulthaupt, Adolf Wagner und andere als Redner gewann, die durch ihre Gelehrsamkeit, ihre rednerischen Leistungen wie überhaupt durch ihre Persönlichkeit eine große Anziehungskraft auf die Zuhörerschaft ausübten und damit dem Vereine zahlreiche neue Mitglieder zuführten.

Während nun die Mitglieder über die vielen geistigen Anregungen, die der Verein bot, lebhafte Genugthuung empfanden und auch dafür dankbar waren, daß sie mitunter Gelegenheit hatten, in wissenschaftlichen Vorträgen bedeutende Persönlichkeiten kennen zu lernen, die in politischer Hinsicht vielleicht ihre Gegner waren, suchte auf einmal unmittelbar nach dem Vortrage des Pfarrers Naumann im Oktober 1894 Freiherr von Stumm, der selbst kein Mitglied des Vereins ist und ihn auch nie irgendwie unterstützt hat, in die selbständigen Entschließungen des Vereins hemmend einzugreifen. Pfarrer Naumann hatte am 4. Okt. 1894, nachdem er vorher in der ausführlichsten Weise ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden war, daß der Verein keinen politischen Charakter habe und daher parteipolitische Erörterungen nicht zulasse, einen Vortrag über „Notstand, Almosen und Hülfsorganisation" gehalten und nicht nur wegen seiner gediegenen, im Rahmen der Vereinssatzungen bleibenden Ausführungen, sondern auch durch die herzliche Art und Weise, mit der er der Notleidenden gedachte, großen Beifall gefunden. Der Vortrag war belehrend und zugleich sittlich bildend, entsprach also vollkommen dem Zweck des Vereins. Die „Saarbrücker Zeitung" brachte nicht nur eine sehr günstige Beurteilung, sondern auch eine ausführliche Inhaltsangabe des Vortrags; das aber erregte nicht nur die Aufmerksamkeit, sondern, wie wir annehmen müssen, auch den Unwillen des Herrn von Stumm. Er schrieb an einen unserer Abgeordneten einen Brief, worin er auf die angebliche Gefährlichkeit von Naumanns Auftreten aufmerksam machte und sich namentlich über die „Saarbrücker Zeitung" entrüstet zeigte. Daraufhin unterzog sich Herr Landtagsabgeordnete Olzem der Aufgabe, der Redaktion der „Saarbrücker Zeitung" wegen der Veröffentlichung des Berichtes

Vorhaltungen zu machen und ihr einen Teil des Stumm'schen Briefes vorzulesen, *) während der Herr Reichstagsabgeordnete Boltz dem Vorsitzenden des „Handwerkervereins", Herrn Dr. Th. Meyer, nicht direkt, sondern durch Vermittlung einer dritten Person, die Mitteilung zukommen ließ: „Der Verein möge doch nicht mehr Naumann kommen lassen, der wäre ja schlimmer als ein Sozialdemokrat." Ferner brachte in der Angelegenheit das „Saarbrücker Gewerbeblatt", das unter dem direkten Einfluß des Freiherrn von Stumm stand, aus Anlaß des Vortrags einen gegen Naumann gerichteten Artikel, ohne jedoch damit, wie es das später gethan hat, einen Angriff auf den Verein selbst zu verbinden. In der Oeffentlichkeit hatte sich nirgends eine Aufregung über den Naumann'schen Vortrag, noch weniger über den Bericht der „Saarbrücker Ztg." gezeigt; selbst der Reichstagsabgeordnete Boltz erklärte, was eine besondere Beachtung verdient, daß er erst durch den Stumm'schen Brief auf die Angelegenheit aufmerksam gemacht worden wäre.

Noch mehr aber als das erste Auftreten Naumanns hat das Erscheinen von Professor Dr. Adolf Wagner im Verein, am 6. April 1895, den Freiherrn von Stumm in Erregung versetzt und ihn in der falschen Meinung bestärkt, der Vorstand beabsichtige eine feindliche Stellung gegen ihn zu nehmen und christlich-soziale Agitation zu treiben. Wie hinfällig diese Auffassung war, geht aus folgendem hervor:

Im Monat März vorigen Jahres richtete eines Tages ein dem Vorstande nicht angehöriges Vereinsmitglied, das sich vielfach mit national-ökonomischen Studien beschäftigt hat und in politischer Hinsicht, was ausdrücklich erwähnt sei, der nationalliberalen Partei angehört, an den Vorsitzenden mündlich das Ersuchen, Professor Wagner, der in nächster Zeit nach Wiesbaden käme, zu einem wissenschaftlichen Vortrage im Handwerkerverein einzuladen. Es wurde ihm sofort durch den Vorsitzenden erwidert, daß zu einer andern Zeit der Verein eine hohe Ehre darin sehen würde, einen so bedeutenden Nationalökonomen zu einem Vortrage zu gewinnen, allein, da jetzt kurz vorher Professor Wagner durch Freiherrn von Stumm zu einem Pistolenduell herausgefordert wäre, so läge die

*) Herr von Stumm tadelte in dem Brief sogar, daß die „Saarbrücker Zeitung" erwähnt habe, der Vortrag habe Beifall gefunden.

Gefahr nahe, daß der Einladung eine ganz falsche Deutung gegeben würde und daher könne sie dem Vorstande nicht empfohlen werden. Als nun kurze Zeit darauf dasselbe Ersuchen, unterstützt durch mehrere andere Mitglieder, beim Vorstande schriftlich wiederholt wurde, da hat der Vorsitzende sowohl gegen die damalige Berufung Wagners gesprochen, als auch schließlich gegen sie, zusammen mit einem andern Vorstandsmitglied, abgestimmt. Die übrigen Vorstandsmitglieder stimmten mit „ja", erklärten aber ausdrücklich, daß für sie nur die wissenschaftliche Bedeutung Wagners in Betracht käme, und daß die Selbständigkeit des Vereins nicht zulasse, bei der Auswahl eines Redners überhaupt die Frage zu stellen, ob er etwa zufällig ein Freund oder Feind des mit dem Verein nicht in Beziehungen stehenden Herrn von Stumm sei. Vor der Vorstandssitzung, in welcher die Abstimmung erfolgte, war, um die Stimmung im Verein kennen zu lernen, bei verschiedenen Mitgliedern, unter andern auch durch ein Vorstandsmitglied bei dem in allen Kreisen sehr geachteten Herrn Kommerzienrat Haldy in St. Johann, der Mitglied des Vereines ist, gefragt worden, ob er es auch für ratsam halte, Professor Wagner zu einem wissenschaftlichen Vortrag einzuladen. Herr Haldy erwiderte, das könne ohne Bedenken geschehen. Aus dieser Antwort durfte wohl gefolgert werden, daß derjenige Kreis, der sich später auf die Seite des Freiherrn von Stumm gestellt hat, keine allgemeine Opposition gegen Wagners Einladung erheben würde. Professor Wagner wurde nun vor dem Vortrag durch den Vorsitzenden ausdrücklich über den Charakter des Vereins aufgeklärt, er wurde ersucht, weder den Freiherrn von Stumm anzugreifen, noch überhaupt seinen Namen zu nennen; ebenso wurde er gebeten, mit Rücksicht auf den unpolitischen Charakter des Vereins auch nicht die nationalliberale Partei anzugreifen. Und um schließlich auch in der Oeffentlichkeit jeder Mißdeutung zuvorzukommen, gab der Vorsitzende unmittelbar vor dem Vortrag noch folgende Erklärung ab, die am 8. April wörtlich in der „Saarbr. Ztg." veröffentlicht wurde:

„Der Verein hat keinen bestimmten politischen oder religiösen Charakter. In ihm sind verschiedene Parteien vertreten, und wir freuen uns wohl alle, daß dem so ist, daß der Verein einen gemeinsamen Boden abgiebt für die verschiedensten Richtungen in politischer oder religiöser Hinsicht. Der Vorstand fragt auch bei der Auswahl der Redner nicht danach, welcher Parteistellung oder Konfession ein Redner angehört, er hat nur darauf zu achten,

ob das Thema und die Persönlichkeit des Redners dafür bürgen, daß die Mitglieder einen lehrreichen, Herz und Verstand bildenden Vortrag erhalten, der dem Charakter des Vereins entspricht. Seitdem der Verein so bedeutend zugenommen hat, — er zählt zurzeit (6. April 1895) fast 1000 Mitglieder — ist es ihm noch mehr als früher möglich, von Zeit zu Zeit anerkannte Autoritäten als Redner kommen zu lassen. So haben wir im vergangenen Winter in unserem Verein einen hochgeschätzten Dichter, Herrn Rittershaus, gehört, wir haben zum zweiten Male einen anerkannten Geschichtsforscher, Herrn Geheimrat Oncken, kommen lassen, und heute Abend haben wir die Ehre, einen der hervorragendsten Vertreter der Nationalökonomie als Redner in unserem Verein zu begrüßen. Der Vorstand hat Herrn Geheimrat Wagner, den eine Reise in unsere Nähe führte, zu dem Vortrag eingeladen, und es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß uns dabei keine andere Absicht geleitet hat, als die, unseren Mitgliedern Gelegenheit zu geben, aus berufenem Munde einen populär-wissenschaftlichen Vortrag über eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit zu hören, deren sachliche Erörterung gerade in unserem Verein, der ein Volksbildungsverein ist, am Platze sein dürfte."

Der Vortrag nun, den Professor Wagner über das Thema: „Sozialismus, Sozialdemokratie und positive soziale Reform" hielt, bestand in einer wissenschaftlichen Behandlung des Kathedersozialismus. Die Zuhörer folgten mit großer Aufmerksamkeit den sehr interessanten Ausführungen, und die Anhänger des Herrn von Stumm, von denen mehrere erschienen waren, hatten keinen Grund, sich zu beklagen, ja zwei von ihnen, aber gerade diejenigen, die später den „Patriotenkrieg" eröffneten, erklärten auf dem Heimweg, „daß Wagner aber sehr gemäßigt gesprochen habe und daß an dem Vortrage nichts auszusetzen sei." Warum hatte Wagner nach der Auffassung der „Patrioten" so gemäßigt gesprochen? Offenbar weil er der Bitte des Vorsitzenden Rechnung getragen hatte. Der Verein hätte also allen Anspruch auf den Dank des Freiherrn von Stumm und seines Anhangs gehabt, denn hätte Wagner, wie er das ursprünglich wohl gewünscht haben mag, in einer öffentlichen Versammlung gesprochen, dann hätte er auf keine Vereinssatzungen Rücksicht zu nehmen brauchen und dann würde er Herrn von Stumm gezeigt haben, daß er kein zu verachtender Gegner ist. Allein Herr von Stumm hat sich später von ganz anderen Gefühlen als denen des Dankes leiten lassen! In der Oeffentlichkeit zeigte sich auch nach diesem Vortrag keine Spur von Erregung und selbst das „Gewerbeblatt" brachte kein Wort der

Entgegnung auf den Wagner'schen Vortrag. Trotz der sehr günstigen Aufnahme hatte der Vortrag keinen nachhaltigeren Eindruck als irgend eine andere im Verein gehaltene bedeutende Rede gemacht, und niemand von den Zuhörern ahnte wohl, daß ein halbes Jahr später durch das Vorgehen der „Patrioten" die Erinnerung an den Vortrag und Professor Wagner so lebhaft werden sollte.

Mit Wagner schloß die Reihe der Vorträge*) im Wintersemester 1894/95, und als es sich nun im folgenden Sommer darum handelte, für das nächste Wintersemester die Rednerliste aufzustellen, da sah der Vorstand, obwohl er der bisherigen Praxis zufolge in erster Linie Naumann wegen seiner bedeutenden rednerischen Begabung auf die Rednerliste hätte setzen müssen, davon ab, ihn der Hauptversammlung vom 15. Juni als Redner vorzuschlagen. Allein auf dieser Versammlung wurde von einem dem Vorstand nicht angehörigen Mitglied der Antrag auf Wiedereinladung Naumanns gestellt und bei der Abstimmung von der Versammlung einstimmig angenommen. Darauf verfehlte der Vorsitzende nicht, ausdrücklich zu bemerken, daß Naumann nicht als Politiker eingeladen werden könnte, was auch nicht von der Versammlung erwartet wurde. Auf der Rednerliste, die der Vorstand in jener Hauptversammlung mitteilte, befand sich hingegen auch der Name der Schriftstellerin Frau Elisabeth Gnauck-Kühne, gegen welche die „Patrioten" später ebenfalls ihre Angriffe richteten. Sie hatte kurz vorher auf dem evangelisch-sozialen Kongreß in Erfurt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag gehalten und war dem Vorstand von einem Teilnehmer an dem Kongreß als vorzügliche Rednerin warm empfohlen worden, wobei dem betreffenden Herrn, der selbst nicht zur christlich-sozialen Partei gehört, keineswegs politische Gründe, sondern nur die Zwecke des Vereins maßgebend waren.

Im Oktober 1895 begannen wieder die Vorträge im Verein und am 24. jenes Monats sprach vor überfülltem Saale Pfarrer Naumann über „Aufbau und Auflösung des Familienlebens". Der Vortrag bestand in einer ausgezeichneten Verteidigung des religiösen und sittlichen Gutes der Ehe und berührte selbstverständlich die Gefahren, die manche sozialen Verhältnisse unserer Zeit für das

*) Es wurden im Winter 1895/96 im ganzen 17 Vorträge im Verein gehalten, unter ihnen 2 sozial-wissenschaftliche.

Familienleben mit sich bringen. Der einzige Satz in dem Vortrag, dessen Inhalt politisch war, war folgender: „Die Sozialdemokratie ist in der Theorie gegen die Familie, in der Praxis tritt sie insofern für das Wohl der Familie ein, als sie Verkürzung der Arbeitszeit und Organisation verlangt; die alten Parteien sind in der Theorie für die Familie, in der Praxis hingegen thun sie nicht genug, um deren Wohl zu fördern." Der Vortrag fand großen Beifall und gar mancher, dem die Vorgänge des vorhergehenden Jahres bekannt geworden waren, fragte sich: „Und auf eine solche gediegene Rede sollten wir verzichten?" Allein was für den Verein ausschließlich in Betracht kam, der Inhalt der Rede, war für Herrn von Stumm und seinen Anhang völlig Nebensache, sie beachteten überhaupt nur die Thatsache, daß der Verein es gewagt hatte, einen Mann als Redner einzuladen, der in politischer Hinsicht ihr Gegner war. In ihrer Unduldsamkeit und in völliger Verkennung der Verhältnisse, entschlossen sie sich zu einem nicht offenen, sondern anonymen Zeitungsangriff und eröffneten damit den „Patriotenkrieg", der eine ganz andere Wendung nehmen sollte, als sie wohl erwartet hatten. Es erschienen 9 Tage nach dem Naumann'schen Vortrage, am 2. November, gleichzeitig in der „Saarbrücker Zeitung" und in dem „General-Anzeiger" zwei verschiedene, aber demselben Lager entsprungene Eingesandt, von denen das in der „Saarbrücker Zeitung" — das andere hat weniger Beachtung gefunden — folgenden Wortlaut hatte:

„Der Handwerkerverein hat sich veranlaßt gesehen, den Pfarrer Naumann von Frankfurt a. M., Herausgeber der christlich-sozialen Wochenschrift „Hilfe" zu einem Vortrag „Aufbau und Auflösung des Familienlebens" herbeizurufen. Wie wir hören, sollen demnächst auch Frau Elisabeth Gnauk aus Berlin und der genugsam bekannte Hofprediger a. D. Stöcker im Handwerkerverein sprechen. Bekannt ist ja weiter, daß dieser Verein es sich nicht versagt hat, im Frühjahr dieses Jahres den Kathedersozialisten Professor Adolf Wagner von Berlin hierher kommen zu lassen, obgleich, oder wohl besser: weil dieser einen ernsten Streit mit dem größten Privatindustriellen des Saargebietes gehabt hat.

Aus allem dürfte erhellen, daß die an der Spitze des Handwerkervereins stehenden Männer neuerdings bestrebt sind, der christlich-sozialen Bewegung Naumann'scher Richtung im Saargebiete Verbreitung zu verschaffen. Die Frage, ob dies im Allgemeininteresse erwünscht erscheint, muß unbedingt verneint werden, denn es kann dadurch nur Unfriede gesäet, das gute Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie

es dank der ernsten Fürsorge des Staates und aller Industriellen für das Wohl ihrer Angestellten und Arbeiter hier besteht, nur gestört werden.

Die von Pfarrer Naumann vertretene Richtung ist in der „Hilfe“ mit seltener Offenheit dargelegt und wenn noch vor kaum Jahresfrist die Warnungen eines unserer hervorragendsten Industriellen vor seiner volksverhetzenden Thätigkeit nicht überall Glauben fanden, wenn man damals noch glaubte, das stürmische Vorgehen Naumanns werde mit der Zeit nachlassen, so sieht man sich doch darin jetzt arg getäuscht. Der beste Beweis für prinzipielle Feindschaft dieses Agitators gegen die Arbeitgeber ist doch der jetzt ausgebrochene Zwist zwischen ihm und den niederrheinischen evangelischen Arbeitervereinen darüber, daß diese in ihren Statuten das möglichst gute Einvernehmen mit den Arbeitgebern betonen wollen, wogegen Naumann Einspruch erhebt. Seine bisher der Sozialdemokratie gegenüber eingehaltene Stellung kennzeichnet eine in seinem Organe enthaltene Lobrede des Pfarrers Wenk in Darmstadt auf den sozialdemokratischen Abgeordneten von Vollmar nicht minder als sein Ausspruch beim Tode des Erzrevolutionärs Engels:

„Als Sozialisten sind wir Engels Dank schuldig, denn er hat viel zur klaren Ausbreitung sozialistischer Gedanken beigetragen. . . . . Auch am Sarge von Fr. Engels müssen wir gegen seine Philosophie protestieren, wir thun es aber, indem wir zugleich aus Hochachtung (!) für seine Leistungen auf volkswirtschaftlichem Gebiete im Geiste einen schlichten Kranz niederlegen.“

Mit solchen Ansichten befindet sich Herr Naumann allerdings in guter Gesellschaft, denn auch Professor Wagner hat es sich nicht versagt, in seiner Antrittsrede als Rektor der Universität Berlin die Revolutionäre und erbittertsten Feinde unseres teueren Vaterlandes Lassalle, Marx, Engels &c. den größten Denkern an die Seite zu stellen, ganz vergessend, daß die übrigen von ihm gemeinten Philosophen vaterlandsliebende und von patriotischer Gesinnung beseelte Männer sind, während jene den Umsturz und die Vernichtung alles uns Lieben und Werten predigen!

Fragen wir endlich nach den Verdiensten der Frau Gnauk, so hat sie sich zuerst durch die Aufsätze in Nr. 6 und 7 der „Hilfe“: „Erinnerungen einer freiwilligen Arbeiterin“ bekannt gemacht. Die Uebertreibungen und Maßlosigkeiten dieser Artikel hat Professor Hans Delbrück in Nr. 11 der „Hilfe“ genügend an den Pranger gestellt, er resümiert seine Ansicht darüber dahin:

„Nichts ist in der Sozialpolitik gefährlicher und falscher, als Forderungen mit Empörung der Leidenschaft vorzutragen, die ihrer Natur nach unerfüllbar sind; ja, wo der Ankläger nicht einmal einen greifbaren Vorschlag der Besserung zur Diskussion stellt. Solche Behandlung der Dinge reizt und erbittert, ohne den geringsten Nutzen zu schaffen.“

Die mit E. G. unterzeichneten „Lieder einer freiwilligen Arbeiterin“ in Nr. 3 der „Hilfe“ haben doch wohl auch Frau Elisabeth Gnauk zur Verfasserin. Sie sind in einer so volksverhetzenden Weise abgefaßt, daß man sich fragt, wie sie in ein „christliches“ Blatt kommen, während sozial-

demokratische Blätter Verhetzenderes auch nicht erfinden können. Hier eine Probe:

„Doch Ihr wart da — und es packt mich der Zorn,
Ich balle die Fäuste: Betrogen!
Um Jugend hat wie um Sonnenschein,
Um menschenwürdiges Erdensein
Euch der Mammon, das Gold belogen.

Wo bist Du, Christ? ruft die Seele empor,
Du willst ja Gebete erhören,
So komm', befrei' die Bedrängten hier,
Und müßte darob eine Sündflut schier
Die entartete Welt zerstören.“

Und mit dieser Dame will der Handwerkerverein uns noch beglücken! Wir meinen, alle Mitglieder des Vereins, die es mit dem Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und damit mit dem Blühen unserer Industrie und Gegend ernst meinen, sollten endlich einmal den Männern, die es für angezeigt halten, Professor Wagner, Naumann und Frau Gnauk herzurufen, zu erkennen geben, daß sie auf solche Danaergeschenke gern verzichten, und daß der Handwerkerverein nicht dazu da ist, für Verhetzung der auf einander angewiesenen Faktoren in unserem blühenden Erwerbsleben zu sorgen. Die evangelischen Arbeitervereine aber ganz besonders sollten sich ein Beispiel an ihren niederrheinischen Brudervereinen nehmen, die auch nicht gestatten wollen, daß ihnen sozialistische Hetzer das möglichste Einvernehmen und Handinhandgehen mit den Arbeitgebern stören.

Mehrere Patrioten.

Das erste Gefühl, das dieses Eingesandt überall da hervorrief, wo politischer Haß noch nicht das Urteil getrübt hatte, war das der Empörung und zwar sowohl über die grundlosen Vorwürfe der „Verhetzung“ und der „Störung des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern,“ *) die deutlich den Leitern des Vereins gemacht wurden, als auch über den Mißbrauch mit dem Wort „Patrioten“, das die Einsender mit einer erkennbaren Absicht gebraucht hatten. Wen man sich unter diesen „mehreren Patrioten“ vorzustellen hatte und wo die erste Anregung zu dem Angriff zu suchen war, darüber blieb niemand, der die hiesigen Verhältnisse kannte, im Unklaren. Später wurde allgemein bekannt, daß für das Eingesandt in der „Saarbr. Ztg.“ ein Fabrikant in St. Johann, der zu Herrn von Stumm in freundschaftlichen Beziehungen steht, verantwortlich zu machen ist.

*) „Arbeiter“, im engeren Sinne des Wortes sind überhaupt nur sehr wenige im „Handwerkerverein“.

Der Vorstand ließ es an einer entschiedenen Zurückweisung des Angriffs nicht fehlen. Die Antwort, die in der Vorstandssitzung vom 3. November einstimmig angenommen und am nächsten Tage in der „Saarbr. Ztg." veröffentlicht wurde, lautete, nach Weglassung der einleitenden Worte, worin auch die Nachricht, der Vorstand wolle Hofprediger Stöcker einladen, als Irrtum bezeichnet wurde, wie folgt:

„Pfarrer Naumann haben wir in unserem Verein ebensowenig als Christlich-Sozialen sprechen lassen, wie Oncken als Nationalliberalen, Emil Rittershaus als Freimaurer oder in früheren Zeiten Karl Vogt und Büchner als Gegner der Religion. Mit seiner Berufung hat es folgende Bewandtnis: Der Vorstand hatte Pfarrer Naumann nicht auf die Rednerliste gesetzt. Erst nachdem in der Hauptversammlung vom 17. Juni der Antrag eines dem Vorstande nicht angehörenden Mitgliedes: Pfarrer Naumann auch in diesem Winter wieder zu berufen, einstimmig angenommen worden war, erging an ihn die Einladung zu einem Vortrage. Daß diese im Sinne der größeren Mehrheit unserer Mitglieder war und auch im Interesse unseres Vereines lag, hat der zahlreiche Besuch jenes Vortrages, der lebhafte, allgemeine Beifall und der beträchtliche Zuwachs von 35 neuen Mitgliedern, der allein am Tage der Versammlung erfolgte, deutlich bewiesen. Der Vortrag hat durchaus nichts Bedenkliches enthalten, er war vielmehr voll von beherzigenswerten, tief sittlichen und religiösen Wahrheiten; das ist von allen Seiten, selbst von solchen, die die politischen Ansichten von Naumann nicht teilen, lebhaft anerkannt worden. Wir könnten in dieser Beziehung sehr angesehene Personen nennen. Auch die „Saarbrücker Zeitung" hat ausdrücklich erklärt, „daß der Vortrag allen rechtlich denkenden Menschen aus dem Herzen gesprochen war." Niemals ist vielleicht schärfer die sozialdemokratische Theorie von der Ehe bekämpft, niemals vielleicht so wirkungsvoll für das hohe Gut der Familie eingetreten worden, als in dem Vortrage von Naumann. Wo ist also in diesem Falle der „Unfriede", wo die „Verhetzung", die der Artikel dem Vorstande zur Last legt? Behauptungen sind wohlfeil, auf die Beweise kommt es an.

Zum Falle Wagner schreiben die Herren „Patrioten": „Bekannt ist es weiter, daß dieser Verein es sich nicht versagt hat, im Frühjahr dieses Jahres den Kathedersozialisten Professor Adolf Wagner von Berlin hierher kommen zu lassen, obgleich, oder wohl besser: weil dieser einen ernsten Streit mit dem größten Privatindustriellen des Saargebietes gehabt hat." Wir legen zunächst den Finger auf das obgleich, mit dem doch deutlich dem Verein die Verpflichtung zugemutet wird, bei der Auswahl der Redner weniger auf die rednerische Begabung, den anerkannten Ruf und die Gelehrsamkeit zu achten, als auf die Beziehung des Redners zu Privatpersonen, die dem Vereine fernstehen. Glauben denn die Einsender wirklich, daß ein solches von ihnen gewünschtes Verhalten des Vorstandes im Sinne unserer Mitglieder wäre? Müßten wir nicht befürchten, alles in uns gesetzte Ver-

trauen zu verlieren, wenn wir nicht sachliche, sondern persönliche Momente bei unserer Wirksamkeit entscheiden ließen? Selbstverständlich ist damit nicht ausgeschlossen, daß wir die Stimmung und Ansichten im Vereine, die zu unserer Kenntnis kommen, sorgfältig in Erwägung ziehen. Was nun aber das weil anbelangt, so muß diese Begründung zum mindesten als eine nicht entschuldbare Unkenntnis bezeichnet werden. Denn ausdrücklich hat seinerzeit vor Beginn des Wagner'schen Vortrages der Vorsitzende im Namen des Vorstandes eine bestimmte Erklärung abgegeben und am andern Tage wörtlich in der Presse veröffentlichen lassen. (Siehe Erklärung auf Seite 74 und 75.)

Daß diese Erklärung der innersten Ueberzeugung des gesamten Vorstandes entsprungen war, dafür liegen eine Reihe von Thatsachen vor, die einem Teil unserer Mitglieder bekannt sind und die wir, wenn nötig, veröffentlichen können. Für uns kam nur der Mann der Wissenschaft inbetracht, der bedeutende Gelehrte, dem jetzt die erste Universität Deutschlands die höchste Würde eines Gelehrten übertragen hat. Daß die Herren Einsender jetzt nach einem halben Jahre trotz jener Erklärung den Mut gefunden haben, der Berufung eine völlig falsche Deutung zu geben, das zu beurteilen überlassen wir unseren Mitgliedern. Fragen aber möchten wir auch hier, durch welche Stelle des Wagner'schen Vortrages Unfriede gesäet oder das „gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" gestört worden ist?

Frau Gnauck-Kühne wird in der That, das sei hiermit jedermann verkündet, Donnerstag den 14. November in unserm Verein einen Vortrag über die Stellung der Frauen in der Gegenwart halten. Ob es ihr gelingen wird, unsere zahlreichen Mitglieder, die wohl alle gewohnt sind, selbständig zu denken und ihre Ansichten nicht von einem Vortrage zum andern zu wechseln, in das sozialdemokratische Fahrwasser zu führen, das wollen wir ruhig der Zukunft überlassen. Bis jetzt liegt trotz der in dem Artikel mitgeteilten Verse nicht der geringste Grund vor, gruselich zu werden, haben doch bei dem Vortrage, den Frau Gnauck-Kühne in Erfurt gehalten hat, die zahlreich erschienenen Superintendenten, Regierungs- und Oberregierungsräte, Konsistorial- und Oberkonsistorialräte, Rektoren, Professoren, Schuldirektoren, Präsidenten, höhere Offiziere und andere vorurteilsfreie Männer keinen Anstoß an ihrer Gesinnung genommen, ihr vielmehr lebhaft gedankt für ihre meisterhaften Ausführungen. Sollte es wirklich in Saarbrücken gefährlich sein, diese Dame zu hören? Wir haben uns bei ihrer Berufung von der Erwägung leiten lassen, daß wir den Damen unserer Mitglieder gegenüber, die so eifrig und aufmerksam die Vorträge besuchen, die Verpflichtung haben, auch einer hervorragenden Vertreterin ihres Geschlechts das Wort zu geben und dann natürlich in einer Frage, die in erster Linie auch die Frauen interessiert. Nach schriftlichen und mündlichen Berichten ist Frau Gnauck-Kühne eine Dame von vornehmster Gesinnung, edler Herzens- und hoher Geistesbildung, weder mit sozialdemokratischen Agitatorinnen noch mit schöngeistigen Litteratinnen

zu verwechseln. Mit dieser Dame wollen wir in der That den Handwerkerverein „beglücken.“ Mögen doch die Herren „Patrioten“ den Vortrag besuchen und ihn dort sachlich kritisieren. Nach diesen Ausführungen bedarf es wohl keines weiteren Beweises, wie völlig grundlos jene Beschuldigungen sind, wir hätten „Unfriede“, „Verhetzung“ und „Störung des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ verursacht. Wir weisen eine solche beleidigende Beschuldigung, in der zugleich eine Verhöhnung der Urteilskraft der Mitglieder liegt, hiermit als völlig nichtig, unwahr und durch nichts bewiesen zurück. Die Gesichtspunkte, die bei der Auswahl der Redner maßgebend sind, gehen aus obiger Erklärung hervor. In unserem Vereine haben schon Redner aus allen Parteien mit Ausnahme wohl allein der sozialdemokratischen gesprochen, selbstverständlich ohne dabei für ihren engern Parteistand zu agitieren. Daß dies nicht statthaft ist und daß wir dies ebenso wenig dulden, wie das Berühren konfessioneller Gegensätze, darüber wird jeder neue Redner genügend aufgeklärt. Wenn wir nun hervorragende Männer der verschiedensten Parteistellungen in unserem Vereine auftreten und unter der erwähnten Voraussetzung über allgemein interessierende Themata sprechen lassen, so ist es völlig falsch, hieraus zu folgern, daß der Vorstand den Verein in die eine oder andere politische Richtung hineinzubringen suche. Das ist sowohl bei der Zusammensetzung unseres Vereins, als auch bei der Zusammensetzung des Vorstandes völlig unmöglich. Im übrigen müssen wir die Herren Einsender, falls sie überhaupt Mitglieder sind, dringend bitten, ihre Wünsche und Ausstellungen bezüglich der Redner in den Hauptversammlungen des Vereins geltend zu machen, dort werden wir Rede und Antwort stehen und alle Vorschläge zur Rednerliste gern in Erwägung ziehen.

Zum Schlusse noch ein Wort zur Unterschrift des Artikels. Wir müssen gegen sie auf das Entschiedenste Verwahrung einlegen, insofern als sie die Deutung zuläßt, als ob das Vorgehen des Vorstandes unpatriotisch gewesen wäre. Solange der Verein besteht, ist nicht ein einziger Vortrag in ihm gehalten worden, der gegen die vaterländische Gesinnung verstoßen hätte, wohl aber haben wir die Vaterlandsliebe durch viele Vorträge zu wecken gesucht. Wir wollen annehmen, daß sich die Herren Einsender nicht bewußt gewesen sind, welche Anmaßung darin liegt, sich im Gegensatze zu uns als Patrioten zu unterzeichnen. Unsere Gesinnungen in dieser Hinsicht sind bekannt, wir haben nicht nötig, ihnen öffentlich Ausdruck zu geben.

Der Vorstand des Handwerkervereins
(Vereins für Volksbildung).

Dieser Antwort des Vorstandes folgten sofort mehrere andere aus Mitgliederkreisen in der „Saarbrücker“ und „St. Johanner Zeitung“, in denen der Entrüstung über das Vorgehen der „Patrioten“ deutlich Ausdruck gegeben wurde.

Auch die Redaktion der „St. Johanner Ztg.“ nahm zu dem Kampfe Stellung und schrieb sehr treffend:

„Zwei lange Artikel, der eine in der „Saarbr. Ztg.“, der andere im „Generalanz.“, als „Eingesandt“ gegen den Pfarrer Naumann gerichtet, und eine lange Rechtfertigung des Vorstandes des Handwerkervereins, dem ziemlich unverblümt der Vorwurf gemacht wird, Leute als Redner zu engagieren, welche den sozialen Frieden zu stören geeignet sind, bieten gegenwärtig ein nicht geringes Interesse. Wir haben über den Naumann'schen Vortrag ausführlich referiert und die etwa tausend Zuhörer im Handwerkerverein werden noch viel mehr als die Leser des Referats den Eindruck gehabt haben, in welch wirksamer Weise und in welch schreiendstem Gegensatz zur Sozialdemokratie Herr Pfarrer Naumann die Notwendigkeit der Ehe dargethan, wie er ferner überzeugend nachgewiesen hat, daß ein gesundes und nationales Völkerdasein nur denkbar ist auf dem sichern Boden der Familie. Damit ist der Redner „konservativ“ im besten Sinne des Wortes. Ganz auffallend muß es deshalb erscheinen, daß man dem Pfarrer Naumann mit Gewalt das sozialdemokratische rote Röckelchen umhängen will. Und warum? Weil demselben manche wirtschaftliche Einrichtung verbesserungsfähig erscheint. Wenn jeder Mensch ein Sozialdemokrat sein soll, der jene Anschauung ebenfalls vertritt, dann müßte man sehr hoch hinaufgehen, um die Zahl der Sozialdemokraten zu vervollständigen. Wir halten ein solches Gebahren geradezu für einen Unfug und für nicht minder gefährlich, als ein Spiel mit dem Feuer. Denn nehmen wir an: die vielen Zuhörer des Pfarrer Naumann sind von der Wahrheit seiner Worte, wie er sie im Handwerkerverein gesprochen, durchaus überzeugt — sie halten ihn überhaupt für einen hochsittlichen Menschen, müssen viele von den Zuhörern dann nicht zu der Ansicht kommen, daß der „Sozialdemokrat“ Naumann recht hat, trotzdem er — natürlich nur nach der Version der Artikelschreiber — einer ist? Unser Blatt ist nicht „christlich-sozial“, wir erkennen alle Parteiungen nur als eine Art politischen Notbehelfs an, uns berühren aber die Bestrebungen des Pfarrers Naumann insofern sympathisch, als er auf dem Boden der wahren Lehre Christi zu stehen scheint, die da lautet: „Habet die Brüder lieb“ — also auf dem Boden der Humanität und Liberalität, und weil er ferner bestrebt ist, die Gegensätze von heute, die infolge der immer noch geltenden manchesterlichen Theorien so schroff und bedenklich wie nur möglich geworden sind, zu beheben und zu überbrücken. Das ist nach unserer Auffassung recht patriotisch gehandelt. Wer heute jedes soziale Denken und Streben unterdrücken will, der versteht die Zeit nicht, die doch wahrlich laut genug an die Thore der Menschheit pocht und versteht auch nicht die Wahrung seiner eigensten Interessen.“

Die „Patrioten“ blieben, worauf sie wohl nicht gerechnet hatten, ohne jede direkte Unterstützung in den hiesigen Zeitungen. Sie ergriffen selbst in der „Saarbr. Ztg.“ am 7. November noch einmal zu einer kurzen Erwiderung das Wort, um wieder dem Gedanken Ausdruck zu geben, daß man „sozialistischen Hetzer die Thüre von vornherein verschließen müsse.“ Der wesentlichste Teil

in diesem Artikel aber war die Schlußbemerkung, wo sie in teilweise gesperrtem Drucke sagten: „Auf weitere Auseinandersetzungen in den Zeitungen werden wir uns nicht einlassen, der Hauptversammlung des Handwerkervereines wird Gelegenheit gegeben werden, in dieser Frage Stellung zu nehmen. Mehrere Patrioten." Jedermann, der dies las, mußte eine Beantragung einer Hauptversammlung seitens der „Patrioten", soweit sie Mitglieder waren, erwarten, und auch der Vorstand hatte keine andere Auffassung, als er in seiner Antwort auf jenes zweite Eingesandt schrieb: „Wir begrüßen es mit Freuden, daß die Herren Einsender auf unser Verlangen, ihren Wünschen und Bedenken auf einer Hauptversammlung Ausdruck zu geben, eingegangen sind, und erwarten die Beantragung dieser Versammlung." Allein die „Patrioten" haben weder eine Hauptversammlung beantragt, wozu eine Eingabe mit 40 Unterschriften an den Vorstand nötig gewesen wäre, noch sind sie in der nächsten, vom Vorstand einberufenen Hauptversammlung, die am 12. Dezember stattfand, erschienen, um ihre Stellung gegen den Verein zu begründen, noch haben sie jemand vorgeschickt, um ihre Ansichten zu vertreten. Es ist bekannt, wie gerade dieses Verhalten allgemein verurteilt worden ist. Das zweite Eingesandt der „Patrioten" zog sich übrigens aus Mitgliederkreisen eine ganz vortreffliche längere Widerlegung in der „Saarbr. Ztg." vom 8. November zu.

Am 10. November erschien in dem „Saarbrücker Gewerbeblatt" ein Artikel, überschrieben: „Das Ziel der christlich-sozialen Agitation im Saarrevier", der eine neue Wendung des Kampfes bezeichnet: die Periode der persönlichen Verdächtigungen. Nicht nur wurde in dem Artikel mit einer gewissen Absicht der Ursprung einer an und für sich harmlosen Lokalnotiz in der „Neunkircher Volkszeitung", auf die Leitung des Vereins, d. h. auf den Vorsitzenden zurückgeführt, er enthielt auch eine sehr durchsichtige Verdächtigung bezüglich einer im „Volk" veröffentlichten und aus diesem am nächsten Tage in den „Vorwärts" übergegangene Korrespondenz aus Saarbrücken. Obwohl der „Vorwärts" ausdrücklich bemerkt hatte, daß er dem „Volk", das im Gegensatz zum „Vorwärts" die Zeitung vordatiert, den Artikel entnommen habe, schrieb das „Gewerbeblatt" wörtlich: „Sehr bezeichnend ist es, daß der sozialdemokratische „Vorwärts" in die Lage versetzt worden war,

diesen Artikel an demselben Tage zu bringen, wie das „Volk", was er sich in anbetracht des ihm durchaus sympathischen Inhaltes nicht entgehen ließ."

Was mit dieser empörenden Bemerkung nur eben angedeutet war, das wurde in gewissen Kreisen offen erzählt, nämlich es wurde als Thatsache bezeichnet, daß der Vorsitzende des Vereins mit dem „Vorwärts" in Verbindung stehe, daß er jenen Artikel geschrieben und an den „Vorwärts" geschickt habe. Und nicht nur das: zwei von den „Patrioten" begaben sich eigens zu dem nächsten Vorgesetzten des Herrn Oberlehrer Dr. Th. Meyer und trugen — aus leicht zu erratenden Absichten — jene Verleumdungen vor. Sobald nun letzterer von diesen böswilligen Gerüchten Kenntnis erhalten hatte, veröffentlichte er zusammen mit den übrigen Vorstandsmitgliedern am 12. November in der „Saarbrücker" und „St. Johanner Zeitung" die folgende Erklärung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ:

„Das „Saarbrücker Gewerbeblatt" schreibt in seiner letzten Ausgabe vom 10. d. Mts.: „Weiter noch: am Tage vor dem Vortrage machte eine Zeitung in der Nachbarschaft auf diesen unter besonderer Hervorhebung des Redners als des bekannten „Sozialpolitikers" Herrn Naumann, „Herausgeber der Hilfe", besonders aufmerksam. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, soll der Ursprung dieser Notiz direkt bei der Leitung des Handwerkervereins zu suchen sein."

Wir erklären hiermit, daß diese Behauptung durchaus unwahr ist.

Zugleich weisen wir die bodenlose Verdächtigung, die uns heute zu Ohren gekommen ist, wir hätten für den „Vorwärts" und andere Blätter jenen im „Gewerbeblatt" abgedruckten Artikel geschrieben, hiermit auf das Entschiedenste zurück und erklären, daß wir gegen die Urheber und Verbreiter solcher böswilligen Verleumdungen, falls wir sie ausfindig machen, gerichtlich vorgehen werden. Von dem Vorstand, wie von den einzelnen Mitgliedern des Vorstandes, als Privatpersonen betrachtet, ist nichts anderes geschrieben und zum Druck veranlaßt worden, als jene beiden Erklärungen gegen die Eingesandt „Mehrerer Patrioten".

Saarbrücken, den 11. November 1895.

Der Vorstand des Handwerkervereins.
(Vereins für Volksbildung.)"

Das „Gewerbeblatt" brachte darauf in seiner nächsten Nummer eine eigene Berichtigung bezüglich seiner Behauptung über die Notiz in der „Neunkircher Volkszeitung", daß aber der „Vorwärts" als seine Quelle das „Volk" genannt hat, worauf auch noch die „St. Johanner Zeitung" das „Gewerbeblatt" unterm 16. November

ausdrücklich aufmerksam machte, das hat das „Gewerbeblatt" seinen Lesern völlig verschwiegen.

Nun hatte der 14-tägige Zeitungskampf ein Ende und er erneuerte sich auch nicht, nachdem am 21. November die „gefährliche Agitatorin" Frau Gnauck-Kühne einen gediegenen Vortrag über „Die soziale Lage der Frauen" gehalten hatte. Aber nicht nur in der Presse waren die „Patrioten" verstummt, sie wagten auch nicht, wie bereits erwähnt, in der Hauptversammlung vom 12. Dezember zu erscheinen, in der sie nach ihrer eigenen Erklärung mit Recht erwartet werden mußten. Damals hielt der Vorsitzende nach der „St. Johanner Zeitung" vom 13. Dezember die folgende Rede:

„Beim ersten Punkt unserer Tagesordnung, der Erstattung des Jahresberichts, wollen wir auf eine Angelegenheit eingehen, deren Besprechung von allen Seiten heute Abend gewünscht werden dürfte. Ich meine jene Angriffe auf die Selbstständigkeit unseres Vereins, die durch ein Eingesandt in der „Saarbrücker Zeitung" vom 2. November, unterschrieben „Mehrere Patrioten", versucht wurden. Ich rege diese Sache im Auftrage des Vorstandes nicht an, um uns noch einmal in ausführlicher Weise zu verteidigen gegenüber jenen unwahren und ohne Beweis vorgebrachten Beschuldigungen, unter denen die ungeheuerlichste wohl die war, wir hätten das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gestört, eine solche Verteidigung dürfte nach unserer Erklärung auf das Eingesandt, in der wir den prinzipiellen und satzungsgemäßen Standpunkt bei Auswahl der Redner, wie ich glaube, klar genug dargelegt haben, heute Abend wohl nicht mehr nötig erscheinen. Wir bringen die Angelegenheit zur Sprache, einmal in der Hoffnung, daß die Herren Einsender, die trotz ihrer Ankündigung (am Schlusse des zweiten Eingesandts) und trotz unserer Aufforderung keine Hauptversammlung beantragt haben, heute Abend Gelegenheit nehmen werden, aus ihrer Anonymität hervorzutreten und ihren Wünschen und Bedenken in sachlicher Weise Ausdruck zu geben. Dann aber ist es uns vor allem darum zu thun, unter unseren Mitgliedern eine offene Aussprache über die folgende Frage herbeizuführen:

Sollen wir, wie bisher, die Redner auf Grund ihrer rednerischen Begabung, ihrer Gelehrsamkeit, ihrer vaterländischen Gesinnung und ihrer sittlichen Tüchtigkeit ohne Rücksicht auf die Parteistellung auswählen — es kommen selbstverständlich für uns nur die staatserhaltenden Parteien in Betracht — und sie über allgemein interessierende Themata aus den verschiedensten Gebieten des Wissens sprechen lassen, wobei wir ihnen zur Pflicht machen, was jedesmal geschehen ist, nicht für ihren engeren Parteistandpunkt zu agitieren und nicht auf die konfessionellen Gegensätze einzugehen (Bravo), oder sollen wir uns von irgend welchen anderen Rücksichten leiten lassen?

Meine Herren! Jener Angriff „mehrerer Patrioten" kam uns nicht ganz überraschend. Wir wußten schon 8 Tage vor dem Naumann'schen Vortrag, daß man einen Vorstoß plane und daß man diesen mit Nachdruck durchführen wolle. Es war nicht das Interesse für den Verein, nicht die Sorge um die Gediegenheit der Vorträge, die die Herren zu ihrem Vorgehen veranlaßte, sie wollten eine Art von politischem Kampfe führen, aber sie konnten in diesem Kampf nicht bestehen, da sie von völlig falschen Voraussetzungen ausgingen. Daß wir 2, man darf immerhin sagen, bedeutende Männer, von denen der eine Staatsbeamter, Professor, Geh. Regierungsrat und derzeitiger Rektor der Berliner Universität ist, in unserem Verein wissenschaftliche Vorträge haben halten lassen und zwar Vorträge, die von hoher Gelehrsamkeit, von warmer Vaterlandsliebe, von sittlichem Ernst erfüllt waren, Vorträge, an denen kein unbefangener Zuhörer, auch nicht die Herren „Patrioten" etwas Anstößiges finden konnten, aus dieser Thatsache in Verbindung mit dem Umstande, daß jene Männer in manchen politischen Punkten ihre besonderen Anschauungen haben, glaubten die Herren „Patrioten" folgern zu dürfen, daß das Vaterland in Gefahr sei und daß es Pflicht aller Mitglieder unsers Vereins sei, gegen diesen Vorstand vorzugehen, der einen Kampf gegen die Mittelparteien unternehmen wolle. Heißt es doch wörtlich im Gewerbeblatt vom 10. November: „Die Berufung dieser beiden Männer zu Vorträgen, in denen sie ihre sozialpolitischen Anschauungen zum Ausdruck bringen, kann mithin nur als die bewußte Aufnahme des Kampfes gegen die Mittelparteien angesehen werden." Meine Herren, eine solche Behauptung ist geradezu lächerlich, lächerlich aus den verschiedensten Gründen. Unser Verein ist nicht politisch und kann nicht politisch sein, da sich unsere Mitglieder nicht aus einer Partei, sondern aus verschiedenen Parteien zusammensetzen. (Sehr richtig). Wir freuen uns darüber und glauben einen Beitrag zum sozialen Frieden zu liefern, wenn unser Verein einen gemeinsamen Boden abgibt für die verschiedensten Parteien und ein einigendes Band für die verschiedensten gesellschaftlichen Kreise, die sich doch sonst manchmal recht schroff gegenüberstehen (Beifall). Meine Herren, wenn sich die Berathungen des Vorstandes hier vor Ihren Ohren wiederholen könnten, wenn Sie ferner einen Einblick in die mit den Rednern geführten Korrespondenzen sowie in unser Protokollbuch nähmen, Sie würden in der klarsten Weise erkennen, wie wir immer geradezu peinlich bemüht gewesen sind, den unparteiischen Charakter unseres Vereins zu wahren. Freilich haben wir eine solche Engherzigkeit, wie sie schließlich zu Tage getreten ist, nicht erwartet.

In anbetracht der Drohungen, die sich schon vor dem Naumannschen Vortrage vernehmen ließen, mußten wir sofort, nachdem der Vortrag stattgefunden hatte, einen Sprechsaalartikel in hiesigen Zeitungen erwarten. Allein der Artikel kam nicht, schon war der nächste Vortrag, der Vortrag von Dr. Bode über den Mißbrauch alkoholischer Getränke gehalten worden, der leider auch eine gewisse Aufregung hervorgerufen hat, die sich jedoch nicht bis zu einer öffentlichen Beschuldigung des Vorstandes in den Zeitungen verstiegen hat, da erst am 9. Tage nach dem Naumann'schen Vortrag er-

schien jener Artikel mit der auffallenden Unterschrift „Mehrere Patrioten". Ich erwähne diese Verzögerung ausdrücklich, weil man auch aus ihr — die Absicht lag ja vor — einen gewissen Schluß ziehen darf. Wie dieses Eingesandt bei unseren Mitgliedern und bei Nichtmitgliedern gewirkt hat, das ist uns von verschiedenen Seiten bekannt geworden. Ich glaube, das allgemeine Urteil geht dahin, daß die Herren der Sache, für die sie glaubten eintreten zu müssen, keinen guten Dienst erwiesen haben. (Sehr richtig!)

Außer unseren beiden Erklärungen auf die zwei Eingesandt sind in der „Saarbrücker Zeitung" und der „St. Johanner Zeitung" von anderen Seiten im Ganzen sieben Artikel in der Angelegenheit erschienen. Von diesen ist nicht ein einziger, der sich auf die Seite der Angreifer gestellt hätte, alle nahmen vielmehr Stellung gegen das Vorgehen „mehrerer Patrioten". Die einzige direkte Unterstützung, die sie in hiesigen Zeitungen gefunden haben, war ein Artikel in dem „Gewerbeblatt". (Ironisches Lachen.) Nun, meine Herren, wie dieser Artikel ausgefallen ist, welche Unwahrheiten er enthalten hat, wie die Redaktion schließlich eine Berichtigung bringen mußte, das ist Ihnen Allen bekannt. Das brauche ich nicht des Nähern darzulegen. Nur zwei Punkte will ich noch hervorheben. Wenn in dem Artikel die Wahl des Themas zum Naumannschen Vortrag „Aufbau und Auflösung des Familienlebens" als harmlose Maske bezeichnet wird, so wird diese Behauptung einfach durch die Thatsache widerlegt, daß Redner diesen Vortrag unter demselben Titel schon an anderer Stelle, z. B. in Mainz, gehalten hat. Wenn ferner in dem Artikel des „Gewerbeblattes" gesagt wird, an und für sich war ein Vortrag über das Familienleben ziemlich überflüssig, so will ich dem gegenüber nur sagen, daß der Verfasser des Artikels wahrscheinlich nicht § 1 unserer Satzungen kennt, der da lautet: „Der Verein bezweckt die Pflege der geistigen und sittlichen Bildung." Dieser Paragraph legt also dem Vorstande die Verpflichtung auf, auch die sittliche Bildung zu pflegen, und wir glauben dieser Aufgabe nachgekommen zu sein, wenn wir Pfarrer Naumann einen so gediegenen Vortrag über das Familienleben, Dr. Bode einen nicht minder vortrefflichen Vortrag über den Mißbrauch alkoholischer Getränke haben halten lassen. (Lebhafter Beifall.)

Aus dem zweiten Eingesandt „mehrerer Patrioten" war uns sehr wertvoll, das Geständnis zu entnehmen, daß den Herren bei Abfassung des ersten Eingesandts jene Erklärung, die ich im Auftrage des Vorstandes unmittelbar vor dem Wagner'schen Vortrag abgab, sehr wohl in Erinnerung war. Nun, meine Herren, wir Alle im Vorstande dürfen wohl auch beanspruchen, als Ehrenmänner behandelt zu werden, (Lebhafte Zustimmung) und wenn wir nun in einer öffentlichen Erklärung einen ganz bestimmten Grund für eine Handlungsweise angeben, so dürfen wir mit Recht verlangen, daß man dieser Glauben schenkt, und dann ist es durchaus ungerechtfertigt, wenn man nachträglich zur Erklärung unserer Handlungsweise öffentlich ganz andere Gründe anführt. Das aber haben jene Herren, die sich „Patrioten" nennen, gethan und ich möchte fragen, ob die Vaterlandsliebe nicht auch die Achtung vor dem öffentlichen Worte unserer Mitbürger in sich schließt. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch in eine große Anzahl von auswärtigen Zeitungen sind die Wogen des Kampfes gedrungen. Ich nenne Ihnen die „Forbacher Zeitung“, das „Saarl. Journal“, die „Pfälzer Presse“, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die „Volksrundschau“ und wahrscheinlich gibt es noch eine Reihe anderer Zeitungen, die für oder gegen uns Stellung genommen haben. Die Artikel in der „Berliner Neuesten Nachrichten“ und in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ müssen, das läßt sich aus dem Inhalt schließen, aus derselben Feder hervorgegangen sein. Welcher Art diese Artikel sind, das ersehen Sie aus dem folgenden Satze in den „Berliner Neuesten Nachrichten“: „Mit dieser ganzen Rede hatte Naumann kein Glück. Alle patriotischen Mitglieder protestierten heftig gegen das fernere Auftreten Naumanns im Handwerkerverein und fordern in eingesandten Zeitungsartikeln zum allgemeinen Kampfe gegen die Naumann'schen Theorien auf“. (Heiterkeit). Dieser Satz enthält neben der groben Unwahrheit, daß Naumann mit seiner Rede kein Glück d. h. also doch keinen Beifall gefunden hatte, auch noch eine Beleidigung für unsere Mitglieder. Es wird ziemlich deutlich allen unsern Mitgliedern, die sich nicht auf die Seite der „mehreren Patrioten“ gestellt haben, der Vorwurf eines Mangels an Patriotismus gemacht. (Sehr richtig!) Alle diese Mitglieder sind unpatriotisch und in erster Linie ist es natürlich der Vorstand! (Heiterkeit).

Der kostbarste Artikel aber war der in der „Trierer Zeitung.“ Es ist wirklich schade, daß Ihnen dieser Artikel seines politischen Inhaltes wegen nicht ganz vorgelesen werden kann. Ich will annehmen, daß der Korrespondent aus weiter Ferne zu uns gekommen war und erst einige Tage in unsere Städte verweilt hatte, als er den Artikel schrieb. Denn was schreibt der Herr? „Ja man muß zusehen, wie sich Herrn Naumann und seinen Gesinnungsgenossen die Pforten des Saarbrücker Handwerkervereins öffnen, wo sie ungleich mehr anrichten können als bei dem gebildeten Mann.“ (Stürmische Heiterkeit).

Meine Herren, dieser Korrespondent [illegible] wirklich zu entschuldigen: er kannte unseren Verein nicht. Aber was s[illegible] man dazu sagen, daß eine hiesige Zeitung — Rufe: „welche?“ — der [illegible]eral-Anzeiger“ —, die den Charakter unseres Vereins doch kennen sollt[illegible]en solchen Unsinn abdruckt. Es hält wirklich schwer, da Entschuldigungs[illegible]e zu finden. (Bewegung.)

Nun, meine Herren, der Zeitungskampf ist jetzt eingestellt, wir sind heftig angegriffen worden, wir haben uns verteidigen müssen gegen Unwahrheiten, gegen Entstellungen und gegen Verleumdungen. Es können solche Vorkommnisse gewiß nicht die Lust vermehren, einen Teil unserer Arbeitskraft, einen Teil unserer freien Zeit einer gemeinnützigen, an und für sich sehr guten Sache zu widmen. Niemand kann es allen recht machen, und bei einem so verschiedenartig zusammengesetzten Verein, da werden die Männer, die zur Leitung des Vereins gewählt worden sind, sicherlich die verschiedensten Beurteilungen erfahren. Das läßt sich nicht vermeiden, aber verlangen können und müssen wir, daß die Mitglieder ihre Wünsche und Bedenken in

den Hauptversammlungen vorbringen und nicht unter dem Schilde der Anonymität uns in den Zeitungen angreifen. (Bravo.) Die Hauptversammlung ist der geeignete Ort zur gegenseitigen sachlichen Aussprache, hier sind wir gerne bereit, Rede und Antwort zu stehen, wir können auch ein offenes Wort ertragen, wir können es um so mehr, als wir alle im Vorstande uns mit gutem Gewissen und ohne Ueberhebung sagen, daß wir stets das Beste für unsern Verein im Auge gehabt haben. (Beifall.)

Wenn wir heute sehen, zu welcher Größe und Bedeutung unser Verein gestiegen ist, wie er bezüglich seiner Leistungen nur mit wenigen Vereinen ähnlichen Charakters verglichen werden kann, wie er sich immer mehr zu einem geistigen Mittelpunkt unserer Städte und der Umgebung herausbildet, wie sich in ihm die verschiedensten Stände friedlich neben einander einfinden, dann können wir wohl auf unsern Verein das Dichterwort anwenden: „Wir haben gebauet ein stattliches Haus“. Sein Fundament ist fest und gut und es kann auch einmal einen starken Sturm ertragen. Soll es aber im Innern wohnlich sein, dann muß in ihm Licht, Freiheit und Toleranz herrschen.“ (Stürmischer, lang andauernder Beifall.)

Von einem Mitgliede wurden nach der Rede ausdrücklich die Gegner ersucht, sich zum Worte zu melden. Als aber diese Aufforderung erfolglos blieb, da stellte der Redner unter dem stürmischen Beifall der Versammlung fest, „daß es niemand wagt, öffentlich zu vertreten, was er anonym gesagt.“ Hierauf gelangte folgendes Vertrauensvotum einstimmig zur Annahme:

„Die Hauptversammlung des Handwerkervereins (Vereins für Volksbildung) vom 12. Dezember 1895 spricht dem Vereinsvorstand ihr volles Vertrauen aus und dankt ihm für die umsichtige und thatkräftige Leitung der Vereinsangelegenheiten. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß der Vorstand auch fernerhin die Vereinssatzungen als alleinige Richtschnur für seine Thätigkeit betrachten und dem Vereine seine Selbständigkeit wahren, sowie daß er etwaige fernere ungerechtfertigte Angriffe, wie sie in letzter Zeit der Verein erfahren, in der nämlichen energischen Weise zurückweisen wird.“

Als schließlich die Wahlen vorgenommen wurden, da wurde der bisherige Vorsitzende mit 182 von 186 abgegebenen Stimmzetteln wiedergewählt, 1 Zettel lautete auf den Namen Freiherr von Stumm und drei waren unbeschrieben.

Auch die übrigen ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt und die neu gewählten Mitglieder standen ebenfalls nicht auf Seiten der „Patrioten“. Damit aber war die Niederlage der „Patrioten“, die im Verlauf des Zeitungskrieges schon

deutlich hervorgetreten war, endgültig entschieden. Denn ihre Absicht, den Vorstand durch eine Hauptversammlung zu beseitigen, die mit ihrem Angriffe doch offenbar verbunden war, wurde vollständig vereitelt und auch ihre, schon vor Beginn des Zeitungskrieges ausgesprochene Hoffnung, daß „die besseren Kreise" aus dem Vereine austreten würden, ist völlig unerfüllt geblieben. Ausgetreten sind infolge des Streites 3 Beamte aus Saarbrücken und 4 Beamte von der Halberger Hütte. Dagegen erfuhr der Verein einen Zuwachs, wie er ihn bisher noch in keinem Jahr gehabt hat; er stieg von 900 Mitgliedern am 1. Oktober auf 1100 am 1. April.

Bemerkung: In einer Vorstandssitzung des Handwerkervereins im Mai ds. Js. legte Herr Oberlehrer Dr. Theodor Meyer sein Amt als Vorsitzender des Vereins nieder. Dieser Vorgang machte unter den obwaltenden Verhältnissen allgemein großes Aufsehen. Eine Neuwahl wurde in der darauf folgenden Hauptversammlung vorläufig ausgesetzt und einstimmig beschlossen, den Versuch zu machen, ihm die Wiederannahme seiner Stellung im Vereine, um dessen Hebung er sich so große Verdienste erworben hat, zu ermöglichen.

# Schlußbemerkung.

Die am 10. Juni ds. Js. stattgehabte Versammlung der Kreissynode Saarbrücken, welche 76 Mitglieder zählte, nahm nach einer ernsten, durchaus sachlich gehaltenen Debatte folgende, von Herrn Pfarrer von Scheven eingebrachte Erklärung an, über deren einzelne Sätze gesondert abgestimmt wurde: „Synode bedauert lebhaft den Riß, welchen die Kämpfe der letzten Zeit in den evangelischen Kreisen des Saarreviers verursacht haben, und giebt dem Wunsche Ausdruck, daß eine Ausgleichung dieses Gegensatzes und ein ehrlicher Friede auf dem Wege der Wahrheit und Gerechtigkeit bald wieder erzielt werden möge“ — angenommen mit allen gegen zwei Stimmen. „Sie erklärt ferner, daß die soziale Thätigkeit der Pfarrer in den evang. Arbeitervereinen in den Rahmen der Aufgaben des geistlichen Amtes fällt“ — einstimmig angenommen. „Sie versichert endlich ihren Vorsitzenden, Herrn Superintendenten Zillessen, gegenüber den auf ihn gerichteten persönlichen Angriffen ihres vollen und ungeschmälerten Vertrauens“ — mit sehr großer Majorität angenommen. Mit diesen ebenso maßvollen als entschiedenen Beschlüssen haben die durch ihre Pfarrer und Aeltesten vertretenen evang. Gemeinden des Saargebietes ihre klar erkennbare Stellung zu dem schwebenden Kampfe genommen.

Zustimmungserklärungen sind den Geistlichen des Saargebietes bisher von dem Delegiertentage des Gesamtverbandes der evang. Arbeitervereine Deutschlands in Stuttgart, von den Pfarrern der Synoden Simmern, Altenkirchen und an der Agger, von der Versammlung der Glieder und Freunde der positiven Union in Barmen und von der Provinzialversammlung des Rheinischen Hauptvereins des evangelischen Bundes zuteil geworden.

# Inhaltsverzeichnis.



Druck von Gebr. Hofer in Saarbrücken.